



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

IX Legislatura - IX Gesetzgebungsperiode
1983 - 1988

SEDUTA **73.** SITZUNG

18.12.1986

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

INDICE

INHALTSANGABE

Designazione di un rappresentante delle minoranze politiche quale membro del Consiglio di Amministrazione del Mediocredito Trentino-Alto Adige

pag. 2

Disegno di legge n. 55:
"Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1987" presentato dalla Giunta regionale

pag. 3

Ernennung eines Vertreters der politischen Minderheiten als Mitglied des Verwaltungsrates der Investitionsbank Trentino-Südtirol

Seite 2

Gesetzentwurf Nr. 55:
"Haushaltsvoranschlag der Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1987" eingebracht vom Regionalausschuß

Seite 3

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

LANGER (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	pag. 3-26
ANESI (Gruppo Misto)	" 7
KLOTZ (Südtirol)	" 14
RELLA (Partito Comunista Italiano)	" 55
TONELLI (Gruppo Misto)	" 62
PETERLINI (Südtiroler Volkspartei)	" 70
FEDEL (Partito del Popolo Trentino Tirolese per l'Unione Europea-Due Stelle Alpine)	" 107
TOMAZZONI (Partito Socialista Italiano)	" 118
SEMBENOTTI (Unione Autonomista Trentino Tirolese- Stella Alpina)	" 121
CADONNA (Partito Liberal-Socialdemocratico)	" 125
PAHL (Südtiroler Volkspartei)	" 128

MITOLO (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	pag. 146
MONTALI (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	" 148
FRASNELLI (Südtiroler Volkspartei)	" 161

Vorsitzender: Präsident Achmüller

Presidenza del Presidente Achmüller

Ore 9.35

PRASIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

appello nominale

PRASIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

PRASIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale della seduta n. 72 del 11 dicembre 1986.

FEDEL: (segretario): legge il processo verbale.

(Sekretär): verliest das Protokoll

PRASIDENT: Danke! Sind Bemerkungen zum Protokoll? Dies ist nicht der Fall, dann ist das Protokoll genehmigt.

PRESIDENTE: Grazie! Ci sono osservazioni al processo verbale? Non ce ne sono, quindi il processo verbale è approvato.

PRASIDENT: Es sind folgende Abgeordnete, die sich entschuldigt haben: Ricci, Bolognini, Piccoli, Malossini vormittags und Benedikter.

PRESIDENTE: Hanno giustificato la loro assenza i seguenti consiglieri: Ricci, Bolognini, Piccoli, Malossini (per la mattina) e Benedikter.

PRASIDENT: Wir gehen über zur Tagesordnung und hätten als ersten Punkt den auf der letzten Sitzung vertagten Punkt zu behandeln, nämlich **die Wahl des Minderheitenvertreters im Verwaltungsrat des Mediocredito.** Es sind zwei Vorschläge, die noch aufrecht sind und zwar, ich glaube, von

der KPI-Fraktion vorgeschlagen: Dalzocchio und von Binelli vorgeschlagen: Mario Muraglia.

Gibt es hier noch Wortmeldungen? Wenn nicht, dann bitte ich um Verteilung der Stimmzettel. Bitte entweder Dalzocchio oder Muraglia.

PRESIDENTE: Passiamo all'ordine del giorno. Avremmo da trattare come primo punto l'argomento rinviato nell'ultima seduta e cioè designazione di un rappresentante delle minoranze politiche quale membro del Consiglio di Amministrazione del Mediocredito. Sono state avanzate due proposte ancora valide e cioè Dalzocchio, proposto dal gruppo del PCI, e Mario Muraglia, proposto da Binelli.

Desidera intervenire qualcuno? No. Prego di distribuire le schede per la votazione. Sono stati proposti Dalzocchio e Muraglia.

PRASIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

VALENTIN: (Sekretär): ruft die Namen auf
(segretario): fa l'appello nominale

PRASIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen	40
davon haben erhalten:	
Muraglia Dr. Mario	26 Stimmen
Dalzocchio Dr. Silvano	7 Stimmen
weiße Stimmzettel	6
nichtige Stimmzettel	1

Damit ist Muraglia zum Mitglied des Verwaltungsrates der Investitionsbank Mediocredito gewählt.

PRESIDENTE: Comunico il risultato della votazione:

schede consegnate	40
delle quali per:	
Muraglia dott. Mario	26
Dalzocchio dott. Silvano	7
schede bianche	6

schede nulle

1

Con ciò Muraglia è eletto membro al Consiglio di Amministrazione del Mediocredito.

PRÄSIDENT: Wir gehen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Haushaltsvoranschlag. Die Generaldebatte ist eröffnet. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Langer.

Er hat das Wort.

Ich bitte die Abgeordneten sich auf ihre Plätze zu begeben und dem Redner ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

PRESIDENTE: Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno: Bilancio di previsione. E' aperta la discussione generale. Il consigliere Langer ha chiesto la parola.

Ne ha facoltà.

Prego i consiglieri di recarsi ai propri posti e di seguire con attenzione l'intervento.

LANGER: Danke vielmals, Herr Präsident! Herr Präsident des Regionalausschusses! Kolleginnen und Kollegen! Die alljährliche Haushaltsdebatte ist traditionsgemäß zu einem gewissen Teil auch die Diskussion über den Zustand, wenn schon nicht der Nation, so doch der Region, und auch der Präsident des Regionalausschusses Bazzanella hat bei der letzten Regionalratssitzung seine Erklärungen traditionsgemäß danach ausgerichtet, im Namen der Regionalregierung eine Art Diagnose und Prognose über den Zustand der Region... (kurze Unterbrechung) ...Der Präsident hat also bei der Sitzung der letzten Woche in seinem Bericht zum Haushalt auch im wesentlichen die Gelegenheit ergriffen, seine Diagnose und Prognose zur Situation der Region zu stellen.

Ich glaube, daß aus seinem Bericht ein sehr erhebliches Maß an Frustration spricht. Ein sehr erhebliches Maß an Frustration sei es gegenüber der heutigen Aufgabe, Rolle, Zustand usw. der Region Trentino-Südtirol, sei es auch an Frustration darüber, wie diese Regionalregierung mit dieser Mehrheit und unter den gegebenen Rahmenbedingungen ihrer Aufgabe nachkommt. Wenn diese Frustration auch unter einer relativ bombastischen Sprache versteckt ist, deren deutsche Übersetzung dann wohl ungewollte Komik hervorgerufen hat, hat dies doch

den Eindruck noch verstärkt, daß man sich heute in unserer Region mit einer Art narzißtischer Selbstbetrachtung nach dem Sinn und Zweck, dem Wesen und der Aufgabe unserer Autonomie befragt, so hat man den Eindruck gewonnen, daß auf der einen Seite die imaginäre Bedeutung der Region hochgespielt werden mußte und auf der anderen Seite die ebenfalls imaginäre Bedrohung der Region hochgespielt wurde. Ich will damit nicht sagen, daß die Region keine Bedeutung hat und auch nicht sagen, daß sie keiner Bedrohung ausgesetzt ist. Aber ich habe den Eindruck gewonnen, daß Präsident Bazzanella die Bedeutung und die Bedrohung dort gesucht hat, wo es am harmlosesten war, dort gesucht hat, wo sie nur imaginär zu finden war. Die Bedeutung der Region hat er vor allem dort gesucht, wo die Region den Rahmen für bestimmte Aufgaben unserer lokalen Behörden setzt. Denken wir an das Sanitätswesen oder an das Genossenschaftswesen oder an die Gemeinden usw. Also der Präsident hat sich bemüht, dem verbleibenden Rahmen der Region, aufgefüllt mit etwas Hinweis auf Europa und mit etwas Unterstreichung der allgemeinen Bedeutung der Sonderregionen in Italien, eine von ihrem Statut und von der derzeitigen Rechtslage her abgeleitete Bedeutung zuzuweisen und gleichzeitig hat er eine für uns, ehrlich gesagt, unverständliche Bedrohung an die Wand gemalt, so als sei heute die Region oder vielleicht die Autonomie der Provinz Trient bedroht. Wir wissen nicht genau, von welcher Seite her Vorschläge gemacht worden sind, das Trentino territorial anderswo anzugliedern oder derartiges mehr.

Wir haben den Eindruck, daß die tatsächliche Bedrohung der Region, nicht die imaginäre Bedrohung, wenn schon vor allem von der Sinnlosigkeit und von der Fantasielosigkeit der derzeitigen Praxis der regionalen Verwaltung und Regierung und auch Gesetzgebung kommt. Daß also die Bedrohung wenn schon viel stärker von innen als von außen kommt. Man kann dieser Bedrohung auch nicht dadurch abhelfen, Herr Präsident, daß man ebenfalls bombastische Tagungen wie z.B. die der Europa-Journalisten von Gustavo Selva mit Geld überhäuft und dadurch versucht, praktisch sich einen kleinen Platz an der europäischen Sonne zu erobern. Wir haben den Eindruck gehabt, daß die Traumbelagerung, die Sie uns zusammen mit Ihrem Bericht verteilt haben und für die wir uns bedanken, weil es ein nützliches Dokument ist, nämlich der Entwurf des Europäischen Parlaments über die Einigung Europas, der sogenannte "Spinelli-Entwurf", wesentlich handfester und wesentlich konkreter ist, aber der Zusammenhang mit unserer Region, Herr Präsident, war leider nicht ersichtlich. Wir haben es zwar geschätzt, daß Sie dieses Europamanifest, daß Sie diesen Entwurf für die politische Einigung

Europas gemeinsam mit dem Haushaltsbericht verteilt haben, aber wir konnten beim besten Willen leider keinen Zusammenhang sehen zwischen dem, was in unserer Region geschieht, zwischen dem, was diese Regionalregierung imstande ist zu leisten - ich sage nicht, was sie bemüht ist, denn ich will dem Präsidenten Bazzanella und der Regionalregierung auch ehrliche Bemühungen nicht absprechen. Aber das, was diese Region bei den gegebenen politischen Verhältnissen und aufgrund ihrer eigenen Zusammensetzung zu leisten imstande ist, das ist ausgesprochen wenig. Ich sage deswegen, daß wir die Verteilung des Europa-Entwurfs von Altiero Spinelli als eine Traumbelastung empfunden haben, weil gleichzeitig ein äußerst bescheidener Gesetzentwurf der Region - nämlich was die Region beitragen kann, um den Europagedanken zu fördern, im Grund eine Art Rolle der Region, um Aufsatzwettbewerbe zu Europa, Studienreisen und gegenseitige Besuche zu fördern: Es ist ja nicht viel konkretes drin - weil sogar ein solcher bescheidener europäisch gesinnter Entwurf bisher am Widerstand der stärkeren der beiden Koalitionsparteien der Regionalregierung, nämlich der SVP, gescheitert ist. D.h. also, wir können zwar gerne hier europäische Papiere verteilen - von Ihrer Seite her - und entgegennehmen von unserer Seite her, aber...

(Unterbrechung)

LANGER: Herr Präsident, ich bedanke mich, ich unterbreche jetzt und ich werde mich später ein zweites Mal zu Wort melden. Vielen Dank!

(Grazie, signor Presidente! Signor Presidente della Giunta regionale! Colleghe e colleghi! Ormai è tradizione che l'annuale dibattito sul bilancio costituisca un pò anche l'occasione per un dibattito sullo stato di salute non tanto della Nazione quanto piuttosto della Regione: anche il Presidente della Giunta regionale Bazzanella, con le dichiarazioni fatte nell'ultima seduta del Consiglio regionale, ha seguito questa tradizione stilando a nome dell'Esecutivo regionale una sorta di diagnosi e prognosi del "paziente" Regione... (breve interruzione) ... Con la relazione presentata nella seduta della settimana scorsa il Presidente della Giunta regionale ha colto l'occasione per formulare essenzialmente la propria diagnosi e prognosi sullo stato di salute della Regione.

Credo che da questa sua relazione trapeli una notevole dose

di frustrazione: una notevole dose di frustrazione sia di fronte a quelli che sono i compiti, il ruolo, la situazione attuale della Regione Trentino Alto-Adige, sia per come questa Giunta riesce a far fronte ai propri compiti ritrovandosi con questa maggioranza e con queste condizioni di base. Anche se questa frustrazione è celata dietro ad un linguaggio alquanto ampolloso, la cui traduzione tedesca ha poi suscitato effetti comici certo non voluti, ciò non fa altro che rafforzare ulteriormente la sensazione che oggi, nella nostra regione, ci si vada interrogando con una sorta di autocontemplazione narcisistica sul senso e il fine, sull'essenza e il compito della nostra autonomia. Se ne ricava l'impressione che da un lato si sia dovuto "gonfiare" l'importanza immaginaria della Regione e dall'altro si sia "gonfiata" l'altrettanto immaginaria minaccia che sulla Regione incombe. Non voglio dire con questo che la Regione non sia affatto importante, nè che essa non sia esposta a nessuna minaccia. Ma ho la sensazione che il Presidente Bazzanella abbia ricercato questa importanza e questa minaccia proprio là dove entrambe erano più "innocue", là dove erano solo immaginarie. L'importanza della Regione l'ha ricercata soprattutto là dove essa stabilisce gli ambiti d'azione di talune funzioni svolte dalle nostre autorità locali: pensiamo ad esempio al settore della sanità e a quello della cooperazione oppure ai comuni, ecc. Il Presidente della Giunta si è dunque sforzato di assegnare a ciò che restava della sfera d'azione della Regione, "riempita" qua e là da qualche accenno all'Europa e da qualche sottolineatura della generale importanza delle Regioni a statuto speciale in Italia, l'importanza che si poteva far discendere dal suo Statuto e dalla situazione giuridica attuale, e contemporaneamente ha parlato di una minaccia - che per noi, sinceramente, resta incomprensibile - come se sulla Regione o magari sull'autonomia della Provincia di Trento incombesse una minaccia: qualcuno, non sappiamo bene chi, ha parlato di annettere il territorio del Trentino altrove e cose del genere.

Abbiamo l'impressione che la minaccia vera per la Regione - non la minaccia immaginaria ma quella effettiva - provenga semmai soprattutto dalla mancanza di senso e di fantasia che caratterizza attualmente l'azione dell'Esecutivo regionale e anche l'attività legislativa. Abbiamo cioè l'impressione che questa minaccia provenga semmai molto più dall'interno che dall'esterno della Regione. E non si fa fronte a tale minaccia, signor Presidente, finanziando a piene mani reboanti convegni come quello dei giornalisti europei di Gustavo Selva per tentare così di guadagnarsi un posticino al sole sulla spiaggia

europea. Abbiamo l'impressione che quel "libretto dei sogni" che Lei ci ha distribuito insieme alla Sua relazione e di cui La ringraziamo perchè è un documento utile, cioè la bozza del Parlamento europeo sull'unificazione dell'Europa, la cosiddetta "bozza Spinelli", sia di gran lunga una cosa più solida e più concreta, ma purtroppo non abbiamo potuto cogliere, signor Presidente, alcun collegamento con la nostra Regione. Abbiamo apprezzato il fatto che Lei abbia distribuito assieme alla relazione sul bilancio anche questo "Manifesto europeo", questa bozza sull'unificazione europea, ma con tutta la buona volontà non siamo riusciti a cogliere il nesso con quanto accade nella nostra regione, con quanto concretamente riesce a fare questa Giunta regionale - non diciamo: "con quanto si sforza di fare", perchè non voglio negare che il Presidente Bazzanella e la sua Giunta compiano anche sforzi sinceri. Ma ciò che questa Regione riesce a fare concretamente, dati questi rapporti politici e data la sua specifica composizione, è veramente ben poca cosa. Se la bozza di Altiero Spinelli sull'unificazione europea, che Lei ha distribuito, ci è sembrato un "libretto dei sogni" è perchè contemporaneamente un modestissimo disegno di legge della Regione sul ruolo e il contributo della Regione nella promozione di una coscienza europeistica tramite concorsi per componimenti scritti, viaggi di studio e scambi - dunque in concreto ben poca cosa - perfino un progetto europeistico così modesto è fallito per le resistenze del partito più forte all'interno della Giunta, la SVP. Ciò vuol dire che Lei può distribuirci tutta la documentazione europeistica che vuole e che noi saremo ben lieti di riceverla, ma ...

(Interruzione)

LANGER: Signor Presidente, La ringrazio, interrompo per ora e riprenderò la parola in un secondo tempo. Grazie!)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tononi)

(Vizepräsident Tononi übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola al cons. Anesi.

ANESI: Signori consiglieri, interverrò sul bilancio parlando di un problema particolare della nostra Regione. Lei sa, signor Presidente, che nel Parlamento nazionale è in corso un dibattito sullo stato di

attuazione del pacchetto ed in particolare sulle norme di attuazione relative al vigente statuto di autonomia, non ancora emanate e ritenute essenziali per la definizione della questione dell'Alto Adige in campo nazionale ed internazionale.

E' un momento importante per la nostra autonomia regionale o perlomeno è di attualità un dibattito che investe le vicende storiche, collegate al patto dal quale trae fondamento l'autonomia della Regione Trentino-Alto Adige.

Non voglio entrare nel merito Presidente, nè voglio prendere posizione, se da questo patto è scaturita la Regione Trentino-Alto Adige con un Trentino di troppo, certamente ci sono dei problemi aperti e voglio trattarne almeno uno.

Prendo atto comunque che da quel patto è nato lo statuto di autonomia della Regione Trentino-Alto Adige, corretto e poi specificato da un secondo statuto di autonomia nel 1971. Entro in questo contesto di attualità della questione autonomistica, della da lei toccata chiusura del pacchetto, della emanazione delle ultime norme di attuazione, della questione ladina, o almeno di alcuni spunti connessi con essa.

Mi pare di non essere fuori strada, se dico che l'attuazione dello statuto di autonomia non riguarda in esclusiva l'Alto Adige, nè può ridursi ad un problema della minoranza tedesca e italiana dell'Alto Adige, ma ribadisco che lo statuto riconosce anche una terza componente linguistica, nè può ridursi ad un problema della minoranza tedesca e italiana dell'Alto Adige.

Va chiaramente ribadito che lo statuto riconosce anche una terza componente linguistica, un terzo gruppo, quello ladino. Come sappiamo è presente anche nella Provincia autonoma di Trento e quindi riguarda tutta la Regione Trentino-Alto Adige. Il dibattito per la "chiusura" del pacchetto e le decisioni che saranno prese in sede parlamentare e governativa devono fare riferimento all'intero quadro regionale e per quanto riguarda la tutela delle minoranze anche a quella ladina, che risulta meno garantita e più discriminata, a seconda che si trovi a vivere nella Provincia di Bolzano e nella Provincia di Trento.

Se la nostra autonomia speciale trae origine anche da una vocazione all'autonomia, che è parimenti prerogativa delle nostre popolazioni di montagna trentine e altoatesine, accomunate da una storia millenaria, non vi è dubbio che la specialità dell'autonomia trae prevalente motivazione, direi anzi unica motivazione dall'esigenza di tutelare le minoranze presenti nella Regione.

Nel patto Degasperì Gruber non si trova alcuna traccia della

questione ladina, ma si sa che nei memorandum precedenti, alla firma del trattato si parlò dei ladini e se ne parlò ampiamente, perchè la voce dei ladini fu portata proprio dai rappresentanti sudtirolesi a Parigi. Sappiamo che non è stata sottaciuta nemmeno la realtà delle minoranze della provincia di Trento, pare addirittura che lo stesso Degasperi, nel sostenere più tardi i diritti dell'autonomia della popolazione trentina, abbia fatto riferimento all'esistenza dei ladini delle isole tedesche della provincia di Trento per avvalorare maggiormente la propria tesi che anche il Trentino aveva il diritto a partecipare a questa speciale autonomia.

Credo - e l'ho detto nei giorni scorsi anche in provincia di Trento - che questa autonomia non può salvarsi, se non ottempera i propri primari doveri, quelli cioè per i quali è nata, a tutela delle minoranze presenti sul territorio. Le popolazioni ladine del Trentino hanno acquisito piena coscienza e stanno anche dimostrando di rappresentare una minoranza nel Trentino, certo l'eco che viene riservato a questi problemi nella nostra provincia è assai modesto, a malapena si registra qualche flebile voce sulla stampa, anche questa di stampo altoatesino, che viene distribuita nel Trentino e per il resto l'ordine è quello del silenzio, non so se sia un ordine o soltanto insensibilità, ma sarebbe comunque molto grave se di un ordine si trattasse.

Abbiamo fatto congressi, convegni, abbiamo fatto riunioni a livello provinciale e regionale con assessori ecc., ma leggendo la stampa altoatesina l'eco riservato a quella problematica è ben differente, ma noi non disarmiamo certamente, non disponiamo di un simile portavoce, ma non per questo si può affermare che non esistiamo. Abbiamo ottenuto un primo riconoscimento legislativo come minoranza, abbiamo ottenuto l'attuazione di una norma dello statuto specificatamente predisposto per i ladini ed è la legge n. 17 del 1985, attuativa dell'articolo 102, il quale afferma che le popolazioni del Trentino di lingua ladina hanno diritto alla valorizzazione degli usi e costumi, alla toponomastica ecc. Sarà di prossima presentazione anche una legge sulla toponomastica a firma del sottoscritto e vedremo in quella occasione cosa si farà in provincia di Trento, comunque chiediamo la pari dignità linguistica dei toponimi primari ladini rispetto i toponimi italiani, ed il monolinguismo ladino per i toponimi secondari.

Siamo ancora in attesa della legge costituzionale, e lei Presidente nella sua relazione ha giustamente riferito del suo interessamento in sede romana, questa legge quindi potrebbe porre

rimedio alla differenza di un trattamento giuridico esistente nella regione, diciamo che però rappresenta la soglia minima; non ci facciamo soverchie illusioni sull'approvazione di questa legge, ma però abbiamo contattato il governo della nostra autonomia provinciale e dobbiamo rinnovare il nostro appello anche al governo della Regione Trentino-Alto Adige di richiedere con forza nei confronti del Governo centrale il ritiro degli assurdi emendamenti predisposti dal ministro Vizzini e in questo senso il consiglio provinciale di Trento ha approvato, l'altra sera, un'ordine del giorno con il quale impegna il governo provinciale a chiedere formalmente il ritiro di detti emendamenti. Non è possibile che dopo 12 anni, nel momento in cui la legge si sposta dalla Camera al Senato il Governo nazionale trovi interesse a svuotare completamente dal suo significato questo provvedimento, essendo per lo più composto da quelle forze che hanno firmato la legge.

Sembra oltretutto assurdo che un Governo rappresentato da una maggioranza semplice proponga emendamenti a una legge di carattere costituzionale e credo che il ruolo della Regione, potrebbe risultare a tal proposito molto importante.

Abbiamo contestato l'interpretazione fornita dalla Commissione dei 12 sulle norme di attuazione della scuola, non potendo accettare che la lingua ladina - l'articolo dello statuto di autonomia lo dice espressamente - di un gruppo etnico non venga nemmeno insegnata! Sarebbe come dire che i tedeschi non possono studiare a scuola il tedesco e gli italiani studiare l'italiano. In una legge costituzionale, perchè la forza di queste norme di attuazione sarà di ordine costituzionale, l'insegnamento della lingua madre non può essere limitato ad un'ora settimanale, la cosa è assolutamente improponibile.

Abbiamo chiesto di ovviare alla divisione di fatto e alle diverse forme di tutela esistenti per i ladini delle Dolomiti, cioè di Bolzano, di Trento e Belluno, proponendo la costituzione di un organismo di coordinamento interladino per accertare possibili momenti di incontro e di valutazione dei problemi comuni, in diversi campi, che vadano dalla cultura alla lingua, alla scuola, scambi di testi di materiale fra ladini nell'economia, nella viabilità e nei trasporti; tutti sanno che le Dolomiti sono un ambiente naturale anche dal punto di vista economico assolutamente omogeneo e che oltre ad essere un patrimonio naturalistico di interesse mondiale, ha anche dei richiami a carattere culturali assolutamente omogenei che non possono essere gestiti nella misconoscenza totale da chi detiene la totale autonomia di gestione amministrativa.

Il governo di questa autonomia comunque, signor Presidente, a me non interessano molto le cifre esposte in bilancio, in effetti sappiamo che si limita ad evidenziare una serie di cifre riguardanti la gestione ordinaria, essendo poche le competenze ordinamentali ancora a disposizione della Regione.

Questo governo dobbiamo giudicarlo non per le cifre esposte in bilancio, ma è per l'azione, almeno da parte mia, o per l'inattività politica proprio riguardo a queste minoranze. Ritengo che nel suo governo, signor Presidente, non ci sia alcun problema di coalizione, in quanto le forze politiche che lo compongono hanno combattuto per l'autonomia e desiderano che questa sia pienamente riconosciuta.

Non chiediamo nuovi stanziamenti, ma chiediamo che il suo governo, dott. Bazzanella si qualifichi rileggendo lo statuto, cominciando dall'art. 2, il quale chiaramente afferma, che tutti i gruppi linguistici della Regione hanno i medesimi diritti e troverà molti articoli che confermeranno come i gruppi linguistici da tutelare nella regione siano tre e non due soltanto. Noi le chiediamo di verificare quanto intende fare per la tutela di questi tre gruppi e per la loro pari dignità e veda quindi di ricorrere a tutta la sua capacità, che mi auguro non essere disgiunta dalla volontà politica per rianimare questa Regione.

Vedo cosa si fa in Alto Adige e nel Trentino, veda anche lei cosa si fa per la minoranza ladina in Alto Adige e nel Trentino, così come si deve verificare a Roma che cosa si fa per la minoranza ladina trentina e potrà lei stesso constatare quanto vi sarebbe da fare a favore dei ladini, tanto più che lei dichiara di auspicare una rapida chiusura dello statuto di autonomia. Secondo noi il pacchetto non va chiuso fino a quando non si saranno risolti i problemi fondamentali della tutela e del pari riconoscimento di questi tre gruppi linguistici. Penso non si possa chiudere senza parlare della questione ladina e non si possa accettare che sia sacrificato un gruppo linguistico, quello ladino in questo caso, questa popolazione non accetta più di essere ignorata, è cresciuta una nuova coscienza che non può essere trascurata e sottovalutata, forse un tempo era possibile, per cui devo ribadire che la questione riguarda in misura minore l'Alto Adige, ma maggiore e prevalente il Trentino.

Quindi la Regione deve fare la propria parte in prima persona e credo anche se mancano gli stanziamenti, in tal senso vi è ugualmente spazio per operare. Abbiamo dei problemi differenti da risolvere, infatti in Alto Adige si nota una carenza nel sistema istituzionale nei

confronti dei ladini, e se fra le componenti linguistiche predominanti i problemi sono a carattere di convivenza, i ladini soffrono una vera e propria diversità di trattamento rispetto ai due gruppi maggiori, che genera una dipendenza socio-culturale e di conseguenza una evidente dipendenza politica.

I ladini sono sempre stati esclusi dalle Commissioni dei 6 e dei 12, dunque un gruppo linguistico non è stato ammesso al tavolo di discussione, nessun ladino è rappresentato nel Tribunale amministrativo regionale, nelle commissioni del bilinguismo, nelle presidenze, vicepresidenze, nei Consigli regionali, nei Consigli provinciali, in altri consigli, comitati, commissioni, collegi, uffici statali e provinciali e locali, nemmeno in Alto Adige questo sistema della proporzionale, che ha qualche difetto evidente, non pone i tre gruppi linguistici sullo stesso piano.

La tutela linguistico-culturale sarebbe il primo traguardo e lo scopo di questa autonomia, ma alla lingua ed alla cultura ladina viene conferita dignità differente, la qual cosa va superata almeno nelle zone territoriali ladine, iniziando dalla scuola. In Alto Adige vige un sistema monolingue, ma si istituisce un servizio pubblico bilingue, ma riservato ai gruppi maggioritari italiani e tedeschi.

E' naturale che la negazione dell'autonomia linguistica vuol dire estromettere i ladini dal quadro istituzionale autonomo; siamo favorevoli al quadro plurilinguistico scolastico della zona ladina dell'Alto Adige che dovrebbe essere estesa a tutto il territorio ladino, in quanto il pluralismo sarebbe una delle migliori soluzioni per la convivenza fra i gruppi etnici. Vedo che le difficoltà esistenti in Alto Adige sono minori per il gruppo ladino, in quanto loro sono in grado di dialogare e fare riferimento alle culture di ambedue le culture maggiori, italiana e tedesca ed il plurilinguismo senz'altro favorisce la convivenza etnica.

Questi effetti positivi dovrebbero essere trapiantati anche nel Trentino e qui si innesta la funzione della Regione per vigilare e operare con la dovuta energia e non limitarsi a interessamenti formali; viaggi a Roma ne abbiamo fatti numerosi, per cui credo che si dovrebbe impegnarsi di più, come sin tema della norma finanziaria, o di qualche altra questione di rilievo.

Penso che una volontà politica chiara potrebbe essere espressa in tal senso. Sul servizio dell'informazione si stava dividendo la direzione dei ladini dolomitici, chiediamo che questa redazione sia mantenuta unitaria e sia ampliata a tutto l'arco delle Dolomiti.

Per quanto riguarda la Provincia di Trento, questa si è già interessata per la menzionata norma costituzionale, ma altrettanto potrebbe fare per le norme di attuazione concernenti la scuola, la toponomastica, la radiotelevisione.

Concludo, Presidente, dicendo che a Roma non vi è tempo per discutere di queste cose, ivi nulla si sa a tal proposito, eccetto quanto viene riportato dal Trentino-Alto Adige. Prima di chiudere il pacchetto dobbiamo trovare i tempi e la volontà di sistemare questa questione.

Nutro ancora qualche speranza per i ladini del Trentino, forse non tanto per la volontà politica esistente o radicata nella nostra classe politica, quanto per la specialità dell'autonomia trentina, che risulta in qualche modo aggrappata al quadro regionale e se questo dovesse chiudersi è chiaro che alla nostra specialità rimarrebbero ben poche possibilità di salvarsi.

Di queste possibilità fanno però anche parte i ladini. Il diritto alla specialità trentina non proviene solo dall'esistenza di gruppi minoritari, in quanto il diritto concreto e sacrosanto da parte del Trentino a godere di un'autonomia speciale trova anche motivazioni di carattere storico, ma l'autonomia non significa soltanto salvaguardare il passato, ma soprattutto la necessità di gestire l'odierno ed il domani riferita ai valori storici.

Per questi motivi, la minoranza ladina, conscia della propria esiguità numerica spera comunque nel quadro regionale e quindi anche nel quadro autonomistico speciale trentino.

Penso che prima di togliere il tubo dell'ossigeno - siamo all'autanasia della Regione e l'ossigeno è quel piccolo bilancio che di anno in anno stenta ad essere quadrato - prima di decretare la morte della Regione, morte che ritengo ineluttabile se si va avanti così, sia il caso che tutte le forze politiche, che affermano di volere l'autonomia provinciale e regionale, facciano un esame di coscienza.

Non credo che dovrebbero esserci carenze di sensibilità in quest'aula; buona parte di queste forze politiche, che hanno lavorato bene anche per i ladini, dovrebbero preoccuparsi di prendere atto della situazione nuova nella quale si trova questo terzo gruppo linguistico e favorire nettamente un salto di qualità per questa piccola minoranza, che qualifica la nostra regione.

In Trentino pare ci sia una nuova dichiarata apertura verso queste minoranze, si è fatto pure un'autocritica per le passate politiche, quindi io la esorto, signor Presidente, a cogliere questa

opportunità, ed a qualificare il suo governo su queste questioni. Penso che quanto previsto dall'art. 2 dello statuto di autonomia possa e debba essere realizzato, compito che giustificherebbe l'esistenza di questo quadro regionale. Grazie.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola alla cons. Klotz, desidero fare una comunicazione. Al di là di un problema generale di correttezza nei confronti di chi parla, le interpreti mi comunicano che la ricezione in cabina per la traduzione è piuttosto confusa con questo brusio.

Il cons. Langer prima, oltre ad essere stato disturbato, non era compreso dalle interpreti.

Per cui prego cortesemente i colleghi di non parlare e se lo dovessero fare, di uscire dall'aula. Grazie.

KLOTZ: Verehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es wundert uns selbstverständlich nicht, wenn der Präsident des Regionalausschusses in seinem Begleitbericht alles versucht, um dieser Region einen Sinn zu geben, um dieser Region eine Existenzberechtigung zu geben. So spricht er selbstverständlich bereits auf Seite 7 und in den folgenden Seiten, wohin seine Bestrebungen gehen, nämlich einmal bezüglich der Finanzbestimmungen mehr herauszuholen, dann in Sachen Kreditwesen etwas zu erneuern. Es ist die Rede von Kataster und Grundbuchwesen. Es ist die Rede von den Ladinern, über dessen Rechte er mit dem Präsidenten in der Abgeordnetenversammlung in Rom bereits verhandelt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur darauf hinweisen, daß diesbezüglich auch ein Beschlußantrag im Regionalrat vorliegt, den auch ich unterzeichnet habe, in welchem nämlich gewisse Rechte für die Ladiner im Trentino gefordert werden, die auch die Ladiner hier in Südtirol haben. Es sei nur hingewiesen, daß es meines Erachtens einfach ein Skandal ist, daß die Ladiner im Trentino zahlenmäßig gar nicht einmal aufscheinen. Von den 424.000 Einwohnern - ungefähr, ich will mich hier nicht festlegen - des Trentino, ist überhaupt nicht ersichtlich, wieviele davon Italiener, wieviele davon Ladiner und wieviele davon Deutsche sind; nicht nur in Lusern, sondern auch anderswo. Das betrachte ich als eine Unterlassungssünde sondergleichen.

Nun, das alles ist das gute Recht des Präsidenten, daß er als Präsident einer Einrichtung, die er auch nach außen hin vertritt, versucht, möglichst viel Kompetenzen zu erobern; daß er versucht,

möglichst viel Sinn in diese Einrichtung hineinzureden.

Ich möchte ganz kurz noch auf den Bereich Personal zu sprechen kommen. Ganz abgesehen davon, daß ich seine Meinung über die Existenzberechtigung dieser Region nicht teile, möchte ich sagen, daß es solange, als eben diese Region als Institution besteht, danach getrachtet werden muß ...

(Unterbrechung)

TONONI: Scusi un momento, consigliere Klotz. Prego i signori consiglieri un minimo di silenzio. Grazie!

(Unterbrechung)

KLOTZ: Danke sehr! ... daß danach getrachtet werden muß, daß besonders das Personal in angemessener Art und Weise behandelt wird und daß es zur Zufriedenheit behandelt wird. Ich möchte nur auf etwas aufmerksam machen, was besonders die deutschsprachigen Angestellten der Region mit ziemlicher Verbitterung erfüllt, nämlich: daß kürzlich der Verwaltungsrat für Personalwesen neu gewählt worden ist, in welchem die deutschsprachigen Beamten nicht dem Proporz entsprechend vertretend sind. Dem Proporz entsprechend müßten es 5 Angehörige in diesem Gremium sein, es sind aber nur 3. Selbstverständlich bin ich auch darüber informiert, worauf das zurückzuführen ist, aber die Angestellten, die sich für Personalangelegenheiten einsetzen, sind der Meinung, daß man in diesem Falle, wenn man nicht imstande ist, den Verwaltungsrat nicht entsprechend dem Proporz, entsprechend den Rechten der deutschsprachigen Angestellten neu einzurichten, daß man dann den alten Verwaltungsrat hätte in Funktion belassen müssen. Sie wissen sicher, über die Umstände und über die Hintergründe dieser Angelegenheit Bescheid und ich würde Sie ersuchen, Herr Präsident, wirklich in einem großen politischen aber auch menschlichen Interesse diesen Einwänden Rechnung zu tragen.

Nun möchte ich mich nicht weiter in die Einzelheiten verlieren, sondern möchte auf die politischen Aussagen in diesem Bericht zu sprechen kommen. In der ersten, zweiten, dritten und vierten Seite und auch weiter hinten noch, ist die Rede von der Rechtfertigung dieser Region. Es ist die Rede von der überragenden Bedeutung der 40jährigen Wiederkehr des Abschlusses des Degasperi-Abkommens. Es ist auch hier Degasperi wörtlich zitiert mit seinen guten Absichten, also im Sinne eines zukünftigen Europa habe er diese Region mitgestaltet. Es ist auch

die Rede vom Geist des Pariser Vertrages und zwar ganz ausgesprochen auf Seite 47. Man solle also den Geist dieses Pariser Abkommens erhalten. Nun frage ich mich: Was war denn dieser Geist von Anfang an? Ich habe hier meine Zweifel, wenn man immer wieder den Geist zitiert, um damit einen Zustand aufrecht zu erhalten, der einen Teil zumindest nicht befriedigt und der einem Teil dieser Region immer wieder den Eindruck vermittelt, daß sie hineingezwungen worden ist, daß sie gegen ihren freien Willen mit anderen in einer Einrichtung leben muß, von der sie nicht überzeugt ist, zu der sie nicht stehen kann. Warum kommen mir diese Zweifel? Ich habe hier einige Äußerungen Degasperis herausgesucht. Da beispielsweise spricht er folgendes aus - nach dem ersten Weltkrieg, wohlgemerkt, vor seiner eigentlichen großen Zeit als unter Anführungszeichen "Europäischer Politiker" -; er sagte damals: "Tiroler, euer Leben war unser Tod. Nun wird unser Leben euer Tod sein." Ich möchte an dieses Zitat hier einmal erinnern. Ist das der Geist dieses Vertrages, indem man sich darüber freut, indem man die Chance gekommen sieht, sich anständig zu revanchieren, d.h. anständig, im Sinne von schärfstens, zu revanchieren? "Unser Leben wird euer Tod sein", sagt er. Ist also das der Geist? Des weiteren hat Degasperi in einer Wahlrede in Bozen am 11. November 1952 wörtlich folgendes gesagt: "Es war wirklich mein Werk, daß Südtirol aufgrund des Degasperi-Gruber-Abkommens im Jahre 1946 für Italien gerettet wurde"; er sagt: "Südtirol war im politischen Bewußtsein Europas für Italien...", damals in der Zeit der Verhandlungen in Paris, "... schwer gefährdet. Es war im Bewußtsein vieler bereits verloren." Ein anderes Zitat Degasperis und zwar ebenfalls auf derselben Wahlrede, gehalten in Trient, im Jahre 1953, ich zitiere wörtlich: "Endlich einmal sind wir mit Mussolini gleichen Sinnes, der einmal im Jahre 1938 sagte: 'Um Südtirol zu entdeutschen, gäbe es nur eine Methode, nämlich die Südtiroler nicht isolieren und sie am Leben der Nation teilnehmen lassen. Ich habe sie wissen lassen, daß sie in die Karrieren des Königreiches eingereiht werden und Abgeordnete und Minister werden können.'" Aber was steht dahinter? Nämlich Südtirol zu entnationalisieren, wie es so schön heißt. Wenn also heute immer wieder dieser Geist des Degasperi-Abkommens zitiert wird und wenn hier wörtlich im Bericht zitiert wird, Degasperi habe gesagt: "...daß das Problem der Beziehungen zwischen Bürgern italienischer und Bürgern deutscher Sprache ohne Zweifel sehr schwierig sei, daß auch das zur Lösung des Problemes geschaffene Instrument schwierig sei und daß dieser Plan ein mühevolleres Werk dargestellt hätte", dann muß ich wohl von vornherein sagen: Was ist das für eine Logik, eine politische Lösung zu wollen, von der man genau

weiß, daß sie auf Kampf ausgerichtet ist, die auf Unfrieden aufgebaut ist, den Unfrieden, den man kommen sieht. Degasperi nimmt es ja hier vorweg?

Es ist in diesem Bericht weiter auch die Rede von den Lehren und Ermahnungen der historischen Erfahrung und zwar ganz konkret Seite 44 und das gehört zu diesem Gedankengang. Es steht hier wörtlich: "Trotz der Versuche, Empfindungen und Grollgedanken gegen den langen Kampf der politischen Vernunft und gegen Lehren und Ermahnungen der historischen Erfahrung wird alles mögliche mobil gemacht." Nun muß ich hier an die Irredenta erinnern. Die Trentiner haben sehr wohl Erfahrungen und auch eigene Erlebnisse und auch die Lehren ziehen können aus solchen politischen Lösungen, die keine sauberen Lösungen sind. Ich möchte hier nur von der Irredenta folgendes zitieren. Ein Österreicher hat eine Abhandlung geschrieben über den Irredentismus. Er sagt hier beispielsweise folgendes, betreffend die Erfahrungen und Lehren, die wir daraus ziehen sollen: "Der Irredentismus bleibt, solange er irgendwo noch besteht." Und so wie es damals im Trentino war und anderswo, war er, wenschon unter Studenten und vor allen Dingen Gelehrten und nicht so sehr bei der bäuerlichen und bürgerlichen Bevölkerung zu finden. Aber bei uns hier in Südtirol besteht dieser Irredentismus zutiefst in der Volksseele. Weiter schreibt dieser Österreicher: "Der Sehnsucht entspringt der Drang nach Befriedigung. Der Irredentismus wird erst ein Ende nehmen, wenn er samt der Wurzel aus der Seele des Volkes herausgerissen wird oder wenn er sein Ziel erreicht hat." Außerdem sagt er damals vorausschauend - das war lange vor Ausbruch des ersten Weltkrieges - sagt er folgendes: "... wenn auch dafür garantiert ist, daß diese österreichfeindlichen Tendenzen niemals mehr werden als unerfüllbare Wünsche, so könnten sie doch immerhin leicht zur Folge haben, daß wir schließlich ein totes Glied an uns tragen würden. Was hätten wir aber von einem Volke, das es als das größte Unglück betrachtet österreichisch zu sein und das in Sehnsucht sich verzehrt nach jenem Lande, wo die Zitronen blühen?" Auch daraus sollten unsere Freunde, Kollegen, alle hier Anwesenden die Lehren und Konsequenzen ziehen.

Es ist dann des weiteren die Rede, daß wir als Regionalratsabgeordnete entsprechend unserem Eid, den wir ja vor 3 Jahren geleistet haben, die Pflicht hätten, die Autonomie der Region in ihrer Gesamtheit zu verteidigen, über den allgemeinen Rahmen hinaus.

Es ist dann des weiteren die Rede von der sogenannten Einheit des Staates, die es nicht zulasse, daß man etwas anderes, als

eben diese sogenannten "Autonomiebestrebungen" hege. (Autonomie immer unter Anführungszeichen). Und zwar ist hier ganz klar folgendes gesagt: "Es wird bekräftigt, daß es sich um die Anerkennung einer neuen Rolle und einer neuen Funktion in der internationalen Berufung der Regionen mit Sonderstatut handelt, wenn auch im Rahmen eines Staates, der eine Einheit ist und den man als eine Einheit erhalten will." Dazu muß folgendes gesagt werden: Erst vor kurzer Zeit hat ein Universitätsprofessor und Spezialberichterstatter der UNO-Subkommission zum Schutz der Minderheiten und zur Verhinderung von Diskriminierungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker folgende Aussage getroffen, auch betreffend die Integrität des Staates und den sogenannten Zweifel, inwiefern dieses Postulat nach Untastbarkeit, nach uneingeschränkter Souveränität des Staates gültig ist. Es handelt sich um eine Studie des Universitätsprofessors Hektor Gros Espiell. Er sagt folgendes, ich zitiere wörtlich: "...zur Vermeidung jedes Mißverständnisses ist es notwendig folgendes zu präzisieren: Wenn die beanspruchte nationale Einheit und die geltend gemachte territoriale Integrität nur juristische Fiktionen sind, die eine wirkliche Kolonial- und Fremdherrschaft verdecken, Ergebnis der effektiven Mißachtung des Selbstbestimmungsprinzips oder der Unterwerfung und der Angliederung eines Volkes gegen seinen Willen und gegen die Geschichte an eine ihm fremde staatliche Struktur sind, dann gilt das Prinzip von der Untastbarkeit der Souveränität nicht." Es ist ganz klar, hier verläuft er sich dann, er stellt alle Details ganz genau dar. Aus der Zusammenfassung ergibt sich ganz klar folgendes: Gros Espiell verweist anhand der UNO-Deklaration darauf, daß der Staat nur dann Anspruch auf seine Integrität hat, wenn die staatliche Einheit in Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes zustande gekommen ist. Ist diese staatliche Einheit in Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes errichtet worden und ist somit die nationale Einheit nur eine Fiktion, so ist nach Ansicht Gros Espiells die Sezession mit der Charta der Vereinten Nationen vereinbar. In unserem Falle dürfte das wohl ganz eindeutig und klar feststehen, daß nämlich diese sogenannte Integrität des Staates - was Südtirol betrifft - nicht den Resolutionen der UNO, der Charta der Vereinten Nationen und auch nicht den Helsinki-Akten von 1975 entspricht, weil Südtirol nicht aufgrund einer Volksabstimmung zu Italien gekommen ist, wie die übrigen Gebiete, die zum Staate Italiens heute gehören: Die Lombardei, Venetien, Sizilien, Piemont und alle anderen. Das ist hier der springende Punkt, der den Eid betrifft, der uns verpflichtet - im Sinne dieses Rahmens, dieser Region - tätig zu sein, nur im Rahmen der Autonomie und immer im

Bewußtsein der Unantastbarkeit der Grenzen. Das hat der Präsident zwar nicht wörtlich geschrieben, aber es ergibt sich aus dem Sinn, daß er auch das gemeint hat, selbstverständlich. Was nun diesen Eid angeht, so habe ich bereits damals erklärt, daß ich diesen Eid selbstverständlich leiste und zwar weil diese Republik in ihrer Verfassung auch die Möglichkeit vorgesehen hat, daß man die Sezession, die Separation politisch durchwegs verfolgen kann, daß man also diese Zielsetzung im Rahmen der Verfassung dieser Republik vorantreiben kann. Denn die Integration des Staates kann in Frage gestellt werden auch laut Art. 11 der italienischen Verfassung, wonach Italien jene Einschränkungen der Souveränität zuläßt, welche notwendig sind, um den Frieden und die Gerechtigkeit zwischen den Nationen zu sichern. Insofern also ergibt sich für mich überhaupt kein Problem auf der einen Seite den Eid auf diese Republik zu leisten, auf der anderen Seite aber die ganz klare Separation zu verlangen, auch nach den jüngsten Ergebnissen, nach dieser jüngsten Studie des UNO-Spezialberichterstatters Gros Espiell.

Es ist hier auch dann noch die Rede, daß der Pariser Vertrag nicht angerührt werden darf. Zwar ganz ausdrücklich auf Seite 3, wo wörtlich im Bericht des Präsidenten steht: "Das Degasperi-Gruber-Abkommen wird nicht angerührt, sondern im Gegenteil mit großem Verantwortungssinn und Ausgeglichenheit durchgeführt, will man eine ohnehin schwierige Lage aufs Spiel setzen". Sie wissen alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß wir ganz anderer Ansicht sind, daß wir der Meinung sind, man sollte alle Anstrengungen darauf konzentrieren, eine Lösung herbeizuführen, in der wir tatsächlich in einem freundschaftlichen Nebeneinander ohne Mißtrauen leben können, in welcher jeder Teil seine Zufriedenheit hat, in welcher jeder Teil sich wiedererkennt und mit Überzeugung tagen kann. Man sollte aber nicht in alle Ewigkeit sozusagen Anstrengungen planen, die darauf gerichtet sind, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, denn dann wird man zum konkreten Frieden, zu einer konkreten Gestaltung miteinander nicht kommen, weil diese Politik von ihrer Grundlage her von Mißtrauen getragen ist, von der Absicht, eben für den eigenen Teil endlich die Lösung anzustreben, die es erlaubt, in Eigenständigkeit und Selbstbestimmung zu leben.

Im übrigen was diese sogenannte Vertragskonventionen und das Vertragsrecht betrifft, sagt Gros Espiell ganz klar folgendes: "Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes Tirols konnte aufgrund des Abkommens von 1946 nicht Gegenstand der Abmachungen oder irgendeiner Beschränkung sein, da die beteiligten Staaten Österreich und Italien nicht in Vertretung des rechtmäßigen Willens des Tiroler Volkes handelten.

Deswegen ist der Pariser Vertrag auch nicht von der 1969 abgeschlossenen Wiener-Vertragrechtskonvention betroffen, wonach alle Verträge erlöschen, die zu einer späteren zwingenden Völkerrechtsnorm im Widerspruch stehen." Spätere Völkerrechtsnorm von 1966: Die UNO-Charta, Menschenrechtscharta nämlich. Dazu steht dieser Vertrag von vornherein im Widerspruch und schließlich und endlich eigentlich auch zur italienischen Verfassung, die im Jahre 1977 ja ganz eindeutig diese UNO-Menschenrechtspakte ratifiziert und mit eigenem Staatsgesetz eben in die eigenen Verpflichtungen aufgenommen hat. Sollte jedoch das Gruber-Degasperi-Abkommen von irgendeiner Seite geltend gemacht werden, um den Südtirolern das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, dann kann die Nichtigkeit des Abkommens eingewendet werden. Soweit zur Unantastbarkeit dieses Gruber-Degasperi-Abkommens, welches zwar ein Vertrag von zwei Partnern über einen dritten, - nämlich dem Südtiroler Volk - ist, welches aber das Südtiroler Volks in keiner Weise an diesen Vertrag bindet, weil es ja nicht selbst diesen Vertrag unterzeichnet hat und diesen Vertrag auch nicht ausgehandelt hat, sondern zwei andere über einen dritten. Diese Situation entspricht nicht der Wiener Vertragskonvention von 1969.

Ich möchte abschließend nur noch folgendes anmerken und bereits in den Zeitungen ist davon die Rede gewesen: man war verärgert über den Text, den deutschsprachigen Text dieses Berichtes, wofür selbstverständlich der Herr Präsident Bazzanella gar nichts kann. Das ist nicht seine Schuld, sicherlich nicht. Aber es ist tatsächlich so, daß dieser Bericht in deutscher Sprache eine einzigartige Sammlung von Stilfehlern, von unmöglichen Ausdrücken, eine Sammlung von Anachronismen, in sprachlicher Hinsicht ist, und ich möchte mich deshalb dem anschließen, was schon der Artikelschreiber in der Zeitung gesagt hat, nämlich, daß man danach trachten sollte, wirklich Leute mit der Übersetzung zu beauftragen, die auch die deutsche Sprache beherrschen.

Mit diesem Appell möchte ich meine Stellungnahme in dieser Generaldebatte schließen und ich hoffe, daß gerade dieser Appell das nächste Mal seine Früchte tragen möchte.

(Illustre signor Presidente! Egregi colleghi e colleghe! Non ci meraviglia affatto che il Presidente della Giunta regionale abbia cercato in tutti i modi nella relazione accompagnatoria al bilancio di dare un senso alla Regione, ovvero di giustificarne la presenza.

Pertanto a pagina 8 e nelle pagine successive egli ci illustra quali siano i suoi intendimenti: trarre il massimo ricavo dalle

norme finanziarie e introdurre un rinnovamento anche nel settore creditizio. Si parla quindi del catasto e del libro fondiario e in seguito dei ladini, sui cui diritti egli ha già condotto trattative a Roma con il Presidente della Camera dei Deputati.

A questo proposito vorrei solo far notare che sulla questione è stata presentata anche una mozione in Consiglio regionale, firmata anche dalla mia persona, nella quale si richiedono per la popolazione ladina nel Trentino quei diritti che i ladini altoatesini posseggono già. Io ritengo che sia semplicemente uno scandalo che i ladini nel Trentino non compaiano numericamente da nessuna parte. Di quei 424.000 abitanti del Trentino - circa, ma non intendo insistere sul numero - non si sa neppure quanti siano gli italiani, quanti i ladini e quanti i tedeschi; non solo a Luserna, ma anche altrove. Questo lo considero un peccato di omissione senza pari.

Tutto ciò rientra nel buon diritto di un Presidente; ovvero che come Presidente di un ente che egli rappresenta anche verso il mondo esterno egli cerchi di conquistare il maggior numero di competenze e cerchi di dare una giustificazione all'esistenza dell'ente Regione.

Vorrei soffermarmi ora brevemente sulla questione del personale. A prescindere dal fatto che io non condivido la sua opinione in merito alla legittimazione data all'esistenza di questa istituzione, sostengo che fintanto che questa Regione esiste come ente, si deve cercare di ...

(interruzione)

KLOTZ: ... Grazie! ... si deve cercare di trattare il personale, in particolare, adeguatamente e in modo soddisfacente. Vorrei solo fare osservare una cosa, la quale amareggia in modo particolare i dipendenti di lingua tedesca della Regione: recentemente è stato rieletto il Consiglio di amministrazione del personale, ma gli impiegati di lingua tedesca non vi sono rappresentati in base alla proporzionale etnica. Secondo questa, infatti, dovrebbero essere cinque i membri tedeschi rappresentati in quest'organo, ma in effetti sono solamente tre. Naturalmente sono a conoscenza della ragione a cui si deve ricondurre questa situazione, ma i rappresentanti del personale sono dell'avviso che in questo caso - se non si riesce quindi a ricomporre il Consiglio di amministrazione secondo la proporzionale etnica, tutelando così i diritti dei dipendenti di lingua tedesca - si sarebbe dovuto mantenere il Consiglio di amministrazione com'era prima. Voi sapete sicuramente

quale è la situazione e su quale sfondo si muove l'intera questione e io La vorrei pregare, signor Presidente, di voler tenere in debita considerazione queste obiezioni, in considerazione del grande interesse politico ma anche umano della cosa.

Non vorrei ora soffermarmi sui singoli aspetti, ma esaminare le dichiarazioni politiche di questa relazione. Nella prima, seconda, terza e quarta pagina e poi anche in seguito si cerca di dare legittimazione all'esistenza di questa Regione. Si parla della capitale importanza del quarantennale del Trattato "Degasperi-Gruber". E qui si cita testualmente anche Degasperi con tutte le sue buone intenzioni e si dice che egli contribuì a plasmare la Regione in vista di un'Europa unita. Si parla anche dello spirito dell'accordo di Parigi, particolarmente a pagina 47 e si vorrebbe rimettere in primo piano lo spirito dell'accordo di Parigi. Ora io mi chiedo: che cosa è stato questo spirito sin dall'inizio? Mi vengono dei dubbi che si continui a citare questo spirito per mantenere in piedi una situazione che attualmente non soddisfa tutti, tant'è vero che una parte di questa Regione ha tuttora l'impressione di essere stata costretta contro la sua volontà ad accettare questo stato di cose, a convivere con altri in un'istituzione politica che non la convince, che non può condividere. E perchè mi vengono questi dubbi? Ho cercato alcune dichiarazioni fatte da Degasperi. Qui per esempio - naturalmente dopo la prima guerra mondiale prima del suo grande momento come "politico europeo" - egli afferma: "Tirolesi, la nostra vita è stata la nostra morte. Ora la nostra vita sarà la vostra morte". Vorrei fare riferimento innanzi tutto a questa citazione. E' forse questo lo spirito dell'accordo, ovvero che ci si rallegra perchè si vede arrivare finalmente il momento di prendersi la rivincita, di potersi finalmente vendicare? "La nostra vita sarà la vostra morte" egli dice. E' forse questo lo spirito? Inoltre Degasperi durante un comizio elettorale a Bolzano l'11 novembre 1952 ha affermato testualmente quanto segue: "E' stata propria opera mia se è stato possibile salvare nel 1946 con l'accordo Degasperi-Gruber l'Alto-Adige per l'Italia" e poi "Nella coscienza politica europea l'Alto-Adige era quasi perso per l'Italia", e intendeva durante le trattative a Parigi, "... Nella coscienza di molti era dato per spacciato." Un'altra citazione di Degasperi sempre durante un comizio elettorale tenutosi a Trento nel 1953 dice testualmente: "D'altro canto una volta tanto siamo d'accordo anche con Mussolini, il quale nel 1938 disse una volta che per stedeschizzare l'Alto Adige non vi è che un metodo: non isolare gli altoatesini, farli partecipare alla vita della nazione. Io ho fatto sapere

loro - dice Mussolini - che possono circolare nelle carriere del regno, possono diventare ministri e deputati!" Ma che cosa si nasconde dietro a tale decisione? Quella di snazionalizzare l'Alto-Adige, come si dice. Se si continua a citare dunque lo spirito del Trattato "Degasperi-Gruber" e se qui nella relazione si dice testualmente che Degasperi aveva affermato "che il problema dei rapporti fra cittadini di lingua italiana e di lingua tedesca era senza dubbio molto complicato, che complicato era anche lo strumento creato per risolvere il problema e che il progetto aveva rappresentato una costruzione faticosa" allora ciò mi fa pensare: ma che logica c'è nel volere una soluzione politica della quale si sa già sin d'ora che è orientata verso lo scontro e che è fondata sul malessere - un malessere che vediamo arrivare ora e che Degasperi aveva anticipato -?

In questa relazione si parla anche di lezioni e ammonimenti dell'esperienza storica (pag. 46) e ciò si aggancia a questo pensiero. Qui si dice: "... nonostante predicazioni e utopie di assetti istituzionali impensabili e nonostante i tentativi di mobilitare sentimenti e risentimenti contro la lunga battaglia della ragione politica e contro la lezione e gli ammonimenti dell'esperienza storica ..." A questo proposito vorrei ricordare l'Irredenta. I trentini hanno potuto fare le loro esperienze ed trarre insegnamento da queste soluzioni politiche, che non sono certo soluzioni "pulite". E in merito all'Irredenta vorrei solo aggiungere quanto segue: Un austriaco ha scritto una dissertazione sull'irredentismo. In merito alla lezione ed agli insegnamenti che si dovrebbero trarre dalla storia egli dice testualmente: "L'irredentismo esisterà sempre finchè in qualche posto esso rimarrà ancora acceso". E così nel Trentino e altrove l'irredentismo era diffuso soprattutto tra universitari ed intellettuali più che tra la popolazione contadina e la popolazione civile. Ma da noi in Alto Adige questo irredentismo è ancorato profondamente nell'anima del popolo. Scrive ancora questo austriaco: "Nasce dal desiderio nostalgico l'esigenza dell'appagamento. L'irredentismo avrà fine solamente se verrà strappato con le radici dall'anima del popolo o se raggiungerà il suo obiettivo. Inoltre egli in modo quasi profetico - e questo avvenne molto prima della prima guerra mondiale - afferma: "... anche se è ormai sicuro che queste tendenze antiaustriache non diventeranno altro che un desiderio inappagabile, potrebbero comunque avere come conseguenza che ci portiamo appresso un peso morto. Ma che cosa ci serve un popolo che considera come la più grande disgrazia quella di essere austriaco e si strugge di desiderio per quel paese dove

fioriscono i limoni?" Anche da questa considerazione i nostri amici, i colleghi e tutti i presenti dovrebbero trarre le loro conclusioni.

Nella relazione del Presidente si parla poi del fatto che noi come Consiglieri regionali, in base al giuramento prestato 3 anni fa, avremmo il dovere di difendere l'autonomia della Regione nella sua interezza, che non è solo quella di "quadro generale."

E ancora: si parla della cosiddetta unità dello Stato che non permette che si segua nient'altro se non questa cosiddetta vocazione "autonomistica" (autonomistica tra virgolette). E più precisamente si asserisce quanto segue: "Si afferma che si tratta di riconoscere un ruolo ed una funzione nuovi alla vocazione internazionale delle Regioni a Statuto speciale, pur nell'ambito di uno Stato che è e si vuole rimanga unitario." Vorrei aggiungere qualche mia osservazione: Recentemente un docente ed inviato speciale della sottocommissione ONU per la tutela delle minoranze e la protezione contro discriminazioni a sfavore del diritto di autodeterminazione dei popoli ha fatto delle interessanti dichiarazioni in merito all'integrità dello Stato e alla validità del postulato sull'inviolabilità e sull'illimitata sovranità dello Stato. Si tratta di uno studio intrapreso dal docente Hektor Gros Espiell. Egli dice testualmente: "Per evitare qualsiasi malinteso è necessario fare delle precisazioni: Se l'unità nazionale e l'integrità territoriale che si rivendicano sono solo delle finzioni giuridiche e celano un reale predominio straniero e coloniale, o sono il risultato di un'effettiva violazione del principio di autodeterminazione o di una soggezione o annessione di un popolo contro la sua volontà e la sua storia ad uno Stato straniero, allora non vale più il principio di intangibilità della sovranità nazionale". E' tutto molto chiaro; poi egli si addentra nel tema e ne illustra ogni dettaglio. Da questo riassunto risulta chiaramente quanto segue: Gros Espiell in base a quanto contenuto nelle dichiarazioni delle Nazioni Unite ritiene che lo Stato ha diritto alla sua integrità solamente se l'unità dello stato è stata raggiunta nella piena osservanza del diritto di autodeterminazione. Se l'unità nazionale è stata costruita violando il diritto di autodeterminazione e se l'unità dello Stato è quindi solo una finzione, allora secondo Gros Espiell la secessione è compatibile con la Charta delle Nazioni Unite. Nel nostro caso è ben evidente che la cosiddetta integrità dello Stato - per ciò che concerne l'Alto Adige - non è compatibile con quanto contenuto nelle risoluzioni dell'UNO, nella Charta delle Nazioni Unite e nemmeno negli accordi di Helsinki del 1975, poichè l'Alto Adige non è stato annesso all'Italia sulla base di un

referendum popolare come gli altri territori appartenenti allo Stato italiano: la Lombardia, il Veneto, la Sicilia, il Piemonte e tutti gli altri. Questo è il punto saliente che riguarda anche il giuramento che sancisce il nostro dovere di operare in questo quadro, in questa Regione, nell'ambito dell'autonomia e nell'osservanza dell'inviolabilità dei confini. Questo il Presidente non lo ha detto testualmente ma esso traspare chiaramente dal senso che ha voluto dare alle sue dichiarazioni. Riguardo al giuramento, io ho già dichiarato a suo tempo che avrei prestato il giuramento anche perchè questa Repubblica nella sua Costituzione prevede la possibilità di appoggiare politicamente la secessione, la separazione e quindi di poter perseguire questo obiettivo nel quadro costituzionale della Repubblica. Infatti anche secondo l'art. 11 della Costituzione italiana, secondo cui l'Italia consente alle limitazioni di sovranità necessarie ad un ordinamento che assicuri la pace e la giustizia fra le Nazioni, l'integrità dello Stato può essere messa in discussione. Per questo da un lato non ho avuto esitazioni nel prestare giuramento a questa Repubblica, dall'altro nel richiedere la netta separazione, anche alla luce dei recenti risultati dello studio compiuto dall'inviato speciale ONU, Gros Espiell.

Nella relazione si afferma poi che l'accordo di Parigi non va toccato. Precisamente a pagina 3 dove si dice testualmente: "... il Trattato "Degasperi-Gruber" non va toccato, ma anzi attuato con grande senso di responsabilità ed equilibrio, se non si vuole compromettere una situazione già difficile." Sapete bene, egregi colleghi e colleghe, che siamo di tutt'altra opinione poichè riteniamo che bisognerebbe concentrare tutti gli sforzi per cercare una soluzione che ci permetta di vivere effettivamente in una convivenza amichevole senza diffidenza, dove ognuno è soddisfatto e si riconosce nello stato delle cose. Non si dovrebbero programmare però sforzi infiniti volti ad eliminare le difficoltà, perchè in tal modo non si raggiungerà mai una pace effettiva, un'effettiva cooperazione poichè una tale politica alla base è caratterizzata dalla diffidenza e dall'intenzione di trovare finalmente per la propria parte una soluzione che permetta di vivere in indipendenza ed autodeterminazione.

Poi ciò che concerne le convenzioni ed il diritto contrattuale, Gros Espiell dice molto chiaramente: "In base all'accordo di Parigi del 1949 il diritto di autodeterminazione del popolo tirolese non poteva costituire oggetto di accordi o limitazioni, poichè gli Stati in causa - Italia e Austria - non agirono in rappresentanza della volontà giuridica del popolo tirolese. Per questa ragione l'accordo di

Parigi non rientra nella convenzione sul diritto contrattuale di Vienna stipulata nel 1969, secondo la quale tutti quei contratti che sono in contrasto con una successiva norma cogente di diritto internazionale si estinguono naturalmente." Successiva norma di diritto internazionale del 1966: La Charta dell'ONU sui diritti umani. L'accordo di Parigi sin dall'inizio è in palese contratto con questa e con la Costituzione italiana che nel 1977 ha ratificato dopotutto i patti ONU sui diritti umani, che ha accettato come propri in una legge di Stato. Se una qualsiasi parte volesse far valere il Trattato "Degasperi-Gruber" per negare agli altoatesini il diritto di autodeterminazione allora si potrebbe far valere la nullità dell'accordo. Questo quanto volevo dire in merito all'inviolabilità dell'accordo di Degasperi-Gruber che è in verità un accordo di due parti su una terza - il popolo altoatesino - che però non vincola in nessun modo il popolo altoatesino a questo accordo, poichè egli stesso non lo ha firmato e non ha partecipato alle trattative, ma due parti lo hanno fatto su una terza. Questa situazione non rientra in nessun modo nella convenzione sul diritto contrattuale del 1969.

In conclusione vorrei fare ancora un'osservazione (anche nella stampa se ne è già parlato): ci si irritati per la versione tedesca della relazione, cosa di cui naturalmente il Presidente non era responsabile. Sicuramente la colpa non è sua. Ma va detto che questa relazione è una singolare raccolta di errori di stile, di espressioni impossibili, di anacronismi dal punto di vista linguistico ed io vorrei quindi condividere quanto detto dall'articolista del giornale ovvero che bisognerebbe cercare di incaricare della traduzione persone che conoscano veramente la lingua tedesca.

Con questo appello chiudo il mio intervento in discussione generale, auspicando che esso porti i suoi frutti nel prossimo futuro.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Langer per la seconda volta.

LANGER: Signor Presidente, per la seconda volta per modo di dire, nel senso che prima mi sembrava veramente che non ci fossero le condizioni, vuoi perchè tutti i consiglieri sembravano discutere principalmente sulla tassa della salute da versare dopodomani, quindi c'era una certa agitazione...

PRESIDENTE Ho difficoltà ad abbonarle "la seconda volta", per i 7 minuti in cui ha parlato prima.

LANGER: ... vuoi perchè appunto le difficoltà acustiche in questa fase, in cui i nostri costosi microfoni vengono installati, revisionati e collaudati non hanno consentito una buona audizione.

Avevo esordito, senza ripetermi, facendo notare quello che definivo un certo narcisismo frustrato regionale autonomistico, che mi sembrava trasparire dalla relazione del Presidente Bazzanella, in cui sia la rilevanza, sia viceversa la minaccia nei confronti della Regione, mi sembravano entrambe individuate in modo un po' immaginario. La rilevanza immaginaria a partire in fondo, più che altro da auspici che da una rilevanza dell'ente Regione, ma anche la minaccia mi sembrava abbastanza immaginaria nel senso che la reale minaccia a questo ente Regione viene piuttosto dalla nostra incapacità di rendere utile, produttivo, funzionale a qualcosa questa costruzione istituzionale che è diventata la Regione e spesso anche dalla mancanza totale di fantasia, che mi sembra che caratterizzi in buona parte l'operato della Giunta.

In questo senso avevo apprezzato l'opuscolo contenente il progetto Spinelli, che il Presidente ha voluto allegare alla sua relazione, ricordandoci in questo senso in qualche modo l'obiettivo europeista, senza adesso pronunciarmi nel singolo merito del progetto Spinelli, e mi sembrava però che purtroppo non ci fosse una grande relazione tra questo progetto, il lavoro di questa Regione e il bilancio che stiamo discutendo. Se persino una modestissima leggina che inventa un piccolo ruolo marginale della Regione, la costruzione dell'unità europea, si arena nelle secche dei veti del partner di Giunta più numeroso, più numeroso intendo non in Giunta ma nel Consiglio, allora immaginarsi che distribuzione di libro dei sogni può essere la distribuzione del progetto Spinelli per il trattato per l'unione europea.

La realtà della Regione è abbastanza diversa. Mi pare che i festeggiamenti per i 40 anni dell'accordo Degasperi-Gruber, che sono stati richiamati in altro senso anche da chi mi ha preceduto, ci hanno fatto vedere nel modo più crudo i cocci di questa Regione. Abbiamo avuto un festeggiamento che poi per la verità la maggioranza politica non ha voluto definire festeggiamento, ma semplicemente ricorrenza nel Consiglio provinciale di Bolzano, al quale ha assistito anche il Presidente della Regione, ma non sono stati invitati esponenti della Provincia autonoma di Trento, mentre erano presenti altri nostri vicini, anch'essi in qualche modo toccati dall'accordo Degasperi-Gruber, per esempio erano presenti gli esponenti del governo regionale del Tirolo

austriaco, ma sicuramente il Trentino era, comunque si giudichi l'accordo, molto più dentro l'accordo che non il Tirolo del nord o dell'est, così come per esempio il Vorarlberg avrebbe potuto essere presente, se si voleva rispettare l'ambito di quell'accordo.

Abbiamo assistito a due rievocazioni storiche in quest'aula, in sede di Consiglio provinciale di Bolzano, fatta una dal Presidente del Consiglio Boesso, l'altra dal Presidente della Giunta Magnago, che erano entrambe ricostruzioni piuttosto forzate, ma che sono cadute comunque nel gelo più totale e tra l'altro nella totale impossibilità di prendere la parola, tanto che alcune rappresentanze consiliari avevano addirittura deciso, non la nostra, di disertare questo festeggiamento.

Abbiamo assistito viceversa ad un grande annuncio della Regione, un anno fa, che la Regione avrebbe curato di commemorare degnamente, di studiare, di approfondire ecc. l'accordo Degasperi-Gruber, al quale, comunque lo si voglia giudicare, questa Regione deve bene o male la sua esistenza e abbiamo visto che questa intenzione ha fatto "ploff" strada facendo e che si è poi risolta in un'iniziativa che ha avuto luogo pochi giorni fa a Trento, in sede ormai totalmente e forzatamente diversa, quale era quella dell'istituto trentino di cultura con una rievocazione storica di alcuni storici, esponenti delle potenze vincitrici alleate della II guerra mondiale. E poi infine abbiamo appreso dai giornali una ulteriore commemorazione separata del Consiglio provinciale di Trento, il quale tra l'altro mi sembra, anche se comprensibilmente, ha perso l'occasione di applicare il detto evangelico di spargere carboni ardenti sul capo dell'avversario, avrebbe potuto fare il bel gesto a questo punto di dimostrarsi più nobile della Provincia di Bolzano e di invitare gli interlocutori sudtirolesi, ha pensato meglio di rendere pan per focaccia.

Per quanto concerne la nostra forza politica, vorremmo, con spirito di amicizia, esprimere ai nostri colleghi trentini, nella veste anche di consiglieri provinciali di Trento, il nostro rammarico che il Presidente del nostro Consiglio e il Presidente della nostra Giunta e quale dei due conti di più mi pare sia facile indovinare, non abbiano avuto il buon senso di compiere un piccolo gesto di buon vicinato, che ci sembrava anche politicamente dovuto.

Ho rievocato questo malinteso, per chiamarlo così, sull'accordo Degasperi-Gruber e sul modo di commemorarlo, perchè mi è sembrato che abbia rivelato in un certo senso il punto più basso da lungo tempo, forse dall'approvazione del pacchetto in poi, nei rapporti esistenti all'interno di questa Regione e questo ci è dispiaciuto e ci è

sembrato fuori luogo e totalmente immotivato. Tanto più che pochi giorni fa, proprio a Trento e in sede dell'istituto trentino di cultura, il sen. Volgger, presente alla conclusione dell'accordo Degasperi-Gruber, ha rivelato che la delegazione sudtirolese alla conferenza di pace, delegazione informale ospitata dalla delegazione austriaca, aveva elaborato e presentato un suo progetto di futuro autonomistico di due Regioni piene, Sudtirolo e Trentino, ma anche di una sede di loro coordinamento, di una sede di loro confluenza che, sempre secondo le parole del sen. Volgger, io non ho modo di verificare, se siano esatte o ricostruite a posteriori, ma a cui presto fede, in cui questa ipotizzata Regione comune avrebbe avuto molte più competenze di quanto non ne ha la Regione odierna. Questo ha detto, non smentito da nessuno, il sen. Volgger pochi giorni fa nel discorso a Trento ed erano presenti anche diversi colleghi consiglieri regionali che sono qui in aula.

A questo punto, se noi rappresentanti delle popolazioni locali siamo in questa fase così poco in grado di dare una rappresentazione credibile, realistica e propositiva della nostra situazione, da registrare ormai, non dico conflitti, perchè queste cose non sono dei veri e propri conflitti, ma semplicemente delle dissonanze, andare per tangenti diverse, registrare una forte e reciproca incomunicabilità, in cui spesso mi domando: cosa farà questa Giunta regionale quando si riunisce? Anche perchè più volte abbiamo visto che i disegni di legge, che questa Giunta regionale licenzia e che poi vanno in Commissione o in aula, più tardi vengono bloccati perchè qualcuno dei partners, in genere sempre lo stesso, cioè l'SVP, forse in quella riunione non aveva capito bene o nel frattempo ci ha ripensato e comunque revoca il suo assenso precedentemente dato, tanto che mi è capitato, lo ripeto qui e non sia sentito come offesa, che ho recentemente dovuto dire al Presidente della Regione in una seduta di Commissione, che mi sembrava ormai un presidente a sovranità limitata e una Giunta regionale a sovranità fortemente limitata e quindi in futuro d'ora in poi sarebbe forse più utile che noi chiedessimo, quando la Regione presenta una proposta, o quando presenta una relazione, anche il visto del SVP per essere certi che effettivamente la Giunta regionale, come tale, si riconosce in quanto viene detto.

Dicevo che, se le rappresentanze locali sono così poco capaci, perlomeno le forze di maggioranza, quelle che pensano di poter comporre un quadro comune, perlomeno nella distribuzione degli assessorati e nell'approvazione del bilancio, in queste cose si trovano insieme, sono così poco capaci di delineare un quadro propositivo comune, succede che

altri in altre sedi si domandano come affrontare il futuro di questa nostra regione, intesa non solo come ente, ma soprattutto come realtà geografica e politica.

Mi riferisco in particolare al dibattito parlamentare, al quale il Presidente della Regione mi pare abbia almeno assistito, che si svolge alla Camera dei Deputati, in cui è in discussione - già lo ha ricordato il collega Anesi a proposito della questione dei ladini e ritornerò su questo punto - la nostra condizione e in qualche modo il nostro futuro. A me sembra che sia importante in questa occasione far sentire anche la nostra voce, la voce dei rappresentanti locali delle popolazioni, intorno alle questioni che il Parlamento sta discutendo, visto che probabilmente entro un mese circa il Parlamento arriverà probabilmente anche ad approvare un qualche documento di indirizzo politico, che dovrebbe indirizzare il Governo - posto che il Governo sopravviva abbastanza a lungo - a dare il suo contributo, la sua opera nella prosecuzione, o come da più parti si rivendica, nella conclusione della vertenza sudtirolese.

A me sembra che su questo dibattito parlamentare si debbano dire alcune cose, in particolare una. Abbiamo sentito come grande sconfitta della democrazia il fatto, che questo dibattito parlamentare sia nella sua sostanza nato sull'onda della petizione popolare raccolta dal MSI nel Sudtirolo, nel senso che da ben altre parti e a nostro giudizio con ben altro titolo, altre forze in precedenza, forze che non si rifanno ad un passato, che ha generato la maggior parte dei problemi dei quali oggi ancora ne risentiamo, ben altre forze avevano in precedenza sollevato e anche in modo propositivo le questioni aperte sulla vertenza sudtirolese. E non è un buon segno per la democrazia sia repubblicana e italiana, sia però anche locale, se i segnali di disagio democraticamente espressi, preciso per evitare equivoci che anche raccogliere firme su una petizione è un'espressione perfettamente democratica e legittima, quindi su questo non avrei certo nulla da obiettare, altre forze capaci di indicare soluzioni non inaccettabili per l'una o per l'altra parte, non costruite per rispondere a un disagio o tutto italiano o tutto tirolese, avevano in precedenza sollevato il problema di come arrivare ad una conclusione democratica del pacchetto, senza invilupparsi in una costruzione di un mostro ednocentrico senza fine.

Purtroppo queste voci non sono state ascoltate e quindi il dibattito parlamentare, che si è svolto nelle settimane passate a Montecitorio avrebbe, a nostro giudizio, anche potuto essere

un'occasione realmente di pericolo per l'autonomia sudtirolese. Nato com'era sull'onda di una certa disdetta abbastanza di massa italiana nei confronti del pacchetto, come abbiamo ricordato altre volte, nato com'era anche sull'onda di una serie di servizi giornalistici, giudizi e valutazioni piuttosto superficiali sulla situazione sudtirolese, dove spesso il sensazionalismo faceva premio sulla realtà vera della situazione, nato com'era anche in una situazione, in cui localmente certe intese sembravano non più riuscire a trovare, in realtà sarebbe stata in qualche modo non certo giustificata, ma comprensibile una reazione antiautonomatica, antitirolese da parte del Parlamento italiano.

Abbiamo notato con molto apprezzamento e ci teniamo a dirlo, che tale reazione, esclusi gli interventi per la verità molto patetici e in parte grotteschi dei rappresentanti del MSI, in particolare di Almirante che ha fatto un discorso per molti versi da operetta, in cui credo che gli stessi firmatari della petizione missina, probabilmente solo molto in parte si possono riconoscere, perchè mi pare che i loro problemi non siano l'onore al monumento della vittoria, le ostentazioni tricolorate, ma i problemi che hanno spinto 22 mila persone a firmare la petizione missina sono problemi molto diversi, che vanno presi molto sul serio. In questo senso mi pare che la sceneggiata missina in Parlamento, peraltro di breve durata, perchè poi i rappresentanti del MSI sono spariti, per il resto non se ne sono più preoccupati, è rimasto un episodio abbastanza isolato, mentre gli interventi degli altri rappresentanti politici sono stati tutti interventi molto differenziati, abbastanza critici, comunque non di condanna globale o interventi di minaccia, di revoca autonomistica, cose di questo genere.

Mi pare che questa sia una opportunità particolare da cogliere, cioè se la volta in cui il Parlamento, in presenza di una manifesta crisi del pacchetto ecc., si occupa della nostra questione, noi vogliamo stare zitti, vogliamo non dire niente, a me sembra che questa sia un'occasione in cui ognuno debba fare fortemente la sua parte. Noi per esempio, per quanto riguarda la nostra forza politica, peraltro forza più di opinione che politica, non trattandosi di una rappresentanza di un partito o di una organizzazione, abbiamo cercato di farlo, abbiamo cercato di contrastare la disinformazione pressata, che da parte del SVP da un lato e del MSI dall'altro veniva sparsa a piene mani e rischiava davvero di compattare una situazione, in cui il Parlamento poteva solo decidersi o di gettare il bambino insieme all'acqua sporca o di tenersi il bambino e l'acqua sporca.

Noi abbiamo cercato di fare un lavoro di differenziazione, cercando anche con i mezzi modesti, di cui possiamo disporre, di informare esponenti politici, giornalisti ecc., cercando di differenziare il bambino e l'acqua sporca, cercando di differenziare, di salvaguardare il bambino che a nostro giudizio deve essere la piena e incondizionata tutela dei diritti linguistici e culturali delle identità anche collettive di ognuno, il pieno rispetto e anche lo sviluppo dell'autonomia, non a caso la mozione radicale alla Camera, da noi ispirata, è l'unica che contiene un esplicito invito al Governo di cessare la pratica funesta del rinvio quasi indiscriminato di leggi provinciali e regionali, quindi di un forte condizionamento antiautonomistico, che alla fine svuota davvero l'autonomia in una degradante trattativa preventiva, per cui ogni articolo di legge deve essere prima sottoposto a qualche funzionario ministeriale per capire, se poi avrà il visto. Questo vale anche per la Regione, lo vediamo anche in queste settimane a riguardo della legge sul personale e in tanti altri campi.

Del bambino da non gettare fa parte anche, a nostro giudizio, la possibilità di intrecciare rapporti proficui, diversamente dal passato, tra le due province autonome e anche di usare in senso positivo la cornice regionale in cui oggi gli atteggiamenti - anche questo lo vogliamo notare positivamente - sono molto, molto cambiati rispetto al passato.

Lo stesso rispetto dovuto con cui è stato ascoltato il discorso della collega Klotz, che mi ha preceduto e che in certi versi non condivido, ma di cui rispetto lo spirito e l'impostazione, credo che se fosse stato tenuto 15 anni fa in Consiglio regionale probabilmente avrebbe provocato tumulti, avrebbe incontrato reazioni nazionalistiche e cose di questo genere e il fatto che oggi ci sia una sede di confronto, nonostante che questo spirito di rispetto non sia poi diffuso ovunque, perchè per esempio il fatto che sia la collega Klotz, sia il collega Pahl, dal quale mi dividono molte miglia di distanza ideale, vengano chiamati a rispondere dalla magistratura delle loro valutazioni espresse sull'opportunità o meno di esporre la bandiera italiana davanti alla sede del Consiglio, è una ricaduta che francamente troviamo preoccupante e anche lo stesso fatto, che si siano riattivati, sarà un caso, ma poco dopo il successo missino del 1985, al Tribunale della Corte d'Assise di Bolzano i processi per vilipendio alla bandiera, processi che appartenevano ormai solo ai reati di opinione - da abrogare comunque dal codice fascista - a un passato degli anni '60 nella nostra regione, non

ci fa certo piacere.

Non vogliamo chiudere neanche gli occhi davanti a quello che è andato avanti positivamente, davanti quindi anche ad un atteggiamento di reciproco rispetto tra trentini e tirolesi che in passato più recente, almeno in questi termini, non esisteva.

Temo però che a volte questo atteggiamento di rispetto prenda anche una piega ulteriore e sbagliata e quella che oggi mi sembra prevalga, cioè quella del disinteresse, una sorta di giusta non ingerenza, di giusto rispetto dell'autonomia provinciale, dell'autonomia altrui e questo atteggiamento lo si ritrova in qualche modo nella relazione del Presidente Bazzanella, nella sua qualità di Presidente della Regione, diventi poi anche un atteggiamento di puro rispetto delle sfere di influenza, un atteggiamento da Yalta, così come nella politica mondiale si dice quello che l'Unione Sovietica fa in Bulgaria o quello che gli Stati Uniti fanno nel Nicaragua, sono cose o meglio fatti loro, perchè è stato riconosciuto a loro questa sfera d'influenza.

A me sembra che, se la Regione vuole avere un senso e se non vogliamo arrampicarci sugli specchi a trovargliene uno, penso che non possiamo rinunciare al diritto di interazione, di interloquire reciprocamente e non possiamo semplicemente consegnare il Trentino e il Sudtirolo rispettivamente ai due partiti sistema che dominano con maggiore solidità nel Sudtirolo che non nel Trentino, dove non avete più la maggioranza assoluta per farlo.

In questo dibattito parlamentare sarà sicuramente necessario, a nostro giudizio, arrivare anche ad alcune conclusioni pratiche, che portino avanti e che modifichino qualcosa, altrimenti credo che tutte le parti, che da questo dibattito si aspettano qualcosa, dovranno uscirne deluse.

Abbiamo cercato di individuare alcuni punti sui quali ci è sembrato che perlomeno si registrassero interessanti aperture e qualche convergenza, non sappiamo ancora se maggioritaria, ma qualche convergenza, mi pare ci sia, a non voler dare spazio ad una politica di costante rinvio, per arrivare finalmente ad una conclusione della fase vertenziale; ciò non vuol dire che dopo non ci saranno più problemi, è evidente che ci saranno anche rivendicazioni linguistiche, culturali ecc. anche dopo la conclusione del pacchetto, perchè ci saranno nuove necessità e questo è del tutto evidente, nessuno potrà dire che chiuso il pacchetto non ci sarà più niente, questo mi pare evidente e ovvio, però non è possibile che ormai tutta la nostra vita autonomistica si svolga per sempre condizionata da questa fase vertenziale, in cui alla

fine un interlocutore rimanda all'altro, il governo di uno Stato al governo dell'altro Stato, il governo di un ente autonomistico ad un altro e quello a sua volta all'emanazione delle norme di attuazioni mancanti ecc.

Oggi svolgiamo da ormai 15 anni tutta la nostra vita autonomistica in qualche modo "sub conditione" quando delle norme di attuazione, quando dei rapporti bilaterali tra stati ecc., questo alla lunga non è possibile.

La seconda convergenza o direttiva verso la quale ci sembrava si indirizzasse il dibattito parlamentare era di non voler sanzionare un'attuazione autonomistica eccessivamente incentrata sulla lettera, più che sullo spirito, eccessivamente preoccupata di fondere in norme tutto quanto attiene alla nostra esistenza autonomistica e non invece anche ad una maggiore sensibilità politica e interpretativa. In questo senso mi pare che il giudizio, che è stato dato sul lavoro delle Commissioni dei 6 e dei 12 sia stato da molte parti un giudizio negativo e, a nostro avviso, meritatamente. Quindi si pone il problema davvero di come sostituire queste commissioni. Una nostra proposta, proprio qui in Consiglio regionale, l'abbiamo fatta in altra occasione, che cioè si sostituisca il raccordo clandestino e ormai sganciato da qualsiasi responsabilità politica tra enti locali e Parlamento, lo si sottragga alla Commissione dei 6 e dei 12 e lo si dia in mano ai Consigli, cioè al Consiglio regionale per quanto di sua competenza e ai Consigli provinciali per quanto di loro competenza da un lato e il Parlamento dall'altro, e non ad una commissione cosiddetta paritetica e solo consultiva, che all'oscuro di tutti elabora le sue proposte, che il popolo destinatario normalmente apprende quando escono sulla Gazzetta Ufficiale. Il fatto che su una specifica norma, quella della parificazione delle lingue, ci sia stato una fuga di notizie, ha poi generato un lungo dibattito in proposito, non ancora concluso, ma non è possibile che esista in democrazia una legislazione delegata, i cui utenti e anche i rappresentanti di questi utenti la vengono a conoscere solo quando esce con timbro e sigillo sulla Gazzetta Ufficiale. Non è assolutamente possibile che continui una cosa così. Se ne rende conto anche il Governo, tanto è vero che il ministro Vizzini, recentemente a Trento, ha detto che un vaglio parlamentare delle norme di attuazione non sarebbe possibile, perchè il Parlamento non le approverebbe. Bella legislazione delegata, quando il Governo dice che le norme che ufficialmente confeziona a nome del Parlamento sono impresentabili al Parlamento stesso; vuol dire che qualcosa si è intasato.

Abbiamo registrato anche una diffusa critica, anche se le conseguenze non sono comuni, riguardo ai meccanismi del censimento e dell'ingabbiamento etnico. Anche questo è un problema che questo dibattito parlamentare dovrà risolvere e noi ci auspichiamo che lo risolva finalmente, sganciando la rilevazione della quantità dei gruppi linguistici e a questo proposito saremo d'accordo, se i ladini del Trentino o altri desiderano essere rilevati come tali, ci sembrerebbe del tutto giusto farlo, ma un conto è una rilevazione quantitativa di quante persone esistono che parlano quella lingua, che si ritengono appartenenti a quella comunità in modo anonimo e tutto un altro conto per noi inaccettabile è ogni soluzione, che a questa schedatura legghi poi uno status individuale da far valere in positivo o in negativo.

Sconsigliamo ai nostri amici ladini del Trentino qualsiasi soluzione che preveda anche per loro una sorta di catasto etnico e lo stesso faremo per le minoranze tedescofile nel Trentino. Noi pensiamo che è l'ordinamento che deve diventare così democratico da offrire opportunità culturali linguistiche di affermazione, di identità anche collettiva ai parlanti ladino, ai parlanti tedesco, ad altri gruppi minoritari, apprezziamo per esempio che il Trentino abbia fatto una legge sugli zingari che da noi è lunga da venire; queste cose l'ordinamento le deve democraticamente offrire, ma non prevedendo un ghetto, magari anche dorato, ma un ghetto nel quale si deve inserire per beneficiare di certe norme.

Un'altra rivendicazione nei confronti del Parlamento, che mi pare sia venuta fuori da molti e che sia sicuramente da condividere è quella di emanare finalmente, senza indugio, le norme necessarie alla reale parificazione delle lingue e ad una adeguata considerazione e tutela della lingua ladina, anche nel suo uso pubblico. Tuttavia è cosa diversa prevedere la parificazione delle lingue, sdoppiando le amministrazioni, gli sportelli, i collegi giudicanti e così via e prevedendo quindi sostanzialmente un po' come qui, lo dico ai colleghi trentini che non lo conoscono, quando qui userete la vostra carta bancomat vedrete che uno prima deve premere e decidere se vuole il servizio in lingua italiana o tedesca. Questo è un servizio rapido e relativamente flessibile, ma dover premere una volta ogni dieci anni l'uno o il due e scegliere quindi se confrontarsi con l'amministrazione pubblica, con i carabinieri, con la polizia, con i tribunali ecc. solo in questa, o solo in quella lingua, per noi è una costrizione inaccettabile. Abbiamo una buona esperienza di diffuso bilinguismo nelle amministrazioni comunali e in quella provinciale in provincia di

Bolzano, quello è un modello del bilinguismo diffuso, per cui gli atti vengono stesi in entrambe le lingue quando destinati alla generalità e che nel rapporto con la pubblica amministrazione in quasi tutti i comuni, per la verità il comune di Bolzano è tra i più difettosi a questo proposito, però con quasi tutti i comuni è possibile comunicare nell'una e nell'altra lingua e usare di volta in volta la lingua che si intende e che si preferisce e comunque i comuni sono attrezzati in modo tale da essere in grado di rispondere in entrambe le lingue, di fare verbali in entrambe le lingue, si può parlare nelle riunioni dei consigli comunali nella lingua che si vuole ecc.

Questo è il modello che noi auspichiamo anche per la giustizia e anche per l'amministrazione dello Stato e siamo consapevoli che purtroppo oggi una parte dei problemi che ci sono non sono dovuti al fatto che ci siano le norme, perchè ci sono le norme, in particolare del 1960, che non sarebbero poi male, ma è la loro disapplicazione, a volte magari anche persino dolosa, perchè quando un'amministrazione, come quella ferroviaria o come postale o come quella dell'INPS ecc. agli sportelli non mette il personale bilingue che magari ha, ma mette il personale comandato e trasferito da altre amministrazioni, è chiaro che si generano giustificati motivi di risentimento e di lamentela. Se l'amministrazione della giustizia non fa spontaneamente quello che oggi già dovrebbe e potrebbe fare, cioè di esporre tutte le cose destinate al pubblico in entrambe le lingue, se non fa spontaneamente, come peraltro molte preture fanno, come anche il tribunale a volte fa, usano come già devono e possono entrambe le lingue, allora su questo terreno possono germogliare poi rivendicazioni, a nostro giudizio inaccettabili, e comunque più nell'ottica della separazione etnica che non nel far valere il diritto alla propria madrelingua.

Anche altre proposte o altri punti in comune mi sembrano si siano ascoltati nel dibattito parlamentare, per esempio la necessità di depurare le norme di attuazione già emanate da alcuni eccessi etnici assolutamente non necessari e democraticamente inaccettabili. Generale è stato anche l'apprezzamento del bilinguismo, di una produzione attiva del bilinguismo, di occasioni di scambio, di conoscenza ecc. tra le lingue e i gruppi linguistici e infine è stata rivendicata da molti anche l'esigenza di un riesame globale e non ragionieristico, non col bilancino del farmacista, dell'attuazione autonomistica.

Noi ci saremmo in qualche modo aspettati, anche dal Presidente della Regione, ma lo farà in replica, di ascoltare i desiderata della Giunta regionale rispetto a quel dibattito che si svolge lì e che certo

non ha al centro la Regione, lo sappiamo, ma che potrebbe utilmente prendere qualche impulso da questa assemblea e anche dal suo esecutivo.

Vorrei adesso proseguire in lingua tedesca, penso che intanto anche le difficoltà si siano appianate e quindi volevo pregare i colleghi che non intendono il tedesco e che vogliono ugualmente ascoltare di mettersi la cuffia.

Una cosa in particolare vorrei dire ai colleghi del SVP, nella nostra comune lingua, magari molte cose non le abbiamo in comune, ma la lingua sì.

Ich habe in meinen bisherigen Ausführungen zur Parlamentsdebatte u.a. darauf hingewiesen, daß man sich unter Umständen aufgrund zumindest der Vorgeschichte dieser Parlamentsdebatte auch hätte erwarten oder befürchten können, daß eine ganz andere Atmosphäre, daß ein ganz anderes Klima, ein südtirolfeindliches und ein autonomiefeindliches Klima dort vorherrschen könnte. Wenn man nun die derzeit stattfindende Parlamentsdebatte ehrlich verfolgt, also nicht mit vorgefaßten Brillen oder Scheuklappen, dann muß man sagen, daß das bisher nicht der Fall war, eben von unrühmlichen Ausnahmen abgesehen, die aber weit in der Minderheit sind.

Jetzt möchten wir uns von unseren Bänken aus nachdrücklich an die Südtiroler Volkspartei wenden, weil die Südtiroler Volkspartei bisher noch immer die einzige ist, die das Monopol hat, vom Staat namens der Südtiroler gehört zu werden. Die SVP wird vom Staat immer noch - und nicht nur vom italienischem Staat, auch vom österreichischen Staat - immer wieder als die Alleinvertretung der Südtiroler betrachtet; umso größer ist ihre Verantwortung, obwohl das in der Wirklichkeit ja nicht stimmt, daß sie die Alleinvertretung ist.

Diese Parlamentsdebatte ist nach unserer Einschätzung eine der wichtigsten Chancen, wo die SVP nun vor der Wahl steht, ob man sie verpassen soll, ob man sie ungenutzt verstreichen lassen soll oder ob man sie nützen soll. Die bisherige Reaktion, sei es in den Medien, sei es im Parlament selber durch den Kammerabgeordneten Riz war unserer Meinung nach in die Richtung, daß man diese Chance verpassen will. Daß man sich auf die üblichen Bastionen zurückzieht, zum x-mal aufzählt, wieviel Sozialwohnungen, wieviel Stellen bei der Eisenbahn, wieviel Stellen bei der Post, bei der INPS usw. der einen oder anderen Volksgruppe zustehen würden, daß man sich zum x-mal im kleinkrämerischen Geist um das Kleingedruckte bemüht und daß man in keiner Weise einen Geist zu erkennen gibt, daß man die Kritiken, die gegenüber der

bisherigen Autonomiehandhabung von vielen Seiten laut geworden sind, auch ernst nimmt. Ich glaube, daß das, was wir versucht haben - aus unserer Schwäche heraus -, nämlich das demokratische Italien zu überzeugen, daß es kein Risiko darstellt, die hier wohnende italienische Bevölkerung voll und ganz den Händen der Autonomie anzuvertrauen, dieser Versuch wird von ihnen zunichte gemacht, solange sie in ihrer treterischen Weise auf dem übrigens oft strittigen Geist bestimmter Buchstaben der Durchführungsbestimmungen und teilweise auch des Autonomiestatuts herumreitet. Wir sprechen uns nicht für Autonomieverzicht oder für irgendetwas dieser Art aus. Aber wenn nicht jetzt von seiten der SVP ein deutliches Signal kommt, wo gesagt und gezeigt wird, daß man bereit ist, in Zukunft etwas anders zu machen, nicht nur andere Vorträge da und dort zu halten, in Zukunft etwas anders zu machen und die Autonomie bei uns so zu handhaben, daß niemand an die Wand gedrängt wird, daß niemand zur Gleichschaltung gezwungen wird, daß bei uns eben Autonomie kein Ersatz für Demokratie sein kann, also daß man nicht sagen kann: "Weil wir die Autonomie haben, brauchen wir gar keine Demokratie, so kann es bei uns ruhig etwas totalitärer zugehen," wenn diese politische Garantie jetzt nicht auch gegenüber dem italienischen Parlament von der SVP abgegeben wird, dann - glaube ich - dürfte man sich in Zukunft nicht wundern, wenn autonomie- und auch südtirolfeindliche Tendenzen im italienischen Parlament sich nach vorne drängen könnten. Denn wenn diejenigen, die in Italien und im Ausland als die Vertreter der Südtiroler angesehen werden, sich weiterhin durch eine Linie der Selbstisolierung, der Selbstbegnügsamkeit, des Konfrontationskurses, der Einriegelung usw. auszeichnen, und praktisch durch ein absolut ungerechtfertigtes Vertrauen in die Politik der Stärke, dann werden wir uns nicht wundern dürfen, wenn irgendwann die Retourkutsche kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Volkspartei, die ja zum Glück nicht alle so strickt dasselbe denken, - deshalb möchten wir auch einen gewissen Pluralismus in euren Reihen durchaus anerkennen und befördern - wenn sich die SVP vielleicht gedacht haben mag oder manchen in der SVP, so z.B. der Obmann Silvius Magnago, daß sich auch von Österreich her vielleicht mit der Waldheim-Wahl, die er ja ausdrücklich noch vor der Wahl befürwortet hat, - Magnago hat dazu eine ähnliche Aussage getroffen wie Bundeskanzler Kohl, daß er sehr wohl wisse, wen er in Österreich zu wählen hätte - wenn man sich vielleicht von manchen in euren Reihen erwartet hat, daß das Österreich der Waldheims, der Mocks, der Haider usw. siegt und sich durchsetzt, dann dürfte das letzte

Wahlergebnis in Österreich doch vielleicht gewisse Mützen gedämpft haben, obwohl es zu einem Haider-Kniefall in euren Reihen gekommen ist. Auch die Tatsache, daß in Österreich vermutlich eine große Koalition zustande kommen wird und daß deswegen möglicherweise ein Abschluß der internationalen Südtirol-Kontroverse vielleicht dadurch sogar leichter wird und nicht schwerer, weil sich zumindest keine der großen Parteien, wenn die Voraussetzungen für einen vernünftigen Abschluß gegeben sind, dagegenstellen wird, dann wäre das vielleicht noch ein letzter Rest von einer Chance, den man jetzt ausnützen müßte, bevor es dann in die Magnago-Nachfolgekämpfe usw. geht.

Wir haben leider den Eindruck, daß sich in der SVP immer mehr - trotz gewisser Offnungen, die da und dort zu bemerken sind - eine Unfähigkeit durchsetzt, europäisch zu denken und zu handeln, ich möchte ja sogar noch sagen, vielleicht provokativ, eine Unfähigkeit, auch österreichisch zu denken und zu handeln - Österreich jetzt im besten Sinn seiner Tradition, - eine Unfähigkeit, tirolisch zu wirken und zu handeln, auch im besten Sinn der tirolischen Tradition, die - und das werden wir nie versäumen, hier zu sagen - eine Tradition der Mehrsprachigkeit und des Zusammenlebens zwischen Volksgruppen ist. Wenn man diese Fähigkeit, europäischen zu sein, verliert, dann hilft es nichts, daß man dann Europafahnen und ähnliches aushängt. Dann kann man Fahnenwälder aufhängen, ohne das sich etwas ändert.

Da das eben nicht nur das Bier der SVP ist, da das eben nicht nur eine parteipolitische Angelegenheit ist, sondern wenn sie dazu beitragen, bei anderen eine Haltung zu provozieren, die wirklich dazu führt, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, dann wirkt sich das für alle Menschen in Südtirol aus, nicht nur für alle deutsch- oder ladinischsprachigen Menschen, sondern für alle Menschen überhaupt. Und wenn sie nicht von einer Autonomienpolitik abgehen, die unter dem Motto stattfindet: "Des einen Freud", des anderen Leid", - denn so hat es bisher funktioniert - dann riskieren sie tatsächlich, das Kind mit dem Bade ausschütten zu lassen.

Wir haben den Eindruck, daß es im Gegenteil heute darum ginge, Freunde zu gewinnen, und es wundert uns immer wieder - wir möchten niemanden Vorschriften machen aber es wundert uns immer wieder -, daß z.B. heute, wo wir im Regionalrat nicht mehr Angst haben müssen, daß unsere Landesbefugnisse überrumpelt werden, daß wir majorisiert und in die Ecke gedrängt werden, nicht auch der Regionalrat von seiten der Südtiroler Volkspartei etwas stärker ausgenützt wird, um Freunde zu gewinnen - ich meine jetzt nicht nur Personen, sondern daß der

Regionalrat nicht etwas stärker ausgenützt wird, um Freunde unserer gerechtfertigten Anliegen zu gewinnen. Im Grunde ist das fast die einzige Funktion, die er noch haben könnte. Denn die paar Kleinigkeiten, die paar dekorativen Gesetze, welche Voraussetzungen, die Direktoren der Raiffeisenkassen besitzen müssen oder so, machen die Substanz sicher nicht aus.

Statt dessen haben wir den Eindruck, daß immer wieder eher auf den Tisch gehauen wird, daß die sowieso sehr harmlose Regionalregierung noch eben unter begrenzter Souveränität steht und daß auch die geringen Gelegenheiten und Chancen, die die Region bietet - ich denke z.B. an die Alpen-Adria, in der die Region vertreten ist aber eben die Länder nicht - daß man diese Chancen nicht positiv nützt, sondern vielmehr langsam am totalen Rückfall in die Kleinkariertheit beharrt.

In diesem Sinne muß ich mir eben erlauben, die SVP dazu aufzufordern - und deswegen wollte ich es spezifisch und in der uns gemeinsamen Muttersprache sagen - ihre Rolle als Bremsklotz, manchmal als Kraft, die politisch Obstruktion betreibt - Obstruktion meine ich jetzt nicht im dem Sinn, daß sie die Geschäftsordnung auf äußerste strapaziert und ausnützt - zu revidieren und heute wirklich ernsthaft zu überlegen, ob da nicht eine Änderung und eine Korrektur angebracht ist. Allerdings muß ich diese Kritik auch an ihre Regierungspartner richten. Denn die Regierungspartner haben Ihnen bis jetzt diese Politik möglich gemacht und konzidiert und gedeckt. D.h. sie haben im gewissen Sinn, vielleicht sogar aus gutgemeinter Wiedergutmachungsabsicht heraus, vielleicht aus Wiedergutmachung gegenüber Übergriffen der Vergangenheit unter den verschiedenen Odorozzis und ähnlichem, der SVP so eine Art Freibrief, einen Bonus zugestanden, der sie ihrer Verantwortung irgendwo enthebt, der der SVP sozusagen nur ein Vetorecht für die Region anerkennt, also daß sie verhindern kann, wo etwas zu verhindern ist, aber daß sie im übrigen die Dinge laufen läßt wie sie laufen. Wir möchten sie beide - sie bilden gemeinsam die Regionalregierung, haben gemeinsam diesen Haushalt vorgelegt - in die Verantwortung nehmen und möchten eben auch daran erinnern, daß - ich darf dabei vielleicht ein Bild verwenden, daß ich einmal, glaube ich, im Südtiroler Landtag gebraucht habe - daß die SVP manchmal den Eindruck erweckt, sie sei so ähnlich wie ein blinder Bettler, der, solange er blind war, an der Straßenecke gesessen hat und mit dem Bild geworben hat: "Ich bin blind", der dann aber irgend einmal sehend geworden ist, es aber den Passanten vorsichtshalber nicht mitteilt, sondern weiter mit dem Schild wirbt: "Ich bin blind" und, anstatt einer geordneten Arbeit nachzugehen, lieber

weiterhin dort sitzt und seine ehemalige Blindheit ausnützt. Ich glaube, daß da nicht nur der scheinblinde Bettler schuld ist, sondern auch die Passanten, die, obwohl sie das inzwischen wissen müßten, ihn weiterhin als blinden Bettler behandeln.

Ich komme jetzt zum letzten Teil. Etwas, was wir bei dieser Debatte über den Regionalhaushalt noch anbringen wollten, ist unser Bedauern über die Unfähigkeit des Regionalrats, - und das betrifft halt eben doch auch die Regionalregierung und die politische Mehrheit - zu größeren Themen Stellung zu nehmen. Wenn wir uns anschauen, wie in den letzten zwei, drei Jahren systematisch alles, was mit Hunger, Frieden, Abrüstung, Dritter Welt, mit Europa und Tschernobyl zu tun hatte, wie diese Themen zwar einen Rattenschwanz von Tagesordnungspunkten monatelang ausmachten, aber aufgrund der eben vorher erwähnten Obstruktion vor allem von seiten der SVP dann nie konkret geworden sind, wie man nie dann ein politisches Signal geben konnte, dann bedauern wir das sehr, denn wir glauben, daß gerade der Regionalrat eine Möglichkeit böte, - und ich glaube, auch in dem Fall nicht ganz am Geist auch der Erklärungen des Präsidenten Bazzanella vorbeizugehen - zu solchen Dingen auch unsere Position zu formulieren und nicht nur zu delegieren, daß das andere in unserem Namen mehr oder weniger legitim auf höheren und anderen Ebenen tun.

Wenn ich jetzt noch zu einigen spezifischen Punkten, die die Region betreffen, kommen möchte, dann erwähne ich dabei vor allem Punkte, bei denen unserer Meinung nach der regionale Zusammenhang - und wenn ich jetzt regional meine, dann meine ich eben das Gebiet, das Südtirol und das Trentino umfaßt - unabhängig vom institutionellen Rahmen Region ist. So ist beispielsweise unserer Meinung nach eine der wenigen Institutionen, die tatsächlich - de facto, nicht de jure - eine regionale Rolle ausüben, die Universität Trient. Wir bedauern es, daß die positive Rolle, die die Universität Trient ausübt, auch mit einer Reihe von Instituten, die ihr angeschlossen sind, praktisch aus Südtirol so total ausgegrenzt ist und daß der Zusammenhang zwischen der Region und dieser Universität praktisch auf Sparflamme bleibt. Wir sehen auf keinen Fall in der Universität Trient einen Ersatz für Innsbruck oder einen Ersatz für andere größere Universitäten, meinetwegen in Wien oder in Bologna oder irgendwo sonst. Aber die Tatsache, daß sich jetzt immerhin seit bald 20 Jahren, ja seit 20 Jahren, die Universität in Trient oft gegen den Strom und mit erheblichen politischen Schwierigkeiten dazu aufgeschwungen hat, Themen, Dozenten, Lehrgegenstände und so weiter in ihre Tätigkeit einzubauen, die stark

mit den spezifischen Themen unserer Region zu tun haben, die auch in der Tradition dieser Region wurzeln, die das ganze Umfeld dieser Region - also auch den deutschsprachigen Raum, den österreichischen Raum - mitberücksichtigen und einbauen, das müßte unserer Meinung nach anerkannt werden und das wäre - kommt uns vor - ein Beispiel von einer Dimension regionaler Tätigkeit, die man nicht behindern sollte, sondern die man im Gegenteil begrüßen müßte und die entsprechend zu fördern wäre. Da wäre oft viel mehr drin als eben bei manchen mehr oder weniger feierliche Tagungen, die von der Region dann subventioniert werden, wie eben die von mir kritisierte Übersubventionierung der Tagung europäischer Journalisten. Statt dessen wird bei uns - und das kritisieren wir auch am Bericht des Präsidenten - zwar immer wieder daran erinnert, daß die Region die Zuständigkeit hat, bestimmte Rahmenbedingungen festzulegen z.B. im Gesundheitswesen, im Gemeindewesen, im Fürsorgewesen u.ä., aber konkret scheint mir, - und der Präsident bestätigt das, ich erinnere an seine Ausführungen zu Fürsorge und Gesundheit - daß die Region ständig am Veto der einen oder anderen Provinz oder beider Provinzen scheitert, d.h. daß die Wahrnehmung dieser Rahmengesetzgebung dann konkret nicht stattfinden kann, sodaß eine Reformtätigkeit zum Beispiel auf diesen Gebieten nicht zustandekommt.

Wir haben den Vorschlag oder die Meinung, daß es auch hier Punkte gibt, in denen in der Substanz regional gehandelt werden könnte und müßte. Das heißt nicht, daß es dann unbedingt bei diesem Verein Regionalregierung liegen muß. Ein solches Anliegen hat auch schon mein Vorredner Anesi angesprochen, nämlich die Ladinierfrage, die Frage der echten und vollen Aufwertung der ladinischen Sprache und Kultur und von Rahmenbedingungen, damit der Schutz des ladinischen Sprach- und Kulturgutes nicht davon abhängt, in welchem Quadratkilometer des Territoriums die entsprechenden Ladinier leben, unter welchen Rahmenbedingungen sie leben. Das ist aber nicht nur eine Frage von Gesetzen. Wir begrüßen deswegen natürlich den ladinischen Zusammenschluß, der sich kürzlich gebildet hat, und in dieser Richtung habe ich in der Haushaltsdebatte des vorigen Jahres auch geredet und eine entsprechende Anregung hier ausgesprochen. Aber wir würden es auch begrüßen, wenn eine regionale Dimension auch den deutschen Sprachinseln im Trentino zugute käme. Eine regionale Dimension, die nicht unbedingt darin bestehen kann, daß man sich eine Kompetenz für die Region erfindet, die es nicht gibt. Aber die Tatsache, daß es in dieser Region eben eine so zahlreiche deutschsprachige Bevölkerung gibt, daß z.B. die

Möglichkeit vergeben wird, gedruckte Medien oder Radio und Fernsehen mit zu benützen, das ist in vielen Fällen wichtiger als die formelle Anerkennung der Möglichkeit, im Gemeinderat in dieser oder jener Sprache zu reden, was wir dabei nicht unterschätzen wollen.

Eine andere solche Dimension, die unserer Meinung nach regionalen Charakter hat und die wir unvernünftigerweise nicht genutzt haben, - und es freut mich, daß jetzt gerade der Kollege Saurer hereinkommt, weil sie u.a. ihn betrifft - ist die Frage der Sanität. Wir haben gerade in den letzten Tagen im Südtiroler Landtag über bestimmte Sanitätseinrichtungen gesprochen, die unser Land aufgrund seiner Kleinheit allein nicht aufbringen kann, und dasselbe gilt für das Trentino. Aber wir würden es vernünftig finden, wenn bestimmte sanitäre Einrichtungen - wir haben beispielsweise über das Problem einer neurochirurgischen Abteilung mehrfach gesprochen - die ein Einzugsbecken, ein Einzugsgebiet von mindestens 700.000-800.000 Personen brauchen, wofür also weder das Trentino allein noch Südtirol allein zuständig sein kann, wenn solche Strukturen aufbaut würden. Da wäre oft mehr bedient als mit Rahmengesetzen, die dann so wenig einen Rahmen bilden, daß man dann konkret - wie bei unserem letzten Gesetz über die Sanitätseinheit - zwar ein Regionalgesetz macht und dann sagt, für die Provinz Bozen gilt das so, für die Provinz Trient gilt das anders, weswegen nicht einmal der Rahmen gewahrt wird. Wir würden uns also eher vorstellen, daß bestimmte Gesundheitsdienste durchaus auf regionaler Ebene eingerichtet werden können - nicht von der Region, sondern von den beiden autonomen Provinzen - aber ein regionales Einzugsgebiet berücksichtigen könnten, und daß man dadurch auch gewährleisten könnte, daß die Patienten auch in ihrer Muttersprache verstanden und behandelt werden können. Es könnten ja solche Dienste auch in Südtirol ihren Sitz haben. Man könnte ja auch dafür sorgen, daß im Trentino so etwas möglich ist. Das wäre sicherlich für viele besser, als nach Verona oder nach Padova oder sonstwo hingehen zu müssen und oft auch besser, als nach Innsbruck gehen zu müssen. Bestimmt werden wir nie völlig allein aufkommen. Aber gerade die Sanität scheint mir eine solche Dimension, wo das Einzugsgebiet Region als solches einen Sinn hat.

Der Präsident hat in seinem Bericht das Genossenschaftswesen genannt. Wir sind nicht glücklich gewesen über die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, der den diesbezüglichen Anlauf des Landes Südtirol zunichte gemacht hat, Genossenschaften insbesondere von jungen Arbeitslosen zu bilden und zu fördern. Aber wenn die Region jetzt ihre Kompetenz im Genossenschaftswesen zuerkannt gehabt hat, dann muß in

Zukunft, Herr Präsident und Herr Regionalassessor, der dafür zuständig ist, eine total andere Genossenschaftspolitik der Region begonnen werden, das heißt, es muß vor allem Geld her. In diesem Fall können wir uns tatsächlich mit einem symbolischen Haushalt nicht begnügen, denn wenn die Genossenschaftsförderung von nun an vom Verfassungsgerichtshof so zugesprochen, tatsächlich als substanzielle regionale Kompetenz wahrgenommen wird - nicht nur als Rahmenkompetenz - dann müssen wir das Geld lockermachen, dann muß aber auch die Finanzverhandlung um die Neuordnung der Finanzbestimmungen so aufgebaut werden. Denn wir können uns nicht damit begnügen, daß die autonomen Provinzen Trient und Bozen zum Genossenschaftswesen nichts tun können aber Geld hätten und daß die Region die Kompetenzen hätte aber nicht das Geld. In die eine oder andere Richtung muß die Sache gelöst werden.

Wir haben positiv vermerkt, daß der Präsident in seinem Bericht u.a. erwähnt hat, daß im Fürsorgewesen die Region zumindest Vorstudien in Auftrag gegeben hat, um eine Fürsorgemodalität einzuführen, nämlich Fortzahlung der Sozialversicherung für Leute, die arbeitslos geworden sind. Wir begrüßen es, wir würden es aber auch begrüßen und regen das hiermit an, daß die Region, wenn sie schon ihre Zuständigkeiten im Fürsorgewesen ernst nehmen will, sich auch in anderen Gebieten Überlegungen macht. Ein Tip dazu wäre beispielsweise die Frage Hausfrauenrente. Also wenn die Region, wie Präsident Bazzanella in seinem Bericht erklärt hat, versuchen möchte, auch bisher ungedeckte Bereiche, unkonventionelle Fürsorgebereiche, als Tätigkeitsgebiet in Angriff zu nehmen, dann wäre das vielleicht ein besonders vordringliches Anliegen. Auch das natürlich erfordert entsprechendes Geld. Ich sage das deswegen jetzt, und wir wollen das deswegen jetzt geltend machen, weil jetzt, so hören wir von Ihnen, die Finanzverhandlungen anstehen. Die Frage, wie die Region in Zukunft finanziert sein soll, hängt natürlich eng damit zusammen, wieweit die Region auch substanzielle Kompetenzen in Anspruch nehmen will. Wir glauben, daß da jedenfalls eine Klärung herbeigeführt werden muß. Wir sind nicht wild darauf, - das sage ich gleich - daß diese Kompetenzen in der Substanz die Region wahrnimmt. Das sind Kompetenzen, die unserer Meinung nach von der Sache her besser auf Landesebene wahrgenommen würden. Aber wenn wir rechtlich keine andere Möglichkeit haben und die Region substanzielle Kompetenzen wahrnehmen muß, dann braucht sie auch das Geld dazu.

Noch eine letzte Anmerkung erlaube ich mir und dann bin ich am Ende. Bei der Bildung dieser Regionalregierung hat von Anfang an die Frage der Straßenverbindung zu den deutschsprachigen Nonsberger

Gemeinden eine große Rolle gespielt. Wir haben vor zwei, zweieinhalb und drei Jahren intensiv davor gewarnt, eine Art Bürgerkrieg zwischen benachbarten Gemeinden aus ethnischen Gründen zu entfachen. Die oberdeutschen Volksgenossen haben diese Warnung überhört und haben damals geglaubt, forcieren zu müssen und man wollte also praktisch diese Ethno-Straße durchs Trentino unbedingt bauen. Inzwischen scheinen sich die Gemeinden untereinander auf nachbarschaftlicher Ebene eine neue Lösung zu überlegen, die allen Beteiligten gefällt. Wir wissen noch zu wenig, insbesondere über die baulichen und ökologischen Voraussetzungen dieses alternativen Projektes, aber wenn diese Lösung oder jedenfalls eine einvernehmliche Lösung zwischen den Nachbargemeinden gefunden werden kann, dann begrüßen wir das sehr und dann begrüßen wir es auch als Beispiel dafür, wie ein unnützer Stellvertreterkrieg vom Zaun gebrochen worden ist und Gott sei Dank von den Interessierten selber dann in die Hand genommen worden ist und sich das ganze Gehetze, das sich darum ergeben hat, mit der Zeit als unnützlich erweisen wird. Wir haben damals allerdings erinnert, - und ich darf das hier noch einmal anbringen, Herr Präsident - daß andere Probleme noch bestehen und daß da vielleicht auch die Region ein gutes Wort einlegen könnte, insbesondere bei den zentralen Behörden des Staates, beispielsweise für die Rundfunk- und Fernsehversorgung, die kulturelle Versorgung usw. dieser Randgemeinden, die tatsächlich im argen liegt: D.h. wenn wir nicht wollen, daß die Randlage, die geographische Randlage auch zu einer kulturellen und sprachlichen Verarmung und Unterprivilegierung führt, dann muß man andere Verbindungsstränge knüpfen, aber nicht unbedingt quasi Autobahnen durch Wälder bauen, wie das bisher die SVP forcieren wollte.

Ich bin damit am Ende. Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, wir haben vor Jahren schon gesagt, daß wir die Region in ihrer jetztigen, abgerüsteten Form, in ihrer quasi unbewaffneten Form vorziehen. Wenn wir von abgerüsteter Region sprechen, dann meinen wir eine Region, die heute nicht mehr dazu mißbraucht werden kann und auch heute, glaube ich, von niemandem dazu mißbraucht wird, jemanden zu majorisieren, insbesondere die deutschsprachigen oder eventuell ladinischsprachigen Südtiroler zu majorisieren und in eine Ecke zu drängen. Wenn wir sagen "abgerüstete Region", dann meinen wir damit allerdings nicht "zahnlose Region". Wir meinen damit also "waffenlos", aber nicht "zahnlos". Wir meinen nicht eine Region, die ihre Tätigkeit darin erschöpft, die Gehälter der Regionalratsabgeordneten auszuzahlen und sich die 6, 7 Kompetenzen gewissermaßen in einem ewigen Ballspiel

hin- und herzuwerfen, um zu schauen, ob sich irgendwo noch was herauspressen läßt. Wir glauben, daß die Region, wenn sie politisch den Willen und die Trägerschaft findet, durchaus auch in dem von uns angeregten Sinn - andere Anregungen werden ja aus dieser Debatte auch noch kommen - tätig werden könnte und darin auch einen Sinn finden könnte, der vielleicht auch dem Präsidenten der Region ein bißchen aus seiner Frustration heraushelfen könnte. Aber dazu braucht es einen entsprechenden politischen Willen und wir sind sehr gespannt darauf, im besonderen auf die Diskussionsbeiträge aus den SVP-Bänken, ob dieser politische Wille da ist oder ob diese Haushaltsdebatte wie schon in anderen Jahren im wesentlichen dazu dient, daß sich eine Fraktion, noch dazu die zahlreichste Fraktion dieses Hauses, die politisch die Regionalregierung trägt, stückweise vom dem lossagt, was sie in der Regionalregierung mitzuverantworten hat. Deswegen warten wir jetzt gespannt auf die Beiträge, die von unseren Kolleginnen und Kollegen der SVP vor allem kommen. Ich danke!

(Nelle considerazioni che ho espresso finora in merito al dibattito parlamentare ho avuto modo di sottolineare tra le altre cose il fatto che - viste le premesse di tale dibattito - sarebbe stato legittimo attendersi o temere in seno al Parlamento un'atmosfera molto diversa, un clima molto diverso, un clima ostile all'Alto Adige e all'Autonomia. Ma se seguiamo con onestà - dunque non coi paraocchi del pregiudizio - il dibattito parlamentare attualmente in corso, dobbiamo riconoscere che finora ciò non è accaduto, a prescindere ovviamente da talune ingloriose eccezioni che tuttavia sono nettamente in minoranza.

Ora vorremmo rivolgerci espressamente da questi nostri banchi alla Südtiroler Volkspartei, poichè la Südtiroler Volkspartei ha sempre avuto ed ha tuttora la prerogativa esclusiva di farsi ascoltare dallo Stato a nome dei Sudtirolesi. Agli occhi dello Stato italiano e anche agli occhi dello Stato austriaco la SVP è vista tuttora come l'unico rappresentante dei Sudtirolesi: tanto maggiore è quindi la sua responsabilità, anche se in realtà essa non è l'unico ed esclusivo rappresentante del popolo sudtirolese.

A nostro parere questo dibattito parlamentare costituisce un'occasione importantissima, e tocca alla SVP scegliere se perdere quest'occasione o approfittarne. Dalla reazione che si è vista finora, sia sulla stampa che nella stessa aula parlamentare per bocca dell'onorevole Riz, ci sembra di capire che si preferisce perdere l'occasione, che si preferisce ritirarsi sui soliti bastioni e contare

per l'ennesima volta quanti alloggi popolari, quanti posti di lavoro presso le Ferrovie, quanti posti di lavoro presso le Poste, quanti presso l'INPS, ecc. sono riservati all'uno o all'altro gruppo linguistico; ci sembra di capire che per l'ennesima volta ci si vuol fermare con spirito gretto alle cose spicciole e marginali, dimostrando di non essere assolutamente disposti a prendere sul serio i criteri e le proposte avanzate da molte parti in riferimento all'attuale gestione dell'Autonomia. Credo che ciò che abbiamo tentato di fare con i nostri poveri mezzi, cioè convincere l'Italia democratica che non è un rischio se affidiamo totalmente nelle mani dell'Autonomia gli italiani qui residenti, credo che la SVP non faccia altro che vanificare questo tentativo finchè continua cocciutamente a girare in tondo sullo spirito, peraltro sovente controverso, di determinati passi delle norme di attuazione e talvolta anche dello Statuto di Autonomia. Con questo non ci dichiariamo a favore di una rinuncia all'Autonomia o cose del genere. Ma se ora non arriva da parte della SVP un segnale preciso che testimoni la disponibilità ad agire diversamente in futuro - non solo andando a tenere conferenze di qua e di là -, ad agire diversamente e gestire la nostra Autonomia in modo da non prevaricare nessuno, in modo da non costringere nessuno all'allineamento, in modo che l'autonomia non finisca per essere il surrogato della democrazia, in modo cioè che non si possa dire: "Dato che abbiamo l'autonomia non abbiamo bisogno della democrazia e possiamo tranquillamente fare le cose in modo un po' più totalitario", se la SVP non fornisce ora questa garanzia politica anche davanti al Parlamento, allora credo che in futuro non potremo più meravigliarci se dentro al Parlamento italiano si faranno strada tendenze antiautonomistiche e anti-sudtirolesi. Perchè se coloro che in Italia e all'estero vengono considerati i rappresentanti dei Sudtirolesi continuano a distinguersi per una linea di autoisolamento, di autoappagamento, di scontro, di chiusura e in pratica per una fiducia assolutamente ingiustificata in una politica della forza, allora non potremo meravigliarci se ad un certo momento le accuse lanciate dalla SVP si rivolteranno tali e quali contro di essa.

Care colleghe e cari colleghi della Volkspartei, che per fortuna non la pensate tutti rigidamente allo stesso modo - e perciò vogliamo riconoscere ed incoraggiare un certo pluralismo tra le vostre file - anche se forse la SVP o alcune persone al suo interno, ad esempio l'Obmann Silvius Magnago, credevano che anche da parte austriaca con l'elezione di Waldheim - elezione che Magnago aveva espressamente caldeggiato ancor prima che avvenisse; Magnago si era espresso in

maniera analoga al cancelliere Kohl, dicendo di sapere molto bene chi avrebbe votato se fosse stato in Austria -, anche se forse alcuni tra le vostre file credevano che avrebbe vinto l'Austria dei vari Waldheim, Mock, Haider, ecc., il risultato delle ultime elezioni austriache dovrebbe aver ridimensionato taluni spiriti, anche se tra di voi c'è stato che si è precipitato ad inchinarsi davanti ad Haider. Ma il fatto che in Austria si creerà presumibilmente una "grande coalizione" e che ciò forse faciliterà, anzichè complicarla, la conclusione della vertenza altoatesina dato che nessuno dei due partiti maggiori si opporrà se vi saranno le premesse per una ragionevole conclusione, costituisce probabilmente un'ultima occasione da sfruttare prima che inizino le lotte per la successione del dopo-Magnago.

Purtroppo abbiamo l'impressione che si faccia strada all'interno della SVP - nonostante alcune aperture che è possibile cogliere qua e là - una sostanziale incapacità di pensare ed agire in maniera europea, e vorrei dire a mo' di provocazione anche una sostanziale incapacità di pensare ed agire in maniera austriaca - l'Austria intesa qui nel senso migliore della sua tradizione -, l'incapacità di pensare ed agire in maniera tirolese, anche questo inteso nel senso migliore della tradizione tirolese che - e non mancheremo mai di ripeterlo in quest'aula - è una tradizione di plurilinguismo e convivenza tra etnie diverse. Se va persa questa capacità di pensare in maniera europea, allora non serve a niente appendere bandiere europee e cose del genere, e potremo appendere anche una gran selva di bandiere senza che le cose cambino di una virgola.

Questi non sono solo affari privati della SVP, non è soltanto una questione di partito, perchè se tutto questo provoca negli altri un atteggiamento tale che alla fine il bambino viene gettato via insieme all'acqua sporca, allora la cosa si ripercuote su tutti quanti abitano in Alto Adige, non solo sulla popolazione tedesca o ladina ma su tutti quanti. E se la SVP non abbandona la sua politica giocata sotto il motto "mors tua vita mea" - perchè così è stato fino ad oggi -, allora rischia veramente di gettare via il bambino insieme all'acqua sporca. Noi abbiamo l'impressione che oggi, invece, sarebbe più importante farsi degli amici, e ci meravigliamo sempre - anche se non vorremmo dettare norme a nessuno - che oggi che in Consiglio regionale non dobbiamo più temere attacchi alle nostre competenze provinciali nè pericoli di sopraffazione e prevaricazione, la SVP non "sfrutti" meglio il Consiglio regionale per farsi degli amici, - non intendo con questo solo le persone - per raccogliere simpatie per le nostre giuste richieste. In

fondo è questa quasi l'ultima funzione che il Consiglio regionale potrebbe avere. Perché quelle due piccolezze, quel paio di leggi decorative sui requisiti richiesti ai direttori della casse rurali non fanno certamente la sostanza.

E invece abbiamo l'impressione che si preferisca continuare a battere i pugni sul tavolo, che la Giunta regionale, una Giunta comunque innocua, sia ancora un'esecutivo a sovranità limitata, e che quelle poche occasioni, quelle poche opportunità che la Regione offre - penso ad esempio all'Alpe-Adria in cui è rappresentata la Regione ma non le due Province - non vengano sfruttate per quanto di positivo possono dare, ma che invece si preferisca persistere nella regressione verso una meschinità totale.

In tal senso mi permetto di invitare la SVP - e per questo motivo lo faccio in modo diretto e nella nostra comune madrelingua - a rivedere il proprio ruolo di "freno", il proprio ruolo, talvolta, di forza d'ostruzionismo - e con ostruzionismo non intendo qui un'interpretazione forzata ed estrema del Regolamento interno per fini propri - e a riflettere seriamente sull'eventuale opportunità di una modifica, una correzione a tale atteggiamento. Devo tuttavia rivolgere la medesima critica anche ai suoi partners di coalizione. Perché i suoi partners di coalizione finora hanno reso possibile questa politica della SVP, l'hanno autorizzata e coperta. Forse l'hanno fatto anche con la buona intenzione di riparare dei torti, forse quelli dovuti alle prevaricazioni del passato sotto i vari Odorizzi eccetera, e così hanno dato carta bianca alla SVP riconoscendole una specie di "premio" che in un certo senso la solleva dalle proprie responsabilità, che le concede una sorta di "diritto di veto" per la Regione, cosicché essa può impedire ciò che è da impedire ma per il resto lascia stare le cose come stanno. Noi vorremmo riaffidare ad entrambe - entrambe danno vita alla Giunta regionale ed insieme hanno presentato questo bilancio - la propria responsabilità e ricordare loro - mi permetto di usare un'immagine che ho già avuto modo di usare, credo, in Consiglio provinciale a Bolzano - che la SVP talvolta risulta simile ad un medicante cieco il quale, fintantochè era cieco, sedeva all'angolo di una strada chiedendo l'elemosina con un cartello che diceva "sono cieco". Poi un giorno ha recuperato la vista, ma per sicurezza non l'ha detto ai passanti e ha continuato a chiedere l'elemosina col suo cartello che dice "sono cieco", e invece di andare a cercarsi un lavoro come si deve preferisce continuare a star lì seduto e sfruttare una cecità che non ha più. Credo che qui la colpa non sia soltanto del falso

cieco, la colpa è anche dei passanti che continuano a trattarlo da mendicante cieco anche se nel frattempo dovrebbero ben sapere che cieco non è.

E vengo ora all'ultima parte. Un'altra cosa che volevamo esprimere in questo dibattito sul bilancio regionale è il nostro rammarico per l'incapacità del Consiglio regionale - e questo riguarda quindi anche la Giunta regionale e la maggioranza politica - di prendere posizione sui temi importanti. Se guardiamo come negli ultimi due, tre anni tutto ciò che aveva qualcosa a che fare con la fame, la pace, il disarmo, il terzo mondo, l'Europa, Cernobyl, come tutti questi temi abbiamo formato per mesi e mesi una lunga sfilza di punti all'ordine del giorno senza mai potersi concretizzare causa appunto il già citato ostruzionismo proveniente soprattutto dalla SVP, se guardiamo al fatto che non siamo mai riusciti a dare un segnale politico concreto, non possiamo che rammaricarci profondamente perchè riteniamo che il Consiglio regionale potrebbe offrire la possibilità - e anche qui credo di non allontanarmi troppo dalle dichiarazioni del Presidente Bazzanella - di formulare una nostra posizione e non solo delegare ad altri di agire, più o meno legittimamente, a nome nostro a diversi e più alti livelli.

Per passare ora ad altri punti specifici che riguardano la Regione, vorrei richiamare soprattutto quei punti in cui a nostro avviso il contesto regionale - e quando dico regionale intendo qui quel territorio che comprende l'Alto Adige e il Trentino - esiste comunque a prescindere dalla cornice istituzionale dell'ente Regione. Così ad esempio una delle poche istituzioni che effettivamente, dunque de facto e non de jure, svolgono un ruolo regionale, è secondo noi l'Università di Trento. Ci dispiace molto che l'Alto Adige non si apra al ruolo positivo giocato dall'Università di Trento e da tutti i vari istituti ad essa collegati e che il rapporto tra questa Università e la Regione sia rimasto praticamente a livelli minimi. In nessun caso vediamo nell'Università di Trento un surrogato per Innsbruck o per altre Università maggiori come Vienna, Padova o altro. Ma il fatto che ormai, da quasi vent'anni, sì da vent'anni, l'Università di Trento abbia lavorato spesso contro corrente e con notevoli difficoltà politiche per inserire nella propria attività temi, docenti e materie strettamente collegati ai temi specifici della nostra regione, radicati nella tradizione di questa regione, temi che abbracciano tutto quanto l'ambito regionale - dunque anche l'area di madrelingua tedesca, l'area austriaca - tutto questo andrebbe secondo noi riconosciuto e costituirebbe - a parer nostro - un esempio di attività a dimensione regionale, un esempio

da non ostacolare ma anzi da accogliere con favore ed incoraggiare come merita. Sarebbe una cosa molto più valida dei vari convegni più o meno ufficiali sovvenzionati dalla Regione, come nel caso della maxi-sovvenzione, da me criticata, concessa al convegno dei giornalisti europei. E invece qui si continua a ricordare - e anche questo criticiamo nella relazione del Presidente - che alla Regione spetta stabilire determinate norme-quadro ad esempio nel settore della sanità, dei comuni, della previdenza, ecc. ma nel concreto mi sembra - ed il Presidente lo conferma, ricordo le sue considerazioni in merito al settore previdenza e sanità - che la Regione venga continuamente bloccata dal veto dell'una o dell'altra Provincia o di tutt'e due: ciò significa che in concreto la Regione non è in grado di attuare queste sue competenze-quadro ed è quindi impossibile arrivare ad attuare un'effettiva riforma in questi settori.

Noi crediamo che anche qui vi siano dei punti che in sostanza potrebbero e dovrebbero prestarsi ad un'azione a livello regionale. Ciò non vuol dire che tocchi proprio alla Giunta regionale farlo. Uno di questi punti è già stato toccato anche dal collega Anesi che mi ha preceduto, ed è la questione ladina, la questione di un'autentica e piena valorizzazione della lingua e della cultura ladina e della definizione di alcune norme-quadro affinché la tutela del patrimonio culturale e linguistico dei Ladini non dipenda dal fatto di risiedere su questo o quel punto del territorio, di essere soggetti a queste o a quelle norme. Non è solo una questione di leggi, e per questo guardiamo ovviamente con favore al Comitato ladino interprovinciale formatosi di recente. In questo senso mi sono espresso anche in occasione del dibattito sul bilancio tenutosi lo scorso anno. Ma vorremmo pure che un'eventuale dimensione regionale tornasse a favore anche delle isole linguistiche tedesche del Trentino. Una dimensione regionale che non consiste necessariamente nell'inventarsi per la Regione una competenza che essa non possiede: ma il fatto che in questa regione viva una popolazione di lingua tedesca così numerosa, il fatto che sia data la possibilità di partecipare all'uso dei mezzi di informazione dalla stampa alla radio alla televisione, tutto ciò è spesso assai più importante del riconoscimento formale della possibilità di esprimersi in questa o in quella lingua in Consiglio comunale, cosa che peraltro non intendiamo sottovalutare.

Un'altra occasione che presenta, secondo me, dimensione regionale e che irragionevolmente non abbiamo sfruttato - e sono contento che proprio ora stia entrando il collega Saurer, perchè la cosa

riguarda tra l'altro anche lui - è l'ambito della sanità. Proprio in questi ultimi giorni nel Consiglio provinciale di Bolzano si è parlato di determinate strutture sanitarie che la nostra Provincia non è in grado di realizzare perchè il suo territorio è troppo piccolo, e la stessa cosa vale per il Trentino. Ma ci sembrerebbe ragionevole realizzare determinate strutture sanitarie - abbiamo parlato più volte, ad esempio, del problema di un reparto neurochirurgico - che necessitano di un bacino d'utenza di minimo 700-800.000 persone, e per le quali non può bastare quindi nè il solo Trentino nè il solo Alto Adige. Si riuscirebbe così a fare più di quanto si fa con le leggi-quadro, che sono così poco "quadro" che in concreto - com'è accaduto per l'ultima legge sulle unità sanitarie locali - si fa una legge regionale e poi si dice: per la provincia di Bolzano vale questo, per la provincia di Trento vale quest'altro, e alla fine la funzione "quadro" non esiste più nemmeno formalmente. Pensiamo quindi che sia senz'altro possibile realizzare determinati servizi sanitari, e non per mano della Regione ma delle due Province autonome, e che questi servizi potrebbero rivolgersi ad un bacino d'utenza a livello regionale, cosa che garantirebbe ai pazienti di venir capiti e curati nella loro madrelingua. Questi servizi potrebbero essere dislocati in Alto Adige, ma si potrebbero realizzare anche in Trentino. Sicuramente per molti sarebbe meglio questo piuttosto che doversi recare a Verona, a Padova o altrove, e spesso sarebbe meglio questo piuttosto che andare fino a Innsbruck. Sicuramente non ce la faremo mai da soli. La sanità mi sembra proprio uno di quei settori in cui ha senso parlare di un bacino d'utenza regionale.

Il Presidente ha citato nella sua relazione il settore della cooperazione. Non ci rallegra la sentenza della Corte Costituzionale che ha vanificato il progetto della Provincia di Bolzano di creare o promuovere la creazione di cooperative soprattutto da parte di giovani disoccupati. Ma se la Regione ora ha ottenuto il riconoscimento delle proprie competenze in materia di cooperazione, allora in futuro, signor Presidente e signor Assessore regionale competente, occorrerà iniziare una politica cooperativa completamente nuova, e ciò vuol dire che occorreranno soprattutto tanti soldi. In questo caso non possiamo davvero accontentarci di un bilancio simbolico, perchè se d'ora poi l'attività di sostegno della cooperazione non è una competenza-quadro ma una competenza sostanziale della Regione, come viene riconosciuto dalla Corte Costituzionale, allora dobbiamo tirare fuori i soldi ed inoltre condizionare in tal senso la trattativa per il riordino delle norme finanziarie. Perchè non ci sta bene che le Province autonome di Trento e

di Bolzano, che avrebbero i soldi, non possano intervenire nella cooperazione, mentre la Regione, che ha la competenza, non ha invece i soldi. In un modo o nell'altro la cosa va risolta.

Nella sua relazione il Presidente ha accennato tra le altre cose al fatto che la Regione ha conferito incarichi per uno studio preliminare sull'introduzione di una determinata modalità previdenziale, vale a dire la prosecuzione del versamento dei contributi previdenziali per coloro che hanno perso il posto di lavoro. Troviamo che ciò sia positivo, ma se la Regione intende prendere sul serio le proprie competenze in materia previdenziale sarebbe bene che essa cominciasse a riflettere anche su altri settori. Uno spunto pratico: la questione della pensione per le casalinghe. Se dunque la Regione, come ha dichiarato nella sua relazione il Presidente Bazzanella, intende affrontare nella sua attività anche settori previdenziali non convenzionali rimasti finora scoperti, questa sarebbe forse un'istanza particolarmente urgente. Anche questo richiede ovviamente finanziamenti adeguati. Dico tutto ciò adesso perchè proprio adesso - Lei ci dice - sta per iniziare la trattativa finanziaria. La questione delle future modalità di finanziamento della Regione è strettamente connessa, com'è ovvio, a quante competenze sostanziali la Regione è disposta ad esercitare. Crediamo che occorra arrivare in ogni caso ad un chiarimento. Non vediamo troppo di buon'occhio - lo dico subito - il fatto che la Regione rilevi queste competenze nella sostanza. Si tratta di competenze che, per la materia cui si riferiscono, verrebbero gestite meglio secondo noi a livello provinciale. Ma se giuridicamente non abbiamo altre possibilità e la Regione deve per forza gestire determinate competenze, allora ha bisogno anche dei soldi per farlo.

Mi permetto di fare ancora un'ultima osservazione e poi concludo. Nella formazione di questa Giunta ha giocato un grosso ruolo fin dal principio la questione di un collegamento stradale con i comuni tedeschi della Val di Non. Due anni fa, due anni e mezzo e tre anni fa abbiamo fermamente messo in guardia dal periodo di far scoppiare tra comuni vicini una sorta di guerra civile per questioni etniche. Ma i nostri connazionali così profondamente tedeschi hanno fatto orecchie da mercante ritenendo di dover a tutti i costi costruire questa "etno-strada" attraverso il territorio trentino. Nel frattempo sembra che i comuni interessati stiano ricercando insieme, su basi di buon vicinato, una soluzione che vada bene per tutti. Sappiamo ancora troppo poco, soprattutto sulle premesse tecniche ed ecologiche di questo progetto ma ben venga, se ci sarà, questa soluzione o comunque una

soluzione concordata tra i comuni interessati, anche perchè essa costituisce un esempio di come un'inutile guerra provocata da "rappresentanti" sia poi stata presa in mano, grazie al Cielo, direttamente dai "rappresentati" rendendo praticamente inutile tutta quell'opera di sobillazione che l'aveva accompagnata. A suo tempo comunque avevamo ricordato - e ora mi permetto di ricordarlo nuovamente, signor Presidente - che esistono anche altri problemi e che la Regione potrebbe mettere una buona parola, specialmente presso le autorità centrali dello Stato, per questi comuni periferici mal serviti da radio e televisione, mal serviti culturalmente: se non vogliamo che la posizione periferica di questi comuni porti ad un impoverimento linguistico e culturale e ad una concreta situazione di svantaggio rispetto ad altri centri più privilegiati, allora occorre allacciare altri cordoni di collegamento, ma non è detto che debbano essere quasi autostrade tra i boschi, come voleva fare a tutti i costi la SVP.

E concludo. Signor Presidente, colleghe e colleghi, già qualche anno fa abbiamo detto che preferiamo la Regione nella sua forma attuale, in questa sua forma "disarmata", potremmo dire. Parlando di Regione "disarmata" intendiamo una Regione che nessuno può più sfruttare - e che oggi, credo, nessuno sfrutta più - per prevaricare e spingere in disparte qualcun altro, in particolare i sudtirolesi di lingua tedesca e ladina. Dicendo "Regione disarmata" non intendiamo tuttavia "Regione debole". Intendiamo "senz'armi", ma non "senza nerbo". Non intendiamo una Regione che esaurisce la propria attività nel distribuire gli stipendi ai consiglieri e nel "palleggiare" all'infinito con quelle sei, sette competenze che ha per vedere se da una parte o dell'altra riesce a ricavarci ancora qualcosa. Crediamo che la Regione, se riesce a trovare la volontà politica e gli uomini giusti per portarla avanti, anche nel senso degli stimoli che abbiamo fornito - altri stimoli usciranno ancora da questo stesso dibattito - possa diventare più attiva e trovare in tutto ciò un proprio senso che potrebbe anche aiutare il Presidente della Regione ad uscire dalla sua frustrazione. Ma per far questo occorre un'adeguata volontà politica, e io sono ansioso di ascoltare in particolare gli interventi che verranno dai banchi della SVP per vedere se questa volontà politica c'è davvero o se invece questo dibattito sul bilancio serve soprattutto, com'è accaduto negli altri anni, a far sì che un gruppo consiliare, tra l'altro il gruppo più numeroso in quest'aula, abbandoni a poco a poco ciò di cui esso è corresponsabile all'interno della Giunta regionale. Per questo siamo ansiosi di sentire soprattutto gli interventi delle colleghe e colleghi della SVP. Grazie!)

PRESIDENTE: La parola al cons. Rella.

RELLA: Grazie signor Presidente. Abbiamo notato uno sforzo, Presidente Bazzanella, un suo sforzo rispetto al vuoto che abbiamo denunciato l'anno scorso in sede di insediamento della Giunta regionale, ma francamente dobbiamo denunciare anche quest'anno la scarsezza di un progetto di obiettivi futuri per la Regione, cioè una relazione che è da leggere forse più per ciò che non c'è che per ciò che dice.

Traspare in buona sostanza il condizionamento ben noto, a carico della Regione e della Giunta regionale, e dobbiamo dire che questo progressivo calo di vitalità e di prospettiva va anche posto a confronto - e non si può fare carico solo a questa Giunta, è una sottolineatura - con una tensione, una capacità più propulsiva che pur nello stato difficile dell'ente Regione si era espresso negli anni passati.

A Trento il prof. Schiera, nella prolusione in occasione del quarantennale dell'accordo Degasperi-Gruber, esordì con una frase di Günther Grass, dicendo appunto che "Gestern wird sein, was morgen gewesen ist" e dobbiamo dire che non vediamo qui il domani, nè nella sua proposta, nè nell'attuale impostazione per la Regione, vediamo soltanto l'oggi, un oggi piuttosto piatto, su cui sicuramente pesa la concezione angusta e il condizionamento della Regione di cui ho già parlato.

Di fronte a questa crisi, nonostante gli impegni di storici, nel tentativo di riscoprire ragioni, condizioni anche di riscatto, di ripresa, nonostante questo impegno degli storici noi dobbiamo rilevare sempre più presente una fuga, una presa di distanza di più persone dalla Regione, una Regione che ormai non coinvolge più nessuno e del resto, credo, che sarebbe anche difficile immaginare l'opposto, tenuto conto del progressivo allontanamento del rapporto tra istituzioni e bisogni, tra istituzioni e popolazione. Le stesse cerimonie di ricorrenza hanno più l'aspetto del formalismo che non dell'impegno di ripresa, di rilancio anzi, siamo in presenza di un approfondimento di divari, un approfondimento di quei solchi che dividono e allontanano la capacità di questa ripresa.

(Interruzione)

RELLA: Credo, signor Presidente, che sia indecente il vuoto che vediamo in quest'aula nel momento in cui stiamo discutendo il bilancio della Regione e la prego di voler formalizzare per iniziativa sua il richiamo

al Consiglio regionale di esprimere il proprio impegno almeno nei momenti che sono significativi. Sta un po' a tutti dare il proprio contributo per rendere più seria e credibile questa istituzione e il nostro ruolo.

E' chiaro che nessuno di noi pensa di rilanciare il passato della Regione, di ritornare a concezioni che sono state positivamente superate, risolvendo anche problemi che hanno gravato sulla nostra comunità.

Vi sono, non c'è dubbio, intendimenti diversi che gravano su questa nostra incapacità e troppi diaframmi vengono posti ed accettati fra i vasi comunicanti tra le due province, ma la maggiore dignità delle Province, sancita dal nuovo statuto di autonomia e progressivamente ricercata in questi anni, non deve significare la liquidazione della Regione o iniziativa per fermare il collante nominale e informale che pur sta nelle possibilità e nelle funzioni della Regione. Noi non guardiamo al passato della Regione, ma siamo impegnati per il suo ruolo proiettato nel futuro.

Signor Presidente, già è stato detto stamattina in quest'aula, non è in discussione nè l'impianto dell'autonomia, nè l'autonomia della Regione, ma il suo ruolo, il modo di gestire un'autonomia che è sempre di più vista tesa a difendere i privilegi provinciali, che non a costruirne le ragioni e a consolidarne i valori, attraverso l'uso pieno e dinamico delle potestà. Siamo di fronte in sostanza a un appiattimento gestionale che in particolare caratterizza questa Giunta regionale.

Anche da tale questione, dall'appiattimento di gestione, deriva il dibattito nazionale, attorno alla validità, alla possibilità di mantenere in questo assetto istituzionale le particolari condizioni relative alle Regioni a statuto speciale, le Province autonome, il dibattito nazionale o l'iniziativa di esponenti della maggioranza politica governativa o della regione Veneto, giustamente respinte dalla commissione bicamerale Cossutta. Per la Regione, secondo noi, vi sono funzioni e spazi che possono essere attivati, pur rispettando l'impianto attuale, anzi pur restando chiarissima anche nella nostra posizione l'intenzione di non forzare assolutamente il quadro tripolare e istituzionale della attuale autonomia, ma vi sono spazi che possono essere attuati, per esempio nei rapporti interprovinciali, su un piano di sperimentazione anche dello sviluppo di questi rapporti, che non competono esclusivamente alle iniziative autonome delle singole Province, o su un ruolo da esercitare nei confronti dello Stato, ruolo che oggi ha più le caratteristiche della resa da parte della Regione;

proprio di fronte alla caduta della credibilità delle Regioni in genere, del sistema regionale, in questa fase di progressivo distanziamento delle Regioni c'è la possibilità di svolgere un ruolo da parte del nostro istituto regionale nei confronti dello Stato, anche per recuperare funzioni, campi normativi, che non sono magari di competenza immediata della nostra Regione, ma che sono già stati definiti rispetto alle Regioni a statuto ordinario, sia dalla legge 302, in particolare dal decreto attuativo 616, e per modificare rapporti che si realizzino nel rispetto di una piena dignità della Regione, anche con la utilizzazione, attraverso la delega e non necessariamente attraverso norme di attuazione, lo svolgimento di funzioni che sono oggi lasciate allo Stato. E' un recupero, in buona sostanza, di un rapporto sullo scarto attuale e esistente tra istituzioni e bisogni, di cui dicevo prima, riscoprendo che i destinatari ultimi, signor Presidente, della nostra azione sono i cittadini, la popolazione e non solo le istituzioni o gli enti economici che sembrano gli unici obiettivi della vita di questa Regione.

Rivendichiamo cioè per la Regione un ruolo più attivo e un minimo di iniziativa per rivitalizzarlo senza necessariamente esorbitare, ciascuno nella rispettiva sovranità eserciti il proprio ruolo e presieda sulla propria competenza ed è certo che vi è una competenza piena sulla questione ordinamentale, che costituisce uno dei pilastri della funzione della Regione per le autonomie locali. Qui sarà possibile un progetto avanzato e una sperimentazione per realizzare le condizioni per un autogoverno democratico diffuso. Credo non sia necessario soffermarsi su questo concetto per farne sostanzialmente una realtà più avanzata dal punto di vista diffuso, autogoverno che non può essere delle sole Giunte provinciali e non corrisponde certamente alle iniziative che sembrano superate, sulle quali in ogni caso ribadiamo la nostra ferma opposizione con tutti gli strumenti possibili, su ipotesi di revisione del sistema elettorale proporzionale, ma ad una iniziativa che guardi al quadro complessivo di questa organizzazione dell'autogoverno diffuso, dell'autonomia locale, della realizzazione dell'autonomia speciale piuttosto che ad aggiustamenti, quali il brutto esempio della legge sullo status per gli amministratori e il brutto esempio della risposta arrendevole della Regione nei confronti dell'ostruzionismo del governo. Un ruolo sostanzialmente rinunciatario, gestito in quell'occasione da parte della Regione.

Oppure il caso della rinuncia a legiferare...

(Interruzione)

RELLA: Grazie signor Presidente. O la rinuncia a legiferare, ad esempio, quello che è avvenuto in passato sul comprensorio, che ha costituito un pasticcio, non solo per la provincia di Trento, e che costituisce anche in questo momento un intralcio alla possibilità di procedere sul riordino istituzionale nella nostra Regione, relativamente ai comuni e ad altri settori, nel momento in cui pare questa Giunta regionale assumere la posizione di testa di ponte, di sperimentazione sulla questione delle Unità sanitarie locali, tesa a togliere le castagne dal fuoco alle Province, piuttosto che ad affrontare la questione di intesa con loro, nel quadro di una revisione e riorganizzazione complessiva del sistema delle autonomie.

Quindi l'intesa va svolta su tutto un ventaglio di problemi relativi a tale questione, competenza fondamentale della Regione, perchè a noi pare, signor Presidente, che di rinuncia in rinuncia si va verso un aridimento, che quest'anno in particolare bussa clamorosamente alle porte di una Regione che può essere coprotagonista sulle norme, su tutto il pacchetto, come ha ricordato giustamente il cons. Anesi, e partecipare alla definizione non solo delle norme relative alla vita istituzionale, ma anche alla vita collettiva e sociale. Lei ha parlato di coabitazione e non solo di convivenza, ebbene vi stanno anche problemi quali quelli ricordati dal cons. Anesi, con la loro valenza politica relativa a minoranze etniche che riguarda anche la Regione; per la questione dei ladini, vorrei ricordare che il mio partito presentò, fin dal 1973 con De Carneri, un disegno di legge, ripreso poi come primo firmatario da Virgili. La Regione sia non solo coprotagonista, ma protagonista viva, dinamica sulla questione delle norme partendo dalle proprie.

Lei signor Presidente ha posto al Consiglio, a me sembra francamente quasi ridicolo, il dilemma sulla questione della norma finanziaria. Credo proprio che con la norma finanziaria, - siamo in presenza di una situazione che va anche in aula denunciata, come abbiamo fatto altre volte in Commissione - vi è chi persegue, gioca, o punta al soffocamento progressivo dell'ente Regione, portando alla asfissia, lo statuto stesso. Le entrate 1987 della Regione sono pari a 61 miliardi, 20 in meno dell'anno precedente, le uscite corrispondono a 73 miliardi, il deficit è di 12, ma sarebbe di 18 miliardi, pari addirittura al 30% delle entrate previste, se non ci fossero i 4 miliardi e mezzo delle tasse di concessione governativa di competenza regionale. Una situazione

quindi che punta al basso, nel momento in cui ben 75 miliardi sono i crediti nei confronti dello Stato e su questo aspetto voglio anche ritornare.

Cioè non solo si è rischiato il barile, ma si è creata una condizione, un'anomalia, che pare anche giustificare in qualche misura questo appiattimento, questo limitarsi della Giunta regionale alla sola ordinaria amministrazione, senza progetto, ed è questo che vogliamo denunciare per dire quanto non siamo d'accordo ad una sostanziale rinuncia della Regione a svolgere il proprio ruolo.

Diceva il Presidente della Giunta in Commissione che nel 1988 salteranno anche i fondi per la stessa cooperazione e assistenza, buona parte del progetto cardine dell'attività della Regione, se è vero che il 60% del personale della Regione è dedito al sistema del catasto e del tavolare e che quindi verrà meno la coerenza con il progetto più sbandierato negli anni precedenti, da noi condiviso e votato, trattandosi di un progetto quasi gioiello dell'ente Regione relativamente al tavolare e al catasto, elaborato da un gruppo di luminari, che oggi, credo francamente signor Presidente, lei non possa qui ribadire quanto ha detto in passato, che sembra essere stato ripristinato alla sua normalità e praticabilità.

Prego almeno voi colleghi di Trento di avere pazienza, al SVP non chiedo niente anche perchè non credo nella sua buona fede, relativamente all'assemblea regionale.

Sulla questione del catasto e del tavolare che costituisce uno dei pilastri annunciati dell'attività e del progetto regionale, che pare non possa essere riconfermato, avendo lo Stato ridotto di 17 miliardi il trasferimento in conto capitale per gli interventi relativi al settore, riconduciamo a 5 miliardi invece che ai 20 progettati il progetto 1987 e questa sarà la dimensione praticabile, più corrispondente alla nostra forza e dimensione. Ho qui il verbale della Commissione, signor Presidente, credo di capire in modo sufficiente e questa è stata sostanzialmente la giustificazione.

Credo che vadano invece ripristinati la tensione, il dinamismo, l'apertura, anche il ritmo di realizzazione del progetto così come era stato impostato e sulla questione dei 75 miliardi di residui attivi dello Stato, sui quali anche da parte del capogruppo del SVP vi era stato un richiamo, probabilmente per reintegrare la provincia nei propri diritti, posto che si tratta di soldi destinati al trasferimento in buona parte, i 75 miliardi di residui attivi, attesi dallo Stato, costituiscono un dato clamoroso quest'anno, signor Presidente, perchè

vanno rapportati ai 61 miliardi di entrata prevista in bilancio, cioè un residuo superiore addirittura alla consistenza del bilancio di previsione, che vanno recuperati almeno con acconti; non credo che possiamo tranquillizzarci col fatto che c'è un tentativo di definire in attribuzione fissa la quota che ancora dobbiamo riscuotere dallo Stato, ma siccome siamo ben lontani dal quantum di spettanza della Regione con i trasferimenti fatti negli anni pregressi da parte dello Stato e siccome si tratta di fondi che sono iscritti nei conti consuntivi e quindi devono essere introitati a fronte di impegni assunti negli esercizi precedenti, c'è una condizione che non solo non richiede la definizione della norma finanziaria, esigenza evidentemente viva, essendovi la possibilità di recuperare con acconti consistenti dallo Stato questo credito, così come avviene già oggi con le Province, che pur non hanno definito in modo compiuto la norma finanziaria relativa alle loro competenze.

Credo sia necessario da parte della Regione fare quindi anche il progetto ed assumere iniziative, anche con battaglie nei confronti dello Stato, non solo sulla questione finanziaria, ma a noi pare che ci sia un po' quella condizione di resa di cui dicevo prima.

C'è un'altra competenza, che è quella dell'accordo preferenziale, il cosiddetto accordino, vedo che non c'è l'assessore competente, ma signor Presidente, su questa cosa sono già intervenuto più volte, il comitato ha da anni 150 milioni a disposizione in cifra immutata, ci si dice che questo fondo non è nemmeno utilizzato e quindi mi chiedo se in una Regione, nella quale le due Province autonome raggiungono ormai 10 mila miliardi di prodotto interno lordo, abbia qualche senso un accordo preferenziale limitato a 38 miliardi di lire di scambi, nonostante l'annunciato aumento di 1 miliardo e mezzo per l'anno precedente. E' una situazione ridicola, che richiede un impegno, un'iniziativa, essendo uno dei compiti propri della Regione, ma potrebbe anche dare respiro alla funzione della Regione stessa, oltre a stimolare ed incentivare anche il nostro rapporto con l'esterno, ma, come abbiamo sentito anche stamattina, chi guarda ai confini guarda soltanto al passato, guarda all'indietro.

Sulla questione previdenziale è stato annunciato un qualche progetto non chiaro, anche in questa occasione manca l'assessore competente. Sulla questione previdenziale non ci sono le basi, lo ribadiamo, materiali per giustificare un sistema autonomo di carattere previdenziale ed è una questione sulla quale ci siamo soffermati e non voglio ritornare. Però esprimiamo la nostra posizione favorevole quanto

meno a sperimentare, anche in questo caso, nella valorizzazione delle competenze della Regione, un'azione integrativa, ad esempio sulla questione dei disoccupati, su una fascia che sta progressivamente allargandosi - del resto è già rilevato nella relazione del Presidente - col bisogno di intervento e di integrazione. Così per la cooperazione.

Credo, signor Presidente, di dover rimarcare al riguardo quanto già detto sul rischio? che nell'anno 1987 venga meno la possibilità di attuare il progetto programmazione, quel minimo di attività che normalmente svolge la Regione per questa asfissia finanziaria.

Per la cooperazione, se si sono indiscutibilmente riservate le Province le azioni attive nel campo economico e anche nella cooperazione, spetta alla Regione una funzione cornice, assumendo l'iniziativa e accettando la sfida, il confronto di una verifica con le esperienze consolidate tedesche, diverse dalle nostre, con le esperienze consolidate della cooperazione trentina di don Guitti e con le esperienze della cooperazione italiana, con realtà anche diverse, più dinamiche, più aperte, più compiute dal punto di vista del concetto vero e proprio. Un compito serio, dinamico e costruttivo e così ancora in altri campi che non voglio richiamare.

La conferenza sul credito: Era ora, signor Presidente. Purtroppo colgo sempre il momento di parlare delle questioni con gli assessori competenti assenti. Da tempo una nostra mozione era stata presentata al riguardo, credo che la questione vada assunta con un'apertura, una visuale più moderna, più dinamica e meno legata anche a stimoli, alla permeabilità delle spinte degli interessi, così come è avvenuta sulla recente concessione di autorizzazioni a banche d'affari nella provincia di Bolzano.

Questi tempi lunghi, queste carenze, questa rinuncia ad assumere con dinamismo il proprio ruolo e la qualità di governo si rovescia anche sul Consiglio regionale. Francamente questo aspetto di piattezza gestionale non è accettabile quando la Regione ha la dimensione di un comune medio-piccolo, infatti 61 miliardi corrispondono ad un comune piuttosto piccolo che medio. In questo sistema tripolare che vede la nostra Regione strutturata in due Giunte provinciali e rispettivi Consigli e una Giunta e Consiglio regionali, noi crediamo di poter dire e denunciare che questo organo esecutivo va titolato come Giunta a part-time, a metà ruolo, a metà impegno, metà risultato, forse meno di metà, rispetto alla funzione che vediamo svolgere tutti i giorni dalle Giunte provinciali.

Non c'è bisogno, a nostro avviso, di un nuovo impianto, condividiamo che si tratterebbe di miopia mercantilistica, qualunque ipotesi di revisione di questo attuale assetto da lei definita, signor Presidente della Giunta, impraticabile ed utopistica.

Lei ha ricordato Cossiga, secondo il quale fare il proprio dovere è rivoluzionario, il che si presta ad interpretazioni, le più larghe ed imprecise possibili, ma è nel senso positivo che vogliamo cogliere da questa indicazione, posto che a noi pare tra l'altro normale fare il proprio dovere, per dire che è giunto il momento per questa Giunta di fare il proprio dovere per le questioni che abbiamo sottolineato relativamente di valenza dell'ente Regione, eliminando il piagnisteo su Roma, il nostro piagnisteo all'interno di quest'aula appunto sul ruolo, la funzione, la credibilità, la frustrazione del vivere e del lavorare in Consiglio regionale.

Le forze retrive si trovano anche nel nostro interno, ma queste vanno battute trasformando questo stato di cose, per realizzare in coabitazione viva la convivenza, come lei ha detto, un esempio di coabitazione viva per l'Europa attraverso l'iniziativa e non certamente con un'inerzia servente alla spartizione di zone di influenza, che purtroppo a noi pare essere uno degli elementi che appesantiscono l'attività e la funzione dell'attuale Giunta regionale.

Mi ero ripromesso di parlare mezz'ora per lasciare spazio al cons. Tonelli onde poter chiudere la seduta antimeridiana in termini; ho iniziato il mio intervento alle ore 12, ora sono le 12.30.

(Präsident Achmüller übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Presidente Achmüller)

PRASIDENT: Das Wort hat Abg. Tonelli.

PRESIDENTE: La parola al cons. Tonelli.

TONELLI: Non credo che si possa intervenire sul bilancio della Regione senza citare e tener conto di una serie di fatti politici significativi, verificatisi in questi ultimi tempi nella nostra regione e anche fuori da quest'ambito, che hanno attinenza diretta con la vita della Regione stessa e dei popoli che qui risiedono.

Credo che non si possa non tenere conto, nel quadro delle celebrazioni che tutti stanno facendo sull'accordo Degasperi-Gruber,

mentre la gente tende in tutt'altre direzioni. Credo che una riflessione vada fatta sulla manifestazione di Bolzano, organizzata dal MSI, del 4 novembre e sulle affermazioni del ministro Vizzini - mi pare sia anche siciliano e in qualche modo dovrebbe avere un minimo di sensibilità verso problemi delle autonomie - fatte in quel di Trento - per fortuna nessuno è andato ad ascoltarlo - che in provincia di Trento non esistono minoranze nazionali, non c'è il problema dei ladini ecc. dei rinascanti e dei pesanti nazionalismi presenti altrove nella nostra Regione. Le istituzioni che, secondo me, sono sia in provincia di Trento che in provincia di Bolzano, hanno operato in modo separato - sono d'accordo con quanto diceva Langer - commettendo ovviamente errori in tal senso, ma comunque anche considerando le iniziative a carattere celebrativo, con la presenza di autorità, consiglieri ecc., auspico che vi sia una repentina inversione di tendenza, che nel 1987 vi sia occasione di ridiscutere, di riflettere sull'accordo Degasperi-Gruber e quindi sulla democrazia, sulle minoranze nazionali, sui diritti dei popoli, in particolare all'interno della nostra regione, coinvolgendo la popolazione, i giovani, nelle scuole, città e paesi.

Credo sia questo il modo per ricordare e rendere vivi gli elementi storici che hanno segnato la storia della nostra autonomia e per trovare vivificazione dell'autonomia stessa, anziché reagire agli elementi provenienti dall'esterno, per esempio al discorso di Vizzini, agli emendamenti che il Governo ha presentato alla legge sui ladini per la provincia di Trento, con il piagnisteo, la chiusura e comitati, che magari hanno tutta la buona fede dei loro componenti, ma che rappresentano un arroccamento, una chiusura e non una gestione proiettata nel futuro dei problemi connessi a tali questioni.

Ciò avviene, a mio avviso, in seguito al silenzio assoluto praticato in questi anni su determinati principi, per la diplomazia tattica posta in atto fra Regione e Governo, fra Sudtirolo e Volkspartei e Governo, fra Provincia di Trento e Bolzano e Governo e per non aver affrontato e ribadito i principi per quelli che sono, soprattutto in relazione al diritto dei popoli.

Per quanto riguarda noi credo che la Regione debba dire con chiarezza che il principio dell'autodecisione e dell'autodeterminazione dei popoli è un principio inalienabile, è uno dei principi sacri, intoccabili, questa è la base da cui partire per trarre la capacità di gestire situazioni determinatesi storicamente nella nostra regione, la qual cosa è l'unico modo per avere un respiro chiaro e deciso, netto, senza ombra di dubbio, che in ogni momento rispetta le decisioni delle

minoranze nazionali ed etniche e su tanto è pur sempre possibile innalzare un'impalcatura istituzionale, vale a dire le regole che determinano la convivenza e la vita. Altrimenti, se queste regole non basassero su elementi di chiarezza rimarrebbero unicamente all'interno della diplomazia tattica e non della convivenza reale. Se non si determinano queste cose è inutile auspicare, come noi tutti facciamo, la convivenza che non si conquista attraverso determinate regole, ma attraverso istituti di democrazia concreta.

Sono queste cose giustissime, ma rischiano di avere anche effetti negativi, se a monte delle affermazioni non si pone il giudizio sui principi inalienabili dei popoli e delle genti. Credo che soltanto in questo modo si possano costruire proposte concrete protese al futuro.

Se non ci esprimiamo anche qui in termini decisi, pur sapendo che simili enunciazioni hanno un potere relativo nei confronti degli stati, per un'Europa dei popoli, delineando un discorso di federalità europea, che centri le problematiche dei popoli e delle etnie, non sarà possibile risolvere le questioni che abbiamo davanti. L'Irlanda, i Paesi Baschi, il Sudtirolo, senza parlare della Bretagna o dell'Occitania, delle regioni che sono all'interno dello stato francese che è lo stato più...

(Interruzione)

TONELLI: Non voglio essere interrotto su queste cose!

Credo che soltanto in questo modo si possa affrontare in termini nuovi, ideali quella che viene chiamata la rivitalizzazione della Regione.

Sono qui da 7 anni che partecipo al rito del dibattito sul bilancio, anch'io dico che bisogna rilanciare la Regione, lo dirò anche questa volta sempre più o meno sulla linea degli anni scorsi, però appunto si rischia che diventi un rito, che il Presidente debba continuamente suonare il campanello per richiamare i colleghi all'ascolto, questa cosa qui evidentemente ha delle ragioni, che non stanno soltanto nella malafede di questo o quel partito, di questo o quel singolo consigliere, in quanto nei due Consigli provinciali, almeno in quello di Trento, il dibattito si svolge senz'altro in altro modo. Nella discussione sul bilancio provinciale si evidenzia un celato interesse, la qual cosa denota che in quella sede ci si sente in qualche modo contare, ci si rende conto che le cose che si stanno discutendo avranno un risultato in un senso o nell'altro, nella Regione c'è la

consapevolezza di questo immenso vuoto, di quasi totale incapacità di rendere viva una cosa che qualcun altro vuole continuamente assassinare, su cui si continua a sparare nei modi più incredibili. Non c'è la volontà di un certo recupero e quindi anche le proposte concrete rischiano di svanire nel nulla.

Abbiamo tentato di fare qualche cosa in questi anni, anche riflettendo molto, l'ultima proposta da noi recentemente presentata a Bolzano in un convegno pubblico, ripetendosi poi anche a livello parlamentare, vale a dire una proposta di legge istituzionale, non ha raccolto sufficienti consensi, ma vedremo nei prossimi anni, se questa nostra proposta potrà facilmente essere ignorata, che tende a migliorare il discorso del censimento e delle "gabbie", sulla scorta di come è stata vissuta questa situazione fino ad oggi all'interno della regione, in particolare della provincia di Bolzano. Proponiamo di modificare l'art. 89 dello statuto, di mutare le modalità del censimento in provincia di Bolzano, andando ad un censimento che rilevi chi vuol farsi rilevare, che rilevi coloro che si dichiarano minoranza, coloro che dichiarano di rivendicare una tutela positiva, che non può essere soltanto tutela individuale, credo che su questo siamo tutti d'accordo, poichè quando si parla di tutela, questa non può essere soltanto consegnata alla costituzione e quindi al rapporto fra individui, all'interno di uno stato sovranazionale, come è lo stato italiano, nei rapporti con la Costituzione, intendendosi per tutela positiva la tutela di gruppo e su questo non c'è ombra di dubbio.

La nostra proposta di legge tende a recepire anche la sentenza del Consiglio di Stato del 1984 e le ampie discussioni, ricordo Pizzorusso tanto per citarne uno, che è stato citato ampiamente all'interno della Regione Trentino-Alto Adige, per riflettere intorno a tali questioni e per andare ad un censimento che abbia le caratteristiche di censimento delle minoranze etnico-linguistiche ed in questo modo garantire a tutti gli altri i diritti soggettivi, individuali, la tutela individuale che è garantita dalla Costituzione, dalle leggi dello Stato.

Se tentiamo in qualche modo di riflettere approfonditamente su queste cose, se tentiamo qualche cosa di concreto, che possa illuminare determinate questioni, allora sarà più facile ragionare intorno alla proporzionale e depotenziare lo scontro, anche se ribadisco che così come ci è stata consegnata, quale risarcimento di un passato che tutti conosciamo, la proporzionale è un fatto positivo. La proporzionalità delle risorse, la proporzionalità anche nei posti di lavoro, in risposta

a situazioni, nelle quali convivono popoli che hanno natura, storia, cultura, lingua diverse, è un fatto estremamente positivo. Del resto non è un'invenzione che esiste solo nella nostra regione, esiste nel mondo, in molte altre situazioni, ma comunque con il carattere di risarcimento a termine, che ha assunto nella nostra Regione, ribadiamo il nostro giudizio positivo, che deve essere visto dinamicamente senza voltarsi indietro, non con parametri di arroccamento, pur partendo da elementi di supergaranzia che devono essere mantenuti per le minoranze che sono presenti all'interno della regione.

Volevo velocemente toccare un altro punto che riguarda il ruolo culturale che questa Regione potrebbe svolgere. Abbiamo più volte discusso l'Arge Alp e l'Alpe Adria dai banchi dell'opposizione, facendo numerose proposte in questa direzione per la pace, ma mi pare che non si transazionale della Regione Trentino-Alto Adige, anche per la sua collocazione geografica, è sempre stato mantenuto a livello di vertici istituzionali e di celebrazioni, ma si è scesi a livello delle iniziative. Penso invece che sarebbe importante fare anche in questo senso dei salti di qualità e dimostrare un po' più di coraggio.

Si stava discutendo in Commissione due leggi per l'iniziativa europea, una della Giunta e una del cons. Tomazzoni, ma abbiamo assistito a veti e blocchi. Ogni qualvolta che si tocca un certo tasto tutto diventa impossibile, tutto è cementato e vetrificato. Non c'è dubbio che assassinate oggettivamente qualsiasi volontà di costruire, di proporre un qualche cosa di diverso. Siamo stati l'unico Consiglio regionale d'Italia che, forse per disattenzione, per errore, ha votato l'adesione al referendum contro le centrali nucleari; da un punto di vista politico non ha importanza, perchè su quel referendum sono state consegnate alla Corte di Cassazione 1 milione e 80 mila firme, proprio in questi giorni è stato dichiarato dalla Corte stessa che i referendum sul nucleare sono validi ed avranno luogo a giugno, se non ci saranno elezioni politiche anticipate.

Ma cogliamo, signor Presidente, il fatto politico che questo Consiglio regionale ha votato, l'unico Consiglio regionale d'Italia a chiedere sulla base della Costituzione l'indizione di referendum sul nucleare.

Propongo ufficialmente - attendo una risposta nella sua replica signor Presidente - alla Giunta regionale di organizzare con calma una conferenza internazionale per la denuclearizzazione, con particolare riferimento alla fascia alpina, recuperando una proposta che fu di Palme e se la Giunta regionale intendesse aderire ad un'idea di

questo tipo, il convegno dovrà rappresentare esattamente il contrario di quello internazionale organizzato per la stampa.

Propongo una conferenza internazionale per la denuclearizzazione che coinvolga i giovani, la gente, le scuole e che non sia una conferenza di lustrini, di specchi, luci, autorità, che avrebbe scarso valore. Proponiamo un qualche cosa da costituirsi attraverso un comitato partendo dalla periferia, dai comuni, dalle valli, scuole della nostra regione, in maniera interetnica ed interlinguistica per sfociare in qualche cosa che sia una proposta, un luogo nel quale mettere a confronto Regioni diverse su una proposta di denuclearizzazione, di pace e di guerra, da cui esca un discorso educante nei confronti delle nostre popolazioni ed in particolare dei giovani.

Penso che queste possano essere cose positive, come i gesti semplici che la Regione potrebbe benissimo fare in certe situazioni. Una Regione che vive al suo interno dei profondi contrasti sul discorso dei diritti dei popoli, ma anche una così ampia e conquistata garanzia di questi popoli, perchè ogni tanto non potrebbe fare qualche gesto nei confronti dei popoli che queste garanzie non hanno.

Faccio solo un esempio: Democrazia Proletaria del Trentino, piccolissima forza politica di una piccolissima provincia, ha invitato una copia di giovani palestinesi, che 10 giorni fa si sono sposati nelle fognature di Chatila e noi stiamo tentando, attraverso Cipro, di tirarli fuori da Chatila e da Beirut e di fargli fare il viaggio di nozze in provincia di Trento. E' una sciocchezza, può essere un elemento di significato, penseremo di portarli anche da voi, se riusciremo a tirarli fuori dall'assedio di Chatila, di far vedere visivamente che si può contrapporre la vita alla morte, si possono contrapporre in qualche modo gesti che vadano verso la garanzia della vita di popoli, che provengono da una regione, nella quale queste garanzie di vita sono state conquistate con battaglie dure e sancite in uno statuto che è sicuramente molto avanzato rispetto a situazioni nelle quali non c'è nemmeno il riconoscimento del loro diritto di vivere e di esistere.

Ultima questione che voglio sottolineare per stare nei tempi è il ruolo che la Giunta regionale può avere rispetto ad alcune questioni, che anche qui si lasciano morire pur essendo importanti.

La legge di scioglimento degli ECA, che è sicuramente una legge giusta, nel senso che sicuramente quell'istituto andava sciolto, non si poteva più parlare di carità, come nell'accezione con la quale storicamente l'ECA comunale era nato, ma la Regione non può rimanere

inoperante dopo aver dato la competenza alle due Province, in quanto la Provincia di Trento sta ancora discutendo il problema, ed ho l'impressione che, dopo gli ultimi vuoti lasciati anche dal congresso della D.C., comprensori sì, comprensori no, l'assistenza marcisce a livello comunale, anzichè essere gestita dall'assessorato competente del comune.

Noi abbiamo presentato un disegno di legge in provincia di Trento e ci è stato riferito che è di competenza regionale, ora la Regione ci dirà che è competenza della Provincia.

Dico che la Giunta regionale, rispetto a quelli che sono più deboli all'interno della società e viviamo in una società nella quale ci sono queste situazioni, ora c'è il luccichio del Natale ecc., ma ci sono quelli che il Natale non riescono nemmeno a festeggiarlo, non hanno nemmeno i soldi per comperare la bistecca. Questa è la realtà che anche oggi abbiamo, una società in cui la frattura fra quelli che sono all'interno del sistema di garanzie e quelli che da questo sistema di garanzie sono esclusi e quest'ultimi sono sempre più numerosi perchè il passaggio avviene dall'interno e non dall'esterno. E' sufficiente esaminare in provincia di Trento gli indici del minimo vitale per avere un immediato dato quantitativo e della dimensione di detto passaggio, dall'interno verso l'esterno, della nostra specifica realtà.

Allora io credo che rispetto agli ECA la Giunta regionale non possa rimanere inoperante. Dovete quindi prendere la situazione in mano, avere il coraggio di assumere il ruolo che avete come assessori e proporre misure, se qualcun altro non vuole prendere in mano la situazione, affinchè si possano rinnovare almeno democraticamente i consigli di amministrazione degli ECA, che attualmente sono tutti commissariati, per cui anche in questo settore siamo in una situazione, nella quale il volontariato, la voglia di collaborare, soprattutto nelle piccole comunità è stata distrutta, perchè la gente muore, si dimette o è stanca di far parte di un consiglio di amministrazione che non si può più rinnovare. Allora ecco che spunta il commissario, l'uomo risolutore.

Su questo voglio rilevare anche un elemento positivo della relazione del Presidente, che si collega direttamente all'intervento che feci l'anno scorso in quest'aula sul bilancio, quando ragionando intorno al problema delle capacità previdenziali della Regione Trentino-Alto Adige, delle capacità che abbiamo nei confronti della previdenza, portavo l'esempio dei lavoratori cassa integrati speciali che nel Trentino sono 4.700 in questo momento, e sono lavoratori cassa integrati speciali che hanno al 95% dei casi perso la titolarità del posto, in

quanto dipendenti da fabbriche che hanno chiuso. Quando questi lavoratori finiscono la cassa integrazione vanno in disoccupazione speciale e non hanno più il pagamento dei contributi pensionistici per maturare la pensione. Allora noi abbiamo delle situazioni di persone che a 50 anni si trovano a pochi anni dal maturare la pensione senza possibilità di sbocchi, perchè il mercato del lavoro è tale, da non offrire a questa gente l'opportunità di lavorare.

Prendo atto con soddisfazione che c'è questa proposta della Giunta regionale, non mi esprimo favorevolmente in questo momento, però prendo atto con favore che la Regione intende fare qualcosa in questa direzione, attendiamo la rispettiva proposta di legge, ma mi sembra più importante, anzichè inventare INPS regionali, utilizzare le capacità e le potestà regionali, per venire incontro laddove è possibile, non in termini di carità, ma in termini di diritto ad una vita dignitosa, dopo 30 anni di lavoro.

Queste sono le cose che volevo in particolare sottolineare e spero che, rispetto ad alcune questioni che ho citato nel mio intervento, ci siano poi nella replica della Giunta regionale degli impegni precisi. Quindi ascolterò con attenzione quanto il Presidente

PRASIDENT: Danke! Damit sind wir am Ende der vormittägigen Sitzung angelangt. Wir fahren am Nachmittag um 15.00 Uhr weiter.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Grazie! Siamo giunti alla fine della seduta antimeridiana. Continiamo nel pomeriggio alle ore 15.00.

La seduta è tolta.

(Ore 12.57)

(Ore 15.04)

PRASIDENT: Wir fahren mit der Sitzung fort.

Eingetragen hat sich Abg. Peterlini. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Proseguiamo con la seduta.

Si è iscritto a parlare il consigliere Peterlini. Ne ha facoltà.

PETERLINI: Sehr geehrter Herr Präsident des Regionalrates! Sehr geehrter Herr Präsident des Ausschusses! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben uns, sehr geehrter Herr Präsident, einen sehr umfangreichen Bericht vorgelegt, der im wesentlichen auf zwei Aspekte zusammengefaßt werden kann. Zum einen auf die Vorhaben, die konkreten Ziele, die Gesetzgebungstätigkeit, die für die nächste Zukunft geplant sind - also kurz zusammengefaßt die sachliche Verwaltungstätigkeit im Rahmen der Zuständigkeiten des Regionalausschusses und des Rates und zum zweiten haben Sie es nicht versäumt, auch auf die politische Lage einzugehen und zum Thema Autonomie und der darüberhinausgehenden Problematik bis zu Europa Stellung zu nehmen; also zum einen zu sachlichen Problemen und zum zweiten zur Autonomie und zur politischen Lage.

Es war eigentlich zu erwarten, daß in den bisher abgegebenen Stellungnahmen hier im Regionalrat, die aus den verschiedenen Rednern, aus den verschiedenen Parteien gekommen sind, aufgrund der Ereignisse, die auch außerhalb der Region stattfinden - sprich Parlamentsdebatte in Rom, sprich aber auch angespannte politische Lage im eigenen Lande -, der zweite Bereich, der politische Bereich, besonders in den Vordergrund der Diskussion gerückt ist. Ja, Sie selbst sagen - und ich darf eines der Zitate aus Ihrem Bericht herausgreifen -, wörtlich auf Seite 43 folgendes: "Der Augenblick, den unsere Autonomie durchlebt, die noch ungelösten Fragen, die offensichtlichen Spannungen, die unsere Probleme durch die gegenwärtige in Behandlung stehende Beschlusanträge vor das Parlament der Republik gebracht haben, sagen uns klar, daß die Zukunft, auch wenn die Gegenwart umstritten ist, sicherlich keine leichte Abwicklung auf Linien und Ausrichtungen, die wenigstens in den grundsätzlichen Beurteilungen als selbstverständlich geteilt werden, finden werden." Wir sind uns in diesem Punkte einig.

(Unterbrechung)

PETERLINI: ... Sie lachen über die etwas schwerfällige Übersetzung, aber das habe nicht ich gemacht. Es ist immer so, daß wenn man sich bei Übersetzungen von Gesetzestexten - das möchte ich zur Entschuldigung der Übersetzer sagen - konzentrieren muß, dann versucht man wörtlich zu bleiben, um ja möglichst genau den Inhalt wiederzugeben mit dem Risiko schwerfällig zu wirken und das ist in diesem Falle sicherlich der Fall.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Aber kurz ausgedrückt: Die Lage wird, auch wenn einmal die Parlamentsdebatte abgeschlossen sein wird, auch wenn die gegenwärtige Lage der Durchführung durchgeführt wird, weiter Probleme für die Zukunft bergen.

Aber warum ist es eigentlich zu dieser angespannten Lage gekommen? Warum diese Parlamentsdebatte und welche Stellungnahme geben wir dazu ab, die wir doch als deutsche Sprachgruppe und als ladinische Sprachgruppe - wenn ich jetzt aus der Sicht unserer Partei sprechen darf - besonders betroffen sind? Kollege Langer hat heute vormittag in seiner recht interessanten Darlegung gesagt, daß seine Partei eigentlich sehr differenziert zur Autonomie Stellung genommen hat und auch nicht haben möchte, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und das habe ich mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich ist diese differenzierte Haltung nicht unbedingt jene, die wir teilen und der Vorwurf, bzw. der Appell, der an unsere Adresse gerichtet wurde, ist sicherlich zum Teil berechtigt, aber nicht ganz. Ich werde auch gleich sagen warum. Ich darf zunächst vielleicht die Situation aus Südtiroler Sicht schildern und dann auch zur Situation der Italiener in Südtirol Stellung zu nehmen.

Wir haben errechnet, daß - beispielsweise um einen Aspekt herauszugreifen - von denen im Südtiroler Landtag in dieser Legislaturperiode verabschiedeten Landesgesetzen eine noch nie dagewesene Rückverweisungsquote von 33,8 Prozent zu verzeichnen war. Eine Rückverweisungsquote, die uns zeigt, daß die römische Regierung im Vergleich zu vorhergehenden Legislaturen wesentlich schärfer unsere Tätigkeit beurteilt und mit dem Rotstift jede mögliche - aus ihrer Sicht - Überschreitung der im Autonomiestatut angegebenen Grenzen zurückverweist. Wobei wir genau wissen, daß diese Grenzen, die sich von internationalen Verträgen bis zu den Richtlinien der Staatsgesetze bei der sekundären Zuständigkeit herunter ergeben, mit dem beispielsweise Hinweis auf die sogenannten "nationalen Interessen" sehr flexibel gesetzt sind und damit der Regierung sehr großen Spielraum geben. Und was da zum Ausdruck kommt, ist eigentlich nichts anderes, als daß die Lage im Vergleich zu den letzten Jahre schlechter geworden ist und daß die Regierung den Spielraum unserer Autonomie in den letzten 3 Jahren wesentlich eingeengt hat. Ein zweiter Tatbestand: Nicht nur auf Regierungsebene, nicht nur auf Verwaltungsebene, sondern auch auf richterliche Ebene hat sich eine Wende in der Haltung zur Südtirolautonomie ergeben und zwar vor allem in den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes. Auch hier ist festzustellen, daß der

Verfassungsgerichtshof - der oberste Hüter der Grundsätze der Demokratie des Staates, aber auch des Minderheitenschutzes - bis vor etwa zweieinhalb bis drei Jahren im wesentlichen positive autonomiefreundliche Auslegungen getroffen hat und seit dieser Zeit eine Wende eingetreten ist, sodaß auch der Verfassungsgerichtshof, wenn es um die enge oder weitmaschigere Auslegung der Autonomie geht, sich für die enge Auslegung der Autonomie entscheidet. Auch da könnte man Beispiele anführen. Das prominenteste in diesem Zusammenhang und das meistdiskutierte ist wohl der ganze Streit um den Bereich der Telekommunikation.

Ein dritter Bereich: Sie wissen - und ich brauche hier nicht auf die faschistische Zeit zurückzuleuchten, auch nicht um mich dem Vorwurf auszusetzen, wir würden nur mit der Vergangenheit operieren - aber Sie wissen, welche Bedeutung die Südtiroler im Rahmen der gesamten Schutznormen dem ethnischen Proporz zugeschrieben haben. Proporz, der nach vielen Jahren -, ein halbes Jahrhundert ist es genau gewesen, in dem die Südtiroler praktisch vom Staatsdienst ausgeschlossen waren -, ihnen endlich die Möglichkeit geben sollte, den Staatsdienst auch mitbetreten zu können. Sie wissen, daß 1975 etwa 86 Prozent der Staatsstellen in Südtirol allein von Angehörigen der italienischen Sprachgruppe besetzt waren und knapp 14 Prozent von Deutschen und Ladinern. Das war die Lage im Jahre 1975, also 30 Jahre nach Ende des Weltkrieges, also in 30 Jahren Demokratie und verschiedenen Schwierigkeiten, die ich jetzt nicht weiter erläutern möchte. Man hat dann allerdings sich dazu geeinigt und aufgerafft, diesen Proporz einzuführen: jedem das Seine, kurz ausgedrückt, jedem so viele Stellen, wie ihm gerechterweise aufgrund seiner Stärke zustehen. Ein kompliziertes System, das es sicherlich nicht gebraucht hätte, wenn es nicht so dramatisch gewesen wäre. In diesen Proporz fallen 7.000 Stellen hinein: nur ein Teil der öffentlichen Verwaltung, weil ein großer Teil sich diesem Mechanismus entzieht, beispielsweise die gesamten halböffentlichen Körperschaften wie die RAI, die IRI-Körperschaften, die Banken oder ENI-Körperschaften und dergleichen mehr, oder das ENEL z.B.; alle diese halböffentlichen Körperschaften fallen nicht hinein. Nicht hinein fällt weiters die Polizei und andere Stellen mehr. Gut, das waren 7.000 Stellen - immerhin etwas. Im vorigen Jahr hat der Staat durch ein Staatsgesetz die Eisenbahn in eine nach außen hin private Gesellschaft gekleidet und hat damit den ehemaligen Staatsbetrieb seiner bisherigen Rechtsform beraubt. Mit einem Schlag wurde damit auch der Proporz bei der Eisenbahn in Frage gestellt. Was

heißt das in Zahlen? In Zahlen heißt das, daß von 7.000 Stellen 3.000 plötzlich in Frage gestellt sind. Mit der Regierung wurde dann verhandelt, inwieweit der ethnische Proporz da weiter angewandt wird, aber es hängt immer noch ein großes Fragezeichen über die ganze Eisenbahn. Das war der dritte Bereich.

Der vierte Bereich, der uns sehr als Minderheit besorgt, sind die Reformgesetze, die in verschiedenen Bereichen durch den Staat erlassen worden sind. Ich habe bereits erwähnt, daß bei den Grenzen der Autonomie die Reformgesetze einen besonderen Rang einnehmen, weil sie uns praktisch zwingen, die Grundsätze der Reform, die Richtlinien der Reform, zu übernehmen. Auch hier könnte man vom Gesundheitsbereich bis zum Galasso-Gesetz Beispiele zitieren, aber ohne direkt in die Materie einzugreifen sei festgestellt, daß wiederum die Möglichkeit immer neuer zukünftiger Reformgesetze, die Sorge der Unsicherheit und den wackeligen Boden unserer Autonomie aufgezeigt hat.

(Unterbrechung)

PETERLINI: ... Lieber Kollege Langer! Sie wissen ganz genau, daß in dieser Frage in der Öffentlichkeit mehr gesagt und geschrieben worden ist, als in Wirklichkeit wahr ist. Aber nachdem Sie ein sehr genauer Kenner der Szene sind, erwarten Sie sich auch von mir diesbezüglich keine Antwort.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Rückverweisungen in erhöhtem Maße, strengere Autonomiefeindlichere Verfassungsurteile, Proporz bei der Eisenbahn, also bei fast der Hälfte der Stellen, in Frage gestellte Reformgesetze, die uns zwingen, unsere Autonomie einzugrenzen und die Grundsätze des Staates zu übernehmen und dazu immer noch offene Bestimmungen, die auf eine Verwirklichung harren: Alles das zusammen zeugt in der Südtiroler Bevölkerung eine gewisse Unsicherheit. Unsicherheit und oft auch Resignation oder auch Radikalisierung, beides ist festzustellen, beides sind Phenomäne, die uns beunruhigen müssen. Resignation deswegen, weil es eine Entfernung von den demokratischen Einrichtungen bedeutet, weil sich der Bürger damit distanziert und den Glauben zuerst in die Autonomie und dann in die demokratischen Einrichtungen verliert. Radikalisierung beunruhigt uns andererseits deswegen, weil nicht radikale Lösungen jene sind, die dann auch effektiv für die Menschen in

unserem Lande eine bessere Situation ergeben würden. Aber das ist die Folge. Eine Radikalisierung und nicht zuletzt Wasser auf die Mühlen jener, die seit Jahren und Jahrzehnten darauf hinweisen, daß die Autonomielösung eigentlich nur eine falsche Scheinlösung darstellt und in Wirklichkeit gar zu keinem befriedigenden Ende kommen kann. All jene die sagen, wir müssen doch einen radikaleren Schlußstrich ziehen, kriegen damit selbstverständlich Punkte auf ihr Konto gutgeschrieben. All jene die sagen, ja so kann es sowieso nicht mehr weitergehen, werden offenes Gehör in der Bevölkerung bekommen. Und damit ergibt sich automatisch eine Radikalisierung in der deutschen Bevölkerung, die sicherlich nicht begrüßenswert ist.

Ich habe ersucht, ungefähr die Stimmung in der deutschen Bevölkerung zu beschreiben, möchte es aber nicht versäumen, auch den Aspekt aus der Sicht der Italiener in Südtirol zu untersuchen, weil man allzu gerne der Südtiroler Volkspartei den Vorwurf macht, na gut, sie würden sozusagen auf ihren Teller schauen, auf ihre Zuständigkeiten, auf ihre Autonomie und dabei vergessen, daß in Südtirol ja nicht nur die deutsche und ladinische Sprachgruppe arbeiten und leben müssen, sondern auch die italienische Sprachgruppe. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht. Und es mag, Kollege Langer, sicherlich richtig und notwendig sein, weiterhin aufmerksam aus dieser Sicht diese Probleme zu verfolgen und aus dieser Sicht auch bereit sein, Fehler zuzugeben, und aus diesen Fehlern für die Zukunft zu lernen, aber wenn es zu dieser Parlamentsdebatte in Rom gekommen ist, dann sicherlich nicht deswegen, weil die Südtiroler Volkspartei einen Fehler an den anderen gereiht hat. Sondern deswegen, weil die politische Situation von der italienischen Bevölkerung sicherlich ein Umdenken erwartet hat, auf das die italienische Bevölkerung in Südtirol nicht vorbereitet war und auch nicht vorbereitet wurde. Auch hier darf ich nur drei Beispiele herausgreifen.

Wir fangen beim Proporz an, über den ich kurz geredet habe. Wenn bis zum Jahre 1975 86 Prozent der Staatsstellen von der italienischen Sprachgruppe bekleidet wurden und es heute aufgrund der Autonomie bis zum Jahr 2.000 nur mehr 30 Prozent sein sollen, damit man diese 20 Prozent zusammenschrumpfen kann und es zwischenzeitlich noch weniger sind, dann wird ein großes Opfer, gerade jetzt, in einer solchen Zeit verlangt, da in Südtirol speziell diese Norm in eine Zeit hineinfällt, diese Durchführung des Proporztes in eine Zeit hineinfällt, in der - nicht nur für die italienische Volksgruppe, auch für die deutsche; nicht nur für Südtirol, sondern auch für das Trentino und für

Italien - eh schon eine sehr schierige Situation auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden ist. Es war deswegen allzuleicht, aber auch allzubillig seitens der neofaschistischen Partei Italiens gerade auf diesen Punkt einzusteigen und die billige Argumentation abzuleiten, daß ja der Proporz eigentlich Schuld daran ist, daß Jugendliche, Studenten in der Schule, keine oder weniger Arbeitsplätze finden.

Ein zweiter Bereich: Bis zum Jahre 1976, wo die Durchführungsbestimmungen in Kraft getreten sind zum Proporz, und in den ersten acht Artikeln zum Gebrauch, zur Zweisprachigkeit, kurz ausgedrückt zur Zweisprachigkeitsprüfung, bis dahin hat man sich in allen öffentlichen Ämtern in Südtirol ausschließlich der italienischen Sprache bedient.

Die Südtiroler waren seit eh und je gewohnt, Italienisch lernen zu müssen, sich der italienischen Sprache bedienen zu müssen und sich irgendwie in den Ämtern zurechtzufinden. Die Italiener waren es ihrerseits gewohnt, ausschließlich ihre Muttersprache zu gebrauchen und haben sich leider oft, da das Gebot fehlte, auch keine besondere Mühe gemacht, die deutsche Sprache zu lernen. Seit dieser, unter Anführungszeichen "so angekreideten Autonomie" muß der Italiener genauso wie der junge Südtiroler eine sehr schwierige Zweisprachigkeitsprüfung ablegen. Auch das ist ein Opfer, das nicht selbstverständlich ist, das uns unseren jungen Südtirolerinnen und Südtirolern, die von Latsch oder von Sand in Taufers kommen, genauso große Schwierigkeiten macht, weil sie auch nicht von vornherein die italienische Sprache so gut beherrschen, wie es in unserem Land gut und notwendig wäre. Aber das war für unsere Volksgruppe keine Neuigkeit. Wir mußten seit jehher Italienisch lernen, um uns zurechtzufinden, auch um die Schulprüfungen zu bestehen, wo die italienische Prüfung immer auch einen wesentlichen Bestandteil dargestellt hat und zwar zu Recht. Die Neuigkeit und das große Opfer ist aber doppelt für die italienischen Schüler, die es bisher nicht in dieser Form mußten und die zusätzlich meistens noch schlecht vorbereitet worden sind. Vergessen wir nicht, daß wir lange kämpfen mußten, um zu erreichen, daß der Unterricht in der jeweiligen Zweitsprache von einem Angehörigen derselben Sprache erfolgen sollte. Die Italiener haben lange Jahre den Standpunkt vertreten, um die Interessen der Lehrer zu verteidigen, daß also unabhängig von der Muttersprache des Lehrers die zweite Sprache unterrichtet werden soll. Mit der Folge, daß sehr sehr viele Italienerinnen und Italiener, die Deutsch als Fremdsprache gelernt haben, gelehrt und unterrichtet haben; allerdings mit den Defiziten, die jeder hat, auch wenn er sich noch so

bemüht, wenn er nicht dieser Sprachgruppe angehört. Nun gut, jetzt gibt es diese Zweisprachigkeitsprüfung, die nicht leicht zu bewältigen ist, die eine Durchfallsquote von etwa 65 Prozent hat, die also sehr schwierig ist und sich durch alle Sprachgruppen durchzieht und ein weiteres Opfer für ein gutes Zusammenleben fordert.

Das gleiche und das wäre die dritte und letzte Ebene, die ich erwähnen möchte - man kann auch auf mehrere zurückkommen - ist auf dem Wohnungssektor erfolgt oder um es noch enger einzugrenzen, sagen wir Mietwohnungen. Die Mietwohnungen sind in Italien speziell in der Faschistenzeit dazu benützt worden, eine Zuwanderungspolitik zu betreiben. Bis zum Ende des Faschismus hat auch die italienische Regierung nicht darauf verzichtet, Wohnungen zu bauen, um italienischen Bürgern außerhalb der Provinz hier ein Dach über dem Kopf zu geben, sodaß also bis zum Jahre 1959, in dem das Land die Zuständigkeit aufgrund des alten Statutes übernommen hat, etwa 7.500 Mietwohnungen entstanden sind, die zu 95 Prozent italienischen Familien zugewiesen waren. Das Land hat nun sukzessive durch das Wohnbauinstitut diese Wohnungen übernommen, aber vor allem die Zuständigkeit übernommen und regelt es heute so, daß also die Gelder genau im Verhältnis zum Proporz aufgeteilt werden. Es ist dann in diesem Zusammenhang auch die große Frage aufgeworfen worden, daß das Autonomiestatut vorsieht, daß nicht nur Proporz, sondern auch Bedarf berücksichtigt werden müssen. Das ist auch erfolgt, wenn auch in einer zweiten Phase. Die derzeitige Zuweisung der Wohnungen im Bereich des geförderten Wohnbaues erfolgt durch eine sogenannte automatische Zulassung: Wer mindestens 20 Punkte beim Kauf einer Wohnung erreicht oder mindestens 25 Punkte für den Bau einer Wohnung oder eines Eigenheimes, wer also diese Mindestpunkte erreicht, wird automatisch zugelassen, unabhängig von der Sprachgruppe; was ja die beste Möglichkeit darstellt, effektiv den Bedürfnissen den verschiedenen Sprachgruppen Rechnung zu tragen, ganz unabhängig in diesem Falle vom Proporz. Sie werden auch gehört haben, daß gerade zu diesem Punkt die damit auch gerne so oft angekreidete 40 Milliarden-Schuld, die inzwischen sogar mehr geworden ist, ausgeglichen worden ist durch die tatsächlichen Verhältnisse und ausgeglichen werden kann, so daß auch hier Gerechtigkeit geschaffen wird. Aber wenn man vorher bis zum Jahre 1959 95 Prozent hatte und jetzt auf das ordentliche normale zugehörige Maß von 30 Prozent zurückgeschraubt wird, dann ist das ein weiterer Verzicht für die italienische Volksgruppe in Südtirol, der nichts weiter als Gerechtigkeit bringt, aber immerhin ein Verzicht auf bisherige Privilegien darstellt. Nun, in diese Situation hat der "Movimento

Sociale Italiano", der seit Jahrzehnten lange schon auf einen Aufhänger zur Neumobilisierung seiner Partei gewartet hat, selbstverständlich ein leichtes Spiel gehabt, hier einzugreifen und in propagandistisch billiger Form aus der Verwirklichung des Statutes im Sinne und zum Zwecke der Erreichung von mehr Gerechtigkeit das Gegenteil daraus zu machen und den Italienern so quasi vor die Nase zu führen: "Ja, ihr seht's, was euch die Autonomie bringt. Man schließt euch von den Staatsstellen aus, man schließt euch von den Wohnungen aus, man verlangt von euch eine Zweisprachigkeitsprüfung, obwohl wir in Italien sind. Alle diese Dinge gehören abgeschafft". In billiger Form hat man dann Unterschriften gesammelt und das wäre so, als würde man in der Maturaklasse bei den Schülern Unterschriften sammeln, um die Abschaffung der Matura zu verlangen und doch das Diplom zu bekommen. So ungefähr sieht das aus. Und es ist klar, ich kann mir wunderbar vorstellen, daß, wenn ich selbst Maturant wäre, mit Freuden ein Referendum unterschreiben würde, in dem es heißt: Wir verlangen das Diplom ohne Maturaprüfung. So ungefähr war die Situation aus italienischer Sicht.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Lieber Kollege Mitolo, ich komme auf die Haltung des MSI noch etwas genauer zurück. Machen Sie sich keine Illusionen diesbezüglich. Ich werde noch sehr genau noch auf Ihre Haltung zurückkommen. Was die Beschreibung der Lage war, hat sich das nicht auf die Verleumdungskampagne des MSI bezogen, die ich sehr präzise wiedergegeben habe, sondern auf die Beschränkung der Argumente, die noch weiter ausgebaut werden könnten.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Nun gut. Der MSI hat daraus profitiert und nicht nur seine Unterschriftenaktion gemacht, die ja dann zur Änderung der Welt am 5. Dezember dieses Jahres in Rom hätte führen sollen, sondern hat auch Wahlerfolge verzeichnen können. Wahlerfolge vor allem in Bozen, wo die Stimmen sprunghaft angestiegen sind und jeder dritte Italiener der Stadt Bozen de facto dem MSI die Stimme gegeben hat. Man hat dann darüber diskutiert, ob aus Protest oder nicht aus Protest, ob wegen dieses Privilegienverlustes oder nicht. Tatsache ist, daß der MSI diesen Erfolg verbuchten konnte und daß damit Industriearbeiter beispielsweise, die bisher die KPI gewählt hatten, direkt Farbe gewechselt haben und zum MSI

übergewechselt sind oder daß auch Wähler aus den Reihen der Democrazia Cristiana scharenweise abgewandert sind. Es war klar, daß dieses Abwandern von Wählern bei den anderen Parteien Reaktionen ausgelöst hat, und sie haben sich gedacht: "Ja, hier können wir nicht tatenlos zuschauen, wie uns die Wähler davonlaufen" und man hat daraus die Reaktionen gezogen. Die Reaktionen, die sehr schwierig waren - das gebe ich zu - aber die im wesentlichen sich dann darauf beschränkt haben, kritische Punkte der Autonomie zu beleuchten und dann doch bei allen verbalen Bekenntnissen zur Autonomie so kleine Rückzieher zu machen, um doch eine gewisse Alibifunktion gegenüber den Italienern in Südtirol einzunehmen und zu sagen: "Ja, wir verteidigen ja auch den Standpunkt der Italiener." Das hat sich allerdings in keiner glaubwürdigen Form durchgezogen und ich muß sagen - ich habe das schon einmal an dieser Stelle gesagt: "Wenn ich der Botschaft glaube, daß die Südtiroler die Italiener unterdrücken, wenn ich diese Botschaft annehme, die gepredigt wird, daß die Autonomie zu Ungunsten der Italiener geht, dann hilft die Korrektur von den demokratischen Parteien jetzt auch nicht mehr. Wenn ich an diese Botschaft glaube, dann präsentiere ich die Rechnung den demokratischen Parteien, die dieses Paket unterzeichnet haben und wähle unabhängig davon einfach den MSI. Deswegen wäre es wesentlich positiver und notwendiger gewesen, nicht in der Grundsatzhaltung der Autonomie sogenannte kleine Korrekturen anzubringen und zu verlangen, sondern die Autonomie einmal aus einer anderen Sicht zu betrachten und darzustellen. Ich kann beispielsweise aus anderer Sicht nochmals die gleichen Themen hernehmen - ich habe sie aus der Sicht der Südtiroler gebracht und aus der Ungeduld, weil nichts weitergeht und sehr viel in Frage gestellt worden ist und ich habe sie aus der Sicht der Italiener gebracht: negativ, extra negativ - um zu zeigen, wie man Stimmung machen kann -, beispielsweise zum ethnischen Proporz, und mich fragen: Warum sagt niemand, daß dieser ethnische Proporz, bevor er seit 1976 beim Staat eingeführt worden ist, seit 1959 bei der Region und bei den Landesämtern gilt und bei den Gemeinden eingehalten wird?
(Unterbrechung)

PETERLINI: ... Es ist nicht ganz so, wie in diesem Vermerk. Wir haben einen Präsidenten an der Spitze, der auch unserer Partei angehört, Kollege Langer und außerdem ist der Kollege Pahl da und der Kollege Ladurner. Die Botschaft ist wahrscheinlich eingesammelt worden, als noch weniger Kollegen von meiner Partei da waren. ... Aber wir sind laufend im Zunehmen... Wir haben uns immerhin seit der Zeit dieses Vermerkes ...

PRÄSIDENT: Ich bitte, beim Thema zu bleiben.

PETERLINI: ... uns vervierfacht, Kollege Langer.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Die Themen also, die positiv und negativ aus südtiroler und italienischer Sicht dargestellt worden sind, einmal im positiven Licht: Seit 1959 wenden Land und Region und de facto auch Gemeinden mit eigenen Ordnungsbestimmungen den ethnischen Proporz an. In Südtirol allein zum Schutze der italienischen Volksgruppe und der Ladiner, weil wir alle wissen, daß die Mehrheit der Stellen in den Gemeindeverwaltungen, von einigen Städten abgesehen, von deutschsprachigen Bürgern bestellt werden, sodaß damit diese Schutznormen allein zum Schutze der Italiener gehalten werden. Man hat errechnet, daß etwa 17.000 Stellen zwischen Landesverwaltung, Gemeinden, Sanitätseinheiten dem ethnischen Proporz der sogenannten lokalen Gesetzgebung unterliegen. Damit sind etwa 5.500 Stellen für die italienische Sprachgruppe reserviert, die es vielleicht sonst nicht wären, weil ich mit einem gewissen Sinn von Realität sage, daß in einer kleinen Gemeinde, ich weiß nicht, vielleicht in Kurtatsch oder in Sarntal oder wo immer auch einige Italiener wohnen, die entsprechende Berücksichtigung bei der Stellenvergabe vielleicht nicht in diesem Ausmaß wäre, wie es der Proporz de facto garantiert. Wir haben also 5.500 Stellen aufgrund des ethnischen Proporz bei Land, den Gemeinden, und den Sanitätseinheiten, die den Italienern aufgrund des ethnischen Proporz garantiert sind. Man redet immer nur vom Umgekehrten. Diese Sachen sagt niemand, oder es wären selbstverständlich keine MSI-Stimmen.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Mein lieber Kollege Mitolo, ich habe diese ganze Aufstellung gemacht. Ich kann Ihnen mein Buch, das ich Ihnen schon einmal gerne verehrt habe, gerne zuschicken und Sie werden folgendes feststellen: Daß, zum Unterschied vom Staat, die Südtiroler Verwaltung, sei es in den Gemeinden oder im Land, immer bemüht waren, den Proporz nach Beistrich und Punkt einzuhalten.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Das war eines zum Proporz.

Ein zweites, zum Thema Zweisprachigkeit: Man redet immer nur von dieser geschwerlichen Zweisprachigkeitsprüfung und vergißt dabei, daß aufgrund dieses, unter Anführungszeichen "bösen" Zwanges die jungen Italiener sich jetzt effektiv der Mühe unterziehen, die deutsche Sprache zu lernen. Und wissen Sie, welche enorme Vorteile der italienischen Bevölkerung, vor allem auf dem Arbeitsmarkt erwarten? Weil doch jeder Betrieb lieber eine Verkäuferin einstellt, die, sei es die deutsche als auch die italienische Muttersprache beherrscht, weil sie damit die Kunden besser bedienen kann. Auch daß jeder Vertreter, der Süßigkeiten, Konservendosen oder Schuhe verkaufen muß, doch wesentlich einen besseren Absatz hat, wenn er sich im Sarntal bewegt und dort auch die Muttersprache der Bevölkerung spricht, wo er auch seine Produkte anbringen muß. Weil doch jede Sekretärin, die sich in einem Büro um eine Stelle bewirbt, wenn sie italienischer Muttersprache ist, wesentlich größere Chancen hat, wenn sie auf ihre Kenntnisse in der zweiten Sprache hinweisen kann, als wenn sie das nicht tun kann. Auch diese Dinge sagt niemand. Man redet immer nur von dem "bösen patentino", von dem "bösen" Zweisprachigkeitsnachweis, der verlangt wird. Von den großen Vorteilen, die sich durch eine perfekte Zweisprachigkeit für die Bevölkerung und vor allem für die jungen Menschen ergeben, wird nicht geredet.

Ein drittes: Durch die Gestaltung dieser Autonomie, großteils durch die Südtiroler Volkspartei und die Democrazia Cristiana im Lande und in der Region, durch diese beiden so angekreideten Parteien, die so gerne unter Beschuß genommen werden, hat sich immerhin eine wirtschaftliche und soziale Lage ergeben, - und das kann man, wenn ich auch die Dinge nicht so genau beurteilen kann wie bei uns, aber wohl in ähnlicher Form auch für das Trentino sagen -, eine wirtschaftliche soziale Lage ergeben, die wesentlich mehr Sicherheit und wesentlich mehr Zukunftsträchtigkeit als andere Regionen Italiens bietet und auch wesentlich mehr Arbeitsmöglichkeiten für die jungen Menschen in unserem Lande. Aber der MSI hat es dann als seinen großen Auftrag gesehen, die "Not" der italienischen Bevölkerung (Not, wie gesagt unter Anführungszeichen) vor das Plenum des Parlamentes zu bringen und hat dann seine Thesen dargelegt - wie wir gehört haben - in einer von den MSI-Vertretern sehr applaudierten Rede vor einem leeren Parlament und hat versucht, das Versprechen, das er der italienischen Bevölkerung gegeben hat, nämlich die Autonomie abzuschaffen, dort durchzusetzen. Und es ist etwas Positives aus dieser Parlamentsdebatte festzustellen, (wenngleich sie nicht abgeschlossen ist) und das das Positive ist; daß

eine so blanke Abfuhr, wie sie der MSI diesmal gekriegt hat, noch nie der Fall war. Es war eine blanke Abfuhr, Kollege Mitolo, die einerseits durch die totale Abwesenheit und das Desinteresse der Glanzreden der MSI-Redner gezeigt worden ist und andererseits auch durch die wesentlich differenziertere Position aller anderen Parteien. Es war die Chance, auch über Südtirol zu reden und auch, Kollege Langer, in kleinlicher Form, wie Du es bezeichnet hast, über Proporz, über die Wohnungen und über die Details zu reden, weil eben auch die Schwierigkeiten in Details liegen und weil man die Details eben uns auch angekreuzt hat und weil es darum gegangen ist, viele Mißverständnisse zu beseitigen, die auf Staatsebene durch unrichtige Presseberichte verbreitet worden sind.

Die Linie der anderen Parteien ist im wesentlichen durch folgendes gekennzeichnet: Einmal sind sie sich mehr oder minder alle einig, daß es notwendig wäre, bald einen Schlußstrich unter die offenen Durchführungsbestimmungen zu ziehen und diese Südtirolfrage endlich einer Lösung zuzuführen. Und zum zweiten haben die meisten Parteien mit verschiedenen Nuancen im Parlament die Notwendigkeit aufgezeigt, sogenannte leichtere Korrekturen an der Autonomie durchzuführen.

Zum ersten: Es war immer die Südtiroler Volkspartei, die auf die Verzögerungen hingewiesen hat und wir sind voll mit dabei, wenn es darum geht, möglichst bald zu einem Abschluß zu kommen. Aber dieser Abschluß darf auch nicht als Erpressung serviert werden, indem man die seit nunmehr bald 3 Jahren in den Schubladen der Regierung ruhenden Sprachbestimmungen auf die lange Bank schiebt oder sozusagen einen neuen Kompromiß in Frage stellen möchte. Dieser Standpunkt wurde unsererseits bereits geäußert und ist keine Neuigkeit, soll aber hier nochmals klar deponiert werden.

Zum zweiten, was die sogenannten Korrekturen betrifft: Es gibt sicherlich in einigen Bereichen die Notwendigkeit, die Durchführungsbestimmungen, die erlassen worden sind, ohne auf Erfahrungen zurückgreifen zu können, einigen Korrekturen zu unterziehen. Beispielsweise wird es notwendig sein - um eines herauszugreifen - die Durchführungsbestimmungen zum Verwaltungsgerichtshof und die entsprechenden Bedingungen, die dort festgelegt sind, für die Richter zu erleichtern, um effektiv schneller und zügiger zur Einsetzung des Verwaltungsgerichtshofes kommen zu können. Es wird im Bereich des Propozes - Propozes sprich Volkszählung -, notwendig sein, gemeinsam verstärkte Überlegungen anzustellen und das Problem für all jene endgültig zu lösen, die sich nicht der deutschen, ladinischen oder italienischen Sprachgruppe bekannt haben; aber auch hier, unter dem

klaren Vorzeichen, daß die Südtiroler Volkspartei niemals der Schaffung einer sogenannten vierten Gruppe, die nirgends vorgesehen ist, zustimmen wird. Es wird vor allem von allen Seiten viel Verständnis brauchen, um auch über die bestehenden Dinge hinaus die Probleme anzupacken und zu lösen, so wie es notwendig ist. Und es wird auch notwendig sein, unsererseits - auch das sage ich ganz offen - nicht mit der Lupe die Haare in der Suppe zu suchen und dabei die großen Probleme zu übersehen, sondern mit dem notwendigen Verständnis, mit der notwendigen Toleranz die Probleme im gegenseitigen Einverständnis zu lösen, damit eine Politik des Einverständnisses zwischen allen Sprachgruppen gemacht werden kann. Wenn die Südtiroler diese Bereitschaft erklären, so ist es nicht deswegen, weil gerade jetzt eine Parlamentsdebatte im Gange ist oder weil die MSI eine Unterschriftenaktion gestartet hat, sondern mit dem gleichen Selbstverständnis, mit dem wir - und auch das soll hier deponiert werden - für die Lösung von Minderheitenproblemen eintreten, auch wenn sie sich nicht gerade in Südtirol abwickeln. Ich meine jetzt speziell unsere Nachbarprovinz Trentino, wo es Probleme für die deutschen und ladinischen Minderheiten gibt, - auch wenn sie zahlenmäßig klein sind, so doch grundsatzmäßig den gleichen Schutz erfahren sollten - wo es diese Probleme noch zu lösen gibt. Mit dem gleichen Selbstverständnis, mit dem wir in Südtirol für den Schutz der ladinischen Sprachgruppe eintreten, (einer Sprachgruppe, die ja bei der Verabschiedung des Pariser Vertrages leider nicht berücksichtigt worden ist, aber wohl bei der Verabschiedung des Autonomiestatutes), mit dem gleichen Selbstverständnis, wie wir auch zugeben, daß es vielleicht in der Anwendung der Autonomie Härten gegeben hat, die man vermeiden hätte können, mit der gleichen Selbstverständnis verlangen wir und erwarten wir uns allerdings auch von der italienischen Bevölkerung in Südtirol ein offeneres Auge für die soziale Sicherheit zu haben, die die Autonomie in das Land gebracht hat. Ein offeneres Auge zu haben für die Vorteile der Zweisprachigkeit, für die Kenntnis des Deutschen bei der Arbeitsplatzsuche und bei der Verständigung zwischen den Sprachgruppen. Ein offeneres Auge zu haben für das gesamte Autonomiegefüge, das doch den Menschen in unserem Lande im Verhältnis zu anderen Regionen mehr Sicherheit auch für die Zukunft gegeben hat und mehr direkte Mitgestaltungsmöglichkeiten auch für das Geschehen in den demokratischen Einrichtungen. Verständnis also von beiden Seiten.

Herr Präsident, ich werde versuchen - auch weil mir weniger Zeit zur Verfügung steht - in wesentlich knapperen Worten auf den

anderen Bereich einzugehen, nämlich auf die Sachprobleme, die sie in Ihrem Bericht angeschnitten haben und werde nur einige herausgreifen. Sie verweisen in Ihrem Bericht zu Recht auf die Notwendigkeit der Neuordnung, Neugestaltung des Gemeindewesens und verweisen darauf, daß hier auf Staatsebene über die entsprechende Kommission Bemühungen im Gange sind, die demnächst wohl auch zu einer Verabschiedung eines Rahmengesetzes führen werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Bemühungen, das Gemeinschaftsleben in der Gemeinde noch demokratischer, durchsichtiger zu gestalten und nützen auch die Gelegenheit, um einige alte Wünsche wieder anzubringen, die wir gemeinsam anpacken müssen. Eine dieser Wünsche ist die Behandlung der Verwalter in den Gemeinden und speziell der Bürgermeister, die die Verantwortung für die Gemeinde tragen. Das Amt eines Bürgermeisters ist heute so anspruchsvoll, daß in größeren Gemeinden fast ein Hauptberuf daraus geworden ist, aber auch in kleinen Gemeinden sehr viele Sorgen damit verbunden sind. Wir haben gemeinsam einen Anlauf genommen, bereits vor den Sommerferien die Aufwandsentschädigungen anständig zu regeln. Die römische Regierung hat uns - und auch das war ein Beispiel von der großen "Autonomiefreundlichkeit" in Rom -, den Gesetzentwurf rückverwiesen mit dem Hinweis, daß wir außerhalb der Richtlinien der Staatsgesetze wären. Es stellt sich dabei die Frage: Was nützt eine Autonomie, wenn man sich an die üblichen Richtlinien zu halten hat? Aber wie dem auch sei, das Problem wollen wir neu anfassen, um die Entschädigung für die Bürgermeister anständig zu regeln und wir müssen uns diesbezüglich in nächster Zukunft Gedanken machen, um eine Form zu finden, die auch in Rom durchgeht.

Ein weiterer Wunsch in diese Richtung: Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat der Regionalrat einen ordentlichen Gesetzentwurf verabschiedet, der für die Bürgermeister eine Altersversorgung sichern soll. Auch dieser Gesetzentwurf wurde rückverwiesen. Wir haben einen Beharrungsbeschluß befaßt und die Regierung hat den Gesetzentwurf vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten. Die Frage der Bürgermeisterrente behängt somit seit Jahren beim obersten Verfassungsgericht in Rom und ich bitte Sie, Herr Präsident an dieser Stelle, eventuell auch in Ihrer Replik zu berichten, welche Schritte es diesbezüglich gegeben hat, - ich weiß, daß die Regionalregierung sich bemüht hat und beim Verfassungsgericht interveniert ist - und welche weiteren Schritte diesbezüglich noch geplant sind. Wir hoffen, daß die Bemühungen im Rahmen der Neuordnung der Gemeinden, des Gemeindewesens, auch in Rom soweit Erfolg haben

werden, daß tatsächlich die Gerüchte, die es gibt und die Bemühungen, die es gibt, um aus der jetztigen sekundären Zuständigkeit eine primäre Zuständigkeit zu machen, uns auch die Möglichkeit geben werden, diese Fragen konkreter und mit mehr Aussicht auf Erfolg anzupacken.

Ein weiteres Thema: Die Frage der Beziehungen zu Europa. Sie haben zu Recht darauf verwiesen, Herr Präsident, daß wir als Land und Region - ich sage es einmal so - großes Interesse haben müssen, die Beziehungen über die Grenzen unseres Landes hinaus zu wahren und diesbezüglich auch initiativ zu werden. Ich unterstreiche das doppelt: Als völkische Minderheit in diesem Staat sind die Südtiroler nicht nur bereit, sondern in der ersten Garde vorne dran, wenn es darum geht, für Europa zu arbeiten, um damit die Nationalgrenzen nach Möglichkeit langsam, langsam abzubauen oder zumindestens deren Schärfe ein bißchen zu nehmen. Diese Beziehungen zu Europa müssen also gestaltet werden und werden auch ihren Niederschlag in den entsprechenden gesetzlichen Initiativen hier im Regionalrat finden, wobei allerdings auf folgendes zu achten ist: Sie wissen, daß mit der neuen Südtirolautonomie die Zuständigkeiten auf drei Körperschaften aufgeteilt worden sind: auf die beiden Provinzen Bozen und Trient und auf die Region. Wir legen also auch größten Wert darauf, daß diese Zuständigkeiten so bleiben und daß man nicht durch irgendwelche Maßnahmen, die über diese Zuständigkeiten hinausgehen, wiederum die Region zu ihrem alten Glanz und Gloria herhelfen will. Wir sind bei der Region - und ich sage das als Vertreter einer jüngeren Generation, die das nur von der Geschichte her miterleben durfte -, verbrannte Kinder. Verbrannte Kinder, denen eine Region aufoktroziert worden ist, die sie nicht haben wollten und denen man mit dieser Region eine eigene Landesautonomie verwehrt hat. Wir sind deswegen immer darauf bedacht, ja aufzupassen, daß diese Landesautonomie nicht weiter ausgehöhlt wird; haben Sie deswegen Verständnis dafür, wenn ich sage, wir sind also für diese Bemühungen für Europa. Auch soll der Regionalausschuß und die Region diesbezüglich initiativ werden, aber bitte im Rahmen seiner Zuständigkeiten, in denen sie auch genau statutarisch definiert sind.

Ein weiteres Sachproblem: Es kommt demnächst ein sehr umfangreicher Gesetzentwurf in den Regionalrat, der das Personalwesen regelt. Nun muß ich zugeben, daß die Region sehr große Anstrengungen unternommen hat, um auch einem ausgewogeneren Verhältnis der Sprachgruppen bei der Stellenbesetzung Rechnung zu tragen. Es sind diesbezüglich große Anstrengungen unternommen worden. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang heute noch unterstreichen, daß es notwendig ist,

weitere Schritte diesbezüglich zu unternehmen. Der Proporz stimmt bei den regionalen Stellen immer noch nicht ganz. Mit der Zweisprachigkeit happert er auch da und dort und ich muß darauf hinweisen, daß es notwendig ist, Proporz und Zweisprachigkeit auch in unserer Region voll zum Tragen zu bringen, notfalls auch über Direktaufnahmen, die man weiter berücksichtigen möge, im Rahmen der Möglichkeit, über den sogenannten Artikel 17.

Nun zu einem heiklen Thema, das bereits Kollege Langer einmal kurz angesprochen hat und als "Sturköpfigkeit" - so ungefähr war es glaube ich, aber er ist jetzt im Moment nicht da, um mich zu korrigieren - der Südtiroler Volkspartei ausgelegt hat, nämlich zum Thema der Deutsch-Nonsberger Straße. Dieses leidige Problem, das bereits in der vergangenen Legislaturperiode auf der Tagesordnung gestanden ist, das bereits in der vergangenen Legislaturperiode zu Krach in der Regionalrat geführt hat und bei dem uns - um es kurz auszudrücken - die Wählerschaft in Südtirol, aber vor allem die Vertreter der betroffenen Gemeinden sagen: "Ja, Ihr Vertreter der Südtiroler, Ihr Südtiroler Volkspartei, verspricht von Jahr zu Jahr, von Legislaturperiode zu Legislaturperiode eine Lösung, ihr versprecht uns, daß diesmal, zum Unterschied von den vergangenen Legislaturperioden, das Problem über die Region endlich gelöst werden kann, weil es im regionalen Koalitionsabkommen verankert ist. Man verspricht uns bei jeder Versammlung immer wieder: Jetzt sind wir dann soweit und jetzt hat man einige Schritte bereits unternommen! Aber die Wirklichkeit sieht anders aus." Das Problem der Deutsch-Nonsberger Straße konnte bisher in der angepeilten Lösung kaum Fortschritte erzielen. Nun gut, die gleichen Vorwürfe, die uns gemacht werden, - zu Recht gemacht werden, muß ich sagen -, müssen wir hier an dieser Stelle an die Region weitergeben, die ihrerseits trotz dieses Koalitionsabkommens nicht imstande war, Lösungen zu finden. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist und ich weiß, daß die Region keine Zuständigkeit hat, Herr Präsident und daß Sie sich sehr um die Lösung dieses Problemes bemüht haben und daß tatsächlich im Trentino einige erste Schritte bereits gemacht worden sind. Aber ich habe mir diese Schritte genau aufgeschrieben und die Folgeschritte berechnet. Man hat also bereits die Trasse in den Landesraumordnungsplan eingezeichnet, der also jetzt als Plan vorliegt. Im Sommer vorigen Jahres wurde das Projekt zur Einsichtnahme eventueller Rekurssteller - wie es vorgesehen ist - veröffentlicht. Es hat dann 60 Tage Zeit gegeben, also bis Ende Oktober 1985, um Bemerkungen einzureichen. Der Regionalausschuß hat dann die Vorschläge, die sehr vielfältig gekommen ist - es geht ja nicht nur

um die Deutsch-Nonsberger Straße, sondern um den ganzen Landesraumordnungsplan - entgegengenommen und geprüft. Der Ausschuß muß dann - und das möchte man innerhalb 1986 machen, das hat man uns versprochen - den gesamten Plan, aufgrund der Überprüfung der Bemerkungen, verabschieden. Ich weiß nicht, ob die Regierung imstande sein wird, (ich meine jetzt die Trientner Landesregierung) diesen Plan innerhalb 1986 in dieser zweiten Form zu genehmigen, weil die Bemerkungen sehr viele sind. Im zuständigen Amt sagt man, es könnte Jänner, Februar werden. Dann muß noch einmal nach der Veröffentlichung ein weiterer Monat vergehen. Es muß dann das Ministerium für Öffentliche Arbeiten angehört werden und das sind weitere Monate und erst dann kann der Gesetzentwurf dem Landtag von Trient vorgelegt werden können. Es wird also bis zum Herbst nächsten Jahres dauern und ich fürchte, daß der Landtag des Trentino - und das waren jetzt kurze Minimalzeiten, die ich berechnet habe - bis zum Ende des Jahres 1987 nicht imstande sein wird, diesen Plan zu verabschieden und damit Gesetz werden zu lassen. Aber nehmen wir an, er würde auch imstande sein, innerhalb von 3 Monaten dieses umfangreiche Gesetzeswerk, sei es in der Gesetzgebungskommission als im Plenum zu genehmigen, dann wäre es schon Ende 1987 und damit haben wir noch keine Straße. Dann müßten logischerweise noch die entsprechenden Baugenehmigungen angesucht werden. Die zuständigen Gemeinden in erster Instanz würden sie wohl ablehnen. Es würde dann sicherlich eine Reihe von Rekursen geben, möglicherweise einen beim Staatsrat und das würde möglicherweise eine weitere Verzögerung von Jahren bedeuten können. Fazit - und das war an den Kollegen Langer gerichtet -: Wenn es jetzt Bemühungen gibt, alternative Lösungen zu suchen, dann nicht deswegen, weil die Südtiroler Volkspartei bisher zu stur oder zu dumm war, andere Lösungen anzupeilen, sondern weil die ansässige Bevölkerung einfach den Glauben verloren hat, daß diesbezüglich überhaupt noch etwas wird. Deswegen sind Gespräche geführt worden, die vor allem von der Gemeinde Proveis ausgegangen sind, um Alternativen zu suchen und es ist eine konkrete Alternativlösung in Aussicht genommen worden, nämlich eine Straße über das Ultental zu bauen, das das Problem lösen könnte, weil sie das Trentiner Gebiet nur mittels eines Tunnels durchquert. Allerdings so einfach, wie der Kollege Langer das dargestellt hat, ist das doch nun nicht. Wir wissen, was diese neue Trassierung bedeuten würde. Es würde erstens einmal bedeuten, daß man sie neu aushandeln müsste, wenngleich wir rechnen, daß doch eine gewisse Bereitschaft diesbezüglich jetzt bestehen müsste. Aber nicht nur das. Das Gebiet Deutsch-Nonsberg ist harmonisch und gehört einigermaßen

harmonisch zusammen und ist als solches auch gewachsen. Eine Straße über das Ultental bietet zwar eine Schnellverbindung für die Gemeinde Proveis, nicht aber für die restlichen Gemeinden, und würde dazu beitragen, die Verbindung unter den Gemeinden, die man so hart erwartet hat, nicht zu verbessern, sondern zu belassen, wie sie war. Darüber hinaus kostet eine solche Straße, die ursprünglich mit 6 Milliarden Lire veranschlagt war, rund 10 Milliarden Lire mehr. 10 Milliarden Lire mehr, weil sie ein ganz schwieriges Gebiet durchqueren muß, weil sie auf 1700 m Meereshöhe geführt werden muß, einen langen Tunnel braucht und eine Reihe von Absicherungen durch Halbtunnels entlang der gesamten Trassierung, sodaß also eine solche Straße etwa 16 Milliarden Lire kosten wird. 10 Milliarden mehr als andere Lösungen und eine Verstückerung des Gebietes zur Folge hätte und auch die totale Planung des Gebietes über den Haufen wirft. Ein Beispiel: Der Bau der Mittelschule; diese wurde so gebaut, daß sie das gesamte Einzugsgebiet Deutsch-Nonsberg erreicht. Wenn die Verbindung wie geplant ausbleibt, muß auch überlegt werden, ob man möglicherweise einen zweiten Sitz schaffen muß; ein zweiter Sitz, der zu diesen Kosten noch dazu kommt. Die betroffenen Gemeinden allerdings ventilieren diese Lösung. Die betroffene Bevölkerung wird sich demnächst noch einmal damit befassen, auch im Bezirk Meran, über die Gemeinden hinaus also.

Und wenn es zu einer solchen Lösung kommen sollte, dann unter gewissen Voraussetzungen, die man prüfen müßte. Erstens, würden wir auf die im Koalitionsabkommen vorgesehene Lösung erst dann verzichten, wenn diese Lösung effektiv realisiert wird. Zum zweiten müßte eine Verbindung für die Gemeinden durch den Bau der Straße über das Prezer-Joch geschaffen werden und drittens müßte eine Lösung gefunden werden, um auch eine finanzielle Beteiligung an diesem Monsterprojekt - weil das ein Monsterprojekt werden würde - seitens der Provinz Trient zu ermöglichen. Sollte man nun die Zustimmung geben, Kollege Langer, dann ist es immerhin nicht Sturheit der Südtiroler Volkspartei und nicht Fehlplanung bisher gewesen, sondern eine Notlösung und nur eine Notlösung und nur als solche würden wir die Zustimmung geben.

Ich will jetzt einige andere Bereiche einfach streichen, - weil ich doch sonst zu lang werde - und mich auf diese aufgezeigte Problemkreise beschränken und darf abschließend folgendes sagen:

Ich muß den Präsidenten des Regionalausschusses Bazzanella bezeugen, daß er mit viel Sachkenntnis, mit viel Einsatz und auch mit viel Kompetenz die Verwaltungstätigkeit des Regionalausschusses geführt

in der verschiedene Sprachgruppen und nicht nur verschiedene Parteien leben, eben doppelt und dreifach so schwierig ist und weil es notwendig ist, den Konsens von verschiedenen Volksgruppen mit unterschiedlichen Kulturvorstellungen und unterschiedlichen Interessen zu finden. Und undankbar, weil einige Partner, wie wir es sind als sprachliche Minderheit, doch auch immer wieder darauf hinweisen müssen, was nicht zu unserer Zufriedenheit funktioniert und somit also immer wieder auch verschiedene Aspekte politischer Art aufzeigen müssen, die schwierig und ungelöst sind. Und da ist der zentrale Punkt der Kampf um die Autonomie. Ich glaube Ihnen, Herr Präsident, und auch den Mitgliedern des Ausschusses, daß Sie die Worte, die Sie in Ihrem Bericht wiedergegeben haben, ernst meinen und für die Autonomie eintreten. Aber ich glaube das Ihnen, Herr Präsident, Ihnen als Trentiner DC-Vertreter mehr, als ich es den DC-Vertretern aus der Provinz Bozen glaube. Weil es doch zu Problemen führt, wenn man zwar einerseits verbal für die Autonomie eintritt, aber dann die gleichen Kräfte auch nach Rom fahren und gewisse Autonomiezuständigkeiten, die wir in Rom erreichen sollten oder durchsetzen könnten, dann in Frage stellen. Ich bin aber zuversichtlich, daß diese Sorge...

(Unterbrechung)

PETERLINI: Kollege Ferretti, Sie haben auch jenen Teil versäumt, wo ich Verständnis für die Situation der Parteien gezeigt habe und Sie haben nur den "bastone" gehört und Sie haben diesen Teil eben versäumt, in dem ich den demokratischen Parteien bezeugt habe, daß sie im italienischen Parlament in sehr klarer Weise dem MSI eine Abfuhr erteilt haben und im Prinzip eigentlich ein sehr klares Bekenntnis für die Autonomie abgegeben haben. Und das mußte ich an dieser Stelle wiederholen, denn sonst hätten Sie eben nur - wie gesagt - nur den "bastone" und nicht den anderen Teil gehört.

(Unterbrechung)

PETERLINI: Wir wünschen uns, daß wir diese verbalen Erklärungen, die Sie, Herr Präsident, offenen Herzens hier abgegeben haben, auch in konkreten Schritten in der Verwirklichung der Autonomie wiederfinden mögen und sind eigentlich zuversichtlich, weil - wie gesagt - die Zeichen in Rom, dieser Parlamentsdebatte, der wir mit großer Sorge

entgegengesehen haben, eigentlich auf positiv gestellt sind.

Grundsätzlich JA zur Autonomie von allen Seiten - auch von unserer Seite -, Bereitschaft zum Gespräch, aber in der Sache selbst die notwendige Konsequenz. Danke schön!

(Illustre signor Presidente del Consiglio regionale! Illustre signor Presidente della Giunta! Egregi colleghi e colleghe! Signor Presidente, Lei ci ha presentato una relazione molto vasta che in sintesi può essere riassunta in due aspetti. Da un lato vi sono i progetti, gli obiettivi concreti, l'attività legislativa programmata per il prossimo futuro - quindi prevalentemente l'attività amministrativa oggettiva, nel quadro delle competenze della Giunta regionale e del Consiglio -, dall'altro la situazione politica e la posizione in merito all'autonomia ed ad altri problemi più vasti come quello dell'Europa. Quindi da un lato Lei ha affrontato problemi oggettivi, dall'altro il tema dell'autonomia e della situazione politica.

Dopotutto c'era da aspettarsi che negli interventi, qui in Consiglio regionale, da parte di diversi oratori e di diversi partiti il secondo aspetto, l'aspetto politico sarebbe stato al centro della discussione, a causa dei recenti eventi verificatisi anche fuori Regione, come il dibattito parlamentare a Roma oppure la situazione politica molto tesa nella nostra Provincia. Lei stesso dice testualmente a pagina 45 ed io vorrei citare un passo della sua relazione: "Il momento che sta vivendo la nostra autonomia, le questioni ancora insolute, le tensioni evidenti che hanno riportato i nostri problemi all'attenzione del Parlamento della Repubblica, attraverso le mozioni attualmente in discussione, ci dicono chiaramente che se il presente è contrastato, il futuro non avrà certo uno svolgimento semplice su linee e orientamenti pacificamente condivisi almeno nei giudizi di fondo." Noi siamo d'accordo su questo punto.

(Interruzione)

PETERLINI: Lei sta ridendo sulla traduzione un po' sgraziata, ma non l'ho fatta io. Quando ci si deve concentrare su traduzioni di testi di legge - ed io vorrei dirlo a giustificazione dei traduttori - allora si cerca di essere il più possibile letterali per riportare esattamente il contenuto, con il rischio però di fare una traduzione sgraziata e questo è avvenuto sicuramente in questo caso.

(Interruzione)

PETERLINI: Ma brevemente: Quando sarà concluso il dibattito parlamentare e quando sarà conclusa anche l'attuale fase di attuazione ci saranno ancora problemi per il futuro.

Ma perchè si è arrivati a una situazione caratterizzata da tensioni? Perchè questo dibattito parlamentare e quale posizione assumiamo noi come gruppo linguistico tedesco e ladino - se posso parlare ora dal punto di vista del nostro partito? Il collega Langer stamane ha detto nel suo intervento molto interessante che il suo partito a dire il vero ha preso posizione in merito all'autonomia in modo non unitario e non vorrebbe che si svuotasse il bambino con l'acqua sporca ed io ho preso atto di questo con molta soddisfazione. Naturalmente questa posizione differenziata non è necessariamente quella che noi condividiamo e la critica ovvero l'appello rivolto a noi è senz'altro in parte giustificato ma non completamente. Ed io dirò anche subito il perchè. Inanzi tutto vorrei illustrare la situazione dal punto di vista sudtirolese e poi prendere anche posizione sulla situazione degli italiani in Alto Adige.

Abbiamo calcolato - per citare solo un aspetto - che delle leggi approvate in questa legislatura dal Consiglio provinciale ne sono state rinviate il 33,8 per cento. Questa percentuale ci mostra che il Governo italiano rispetto alle legislature precedenti critica molto più duramente la nostra attività e rinvia le nostre leggi, secondo il suo punto di vista, per avere superato i limiti previsti dallo Statuto di Autonomia. Noi sappiamo bene che questi limiti, che vanno da accordi internazionali fino a direttive di leggi statali di competenza secondaria, con l'indicazione per esempio a cosiddetti "interessi nazionali", sono stati fissati in modo molto flessibile e danno quindi al Governo uno spazio d'azione molto vasto. Da ciò ne risulta che la situazione rispetto agli anni precedenti è peggiorata e che il Governo ha sensibilmente ristretto il campo di manovra della nostra autonomia negli ultimi 3 anni. Un secondo dato di fatto: non solo a livello governativo, non solo a livello amministrativo, ma anche a livello giurisdizionale è cambiato l'atteggiamento nei confronti dell'autonomia altoatesina, soprattutto nelle sentenze della Corte Costituzionale. Qui succede per esempio che la Corte Costituzionale - il massimo difensore di principi democratici dello Stato, ma anche dei diritti delle minoranze - che fino a due anni e mezzo, tre anni fa dava delle interpretazioni positive pro-autonomia, ora quando si tratta di dare

un'interpretazione stretta o ampia dell'autonomia, propende più per l'interpretazione stretta dell'autonomia. Anche qui si potrebbero fare molti esempi. Il più evidente in questo contesto, e forse il più discusso, è probabilmente la controversia nel settore delle telecomunicazioni.

Un terzo punto: Voi sapete - e non occorre qui fare riferimenti al periodo fascista, anche per non essere accusati di rivangare sempre il passato - Voi sapete, quale importanza i sudtirolesi hanno attribuito, nel quadro delle norme di tutela, alla proporzionale etnica. Proporzionale, che dopo molti anni (per mezzo secolo gli altoatesini sono stati praticamente esclusi dall'impiego statale) ha dato loro finalmente la possibilità di potere accedere all'impiego statale. Voi sapete che nel 1975 circa l'86 per cento dei posti pubblici in Alto Adige erano assegnati ad appartenenti del gruppo linguistico italiano e solo il 14 per cento a tedeschi e ladini. Questa era la situazione nel 1975, quindi 30 anni dopo la fine della prima guerra mondiale, quindi dopo 30 anni di democrazia e di difficoltà di vario tipo che ora non vorrei elencare in questa sede. Ci si è poi accordati ed impegnati a introdurre questa proporzionale: ad ognuno il suo (detto in breve), ad ognuno tanti posti quanti gli spettano giustamente in base alla consistenza del suo gruppo. Un sistema complicato che sicuramente non sarebbe stato necessario se la situazione non fosse stata così drammatica. Questa proporzionale vale per 7.000 posti di lavoro: solo una parte dell'Amministrazione Pubblica, poichè una gran parte si sottrae a questo meccanismo: per esempio tutti gli enti parastatali come la RAI, gli istituti IRI, le banche o gli istituti ENI ecc. o l'ENEL per esempio; tutti questi enti parastatali non vengono toccati dalla proporzionale. Essa inoltre non vale per la Polizia ed altri posti di lavoro. Bene, questi erano 7.000 posti di lavoro - dopo tutto qualcosa. Lo scorso anno lo Stato ha trasformato attraverso una legge statale le ferrovie in una società privata verso l'esterno ed ha quindi tolto all'ex azienda di Stato la sua precedente forma giuridica. Improvvisamente è stata messa in discussione anche la proporzionale etnica presso le ferrovie. Cosa significa ciò numericamente? Numericamente significa che di 7.000 posti di lavoro 3.000 sono stati messi improvvisamente in discussione. Ci sono state delle trattative con il Governo per vedere in quale misura la proporzionale etnica potesse essere ancora adottata, ma c'è ancora un grande punto di domanda sull'intero settore ferroviario. E questo era il terzo punto.

Il quarto punto che ci preoccupa molto come minoranza sono

le leggi di riforma emanate dallo Stato nei vari settori. Ho già fatto rilevare che le leggi di riforma hanno particolare importanza per i limiti dell'autonomia poichè ci costringono praticamente ad adottare i principi della riforma, le direttive della riforma. Anche qui si potrebbero citare molti esempi, dal settore sanitario fino alla legge "Galasso", ma senza inoltrarci ulteriormente nella materia va detto che la possibilità di nuove leggi di riforma per il futuro ha fatto crescere una sempre maggiore preoccupazione ed insicurezza ed ha dimostrato quanto sia fragile il terreno della nostra autonomia.

(Interruzione)

PETERLINI: Caro collega Langer, Lei sa certamente che su questa questione si è detto e scritto più di ciò che corrisponde al vero. Ma dato che Lei conosce bene la situazione, non si aspetti da me una risposta.

(Interruzione)

PETERLINI: Sempre maggiori rinvii, sentenze della Corte Costituzionale più severe e ostili all'autonomia, proporzionale presso le ferrovie, (quindi per quasi la metà dei posti di lavoro), leggi di riforma messe in discussione che ci costringono a limitare la nostra autonomia e ad adottare i principi dello Stato e inoltre norme di attuazione ancora aperte che aspettano una loro realizzazione: tutto questo crea una certa insicurezza nella popolazione sudtirolese. Insicurezza e spesso anche rassegnazione o radicalizzazione, ambedue le cose si possono osservare e ambedue le cose sono fenomeni che devono preoccuparci. Rassegnazione, perchè tutto ciò rappresenta un distanziamento dalle istituzioni democratiche, perchè il cittadino si distanzia e perde la sua fiducia nell'autonomia e nelle istituzioni democratiche. La radicalizzazione ci preoccupa anche perchè le soluzioni radicali non sono quelle che poi producono effettivamente una migliore situazione per la popolazione della nostra Provincia. Ma questa è la conseguenza. Una radicalizzazione e non per ultimo acqua ai mulini di coloro che da anni e decenni cercano di dimostrare che la soluzione autonomistica rappresenta solo una errata e aleatoria soluzione e in verità non può portare a nessuna conclusione soddisfacente. Tutti coloro che dicono che si deve arrivare ad una conclusione più radicale ne traggono naturalmente i maggiori vantaggi. Tutti coloro che dicono che così non si può più andare avanti, vengono

finalmente ascoltati dalla popolazione. Ne deriva automaticamente un atteggiamento radicale nella popolazione tedesca che non è certo auspicabile.

Ho cercato di descrivere all'incirca lo stato d'animo della popolazione tedesca. Ma vorrei allo stesso tempo anche cercare di analizzare questo aspetto dal punto di vista degli italiani in Alto Adige, poichè troppo spesso si accusa l'SVP di guardare solo sul proprio piatto, sulle proprie competenze, sull'autonomia e di dimenticare che in Alto Adige devono lavorare e vivere non solo persone del gruppo linguistico tedesco e ladino, ma anche del gruppo linguistico italiano. Noi ci abbiamo pensato. E collega Langer, sicuramente può essere giusto e necessario osservare attentamente anche da questo punto di vista i problemi ed essere pronti ad ammettere errori e trarre insegnamento per il futuro da questi errori, ma se si è giunti a questo dibattito parlamentare a Roma allora non è sicuramente perchè la Südtiroler Volkspartei ha fatto un errore dopo l'altro, ma per il fatto che la situazione politica ha richiesto alla popolazione italiana un cambiamento di posizione per il quale la popolazione italiana in Alto Adige non era preparata e non è stata preparata. Ma anche qui vorrei fare tre esempi.

Iniziamo dalla proporzionale sulla quale ho brevemente parlato in precedenza. Se fino all'anno 1975 l'86 per cento degli impieghi statali erano assegnati al gruppo linguistico italiano e se oggi, sulla base dell'autonomia nell'anno 2000 dovranno solo essere il 30 per cento, dovendo in questo modo ridurre ancora di un venti per cento l'attuale situazione, allora questo rappresenta un grande sacrificio in un momento simile, dato che in Alto Adige questa norma viene a cadere in un momento molto particolare, ovvero, l'attuazione della proporzionale viene a cadere in un momento nel quale si è creata una situazione molto difficile sul mercato del lavoro non solo per il gruppo linguistico italiano ma anche per quello tedesco, non solo per l'Alto Adige, ma anche per il Trentino e per l'Italia. Per questo il partito neofascista ha avuto gioco facile su questo punto, adducendo queste argomentazioni, ovvero che è tutta colpa della proporzionale se i giovani, gli studenti nelle scuole non trovano o hanno meno posti di lavoro.

Un secondo aspetto: fino all'anno 1976 (data in cui sono entrate in vigore le norme di attuazione sulla proporzionale, e i primi otto articoli sull'uso del bilinguismo ovvero sull'esame di bilinguismo) in tutti gli uffici pubblici dell'Alto Adige si era utilizzata solo la

lingua italiana. I sudtirolesi erano abituati da sempre a dover imparare l'italiano, ad utilizzare l'italiano e ad arrangiarsi negli uffici pubblici. Gli italiani, dal canto loro, erano abituati ad usare esclusivamente la loro madre lingua e non si sono mai particolarmente impegnati - data la mancanza d'obbligo - ad imparare la lingua tedesca. Sin dal tempo di questa tanto "vituperata" autonomia tanto gli italiani quanto i tedeschi hanno dovuto sostenere un difficile esame di bilinguismo. Anche questo è un sacrificio che non è naturale e che richiede ai giovani sudtirolesi che vengono da Laces o da Campo Tures un impegno tanto grande quanto quello degli italiani anche perchè essi sin dall'inizio non conoscono la lingua italiana come sarebbe utile e doveroso nella nostra Provincia. Quindi questa non è stata una novità per il nostro gruppo etnico; noi da sempre abbiamo dovuto studiare l'italiano per poterci arrangiare, per sostenere gli esami a scuola, in quanto l'esame d'italiano ha sempre rappresentato una materia di notevole importanza, a buona ragione. La novità e il sacrificio però è stato doppio per gli studenti italiani, che fino ad allora non dovevano studiare il tedesco in modo tanto approfondito e che oltretutto non erano nemmeno tanto preparati. Non dimentichiamo che abbiamo dovuto lottare a lungo per ottenere che l'insegnamento della seconda lingua fosse effettuato da insegnanti di madre lingua. Per difendere gli interessi degli insegnanti, gli italiani hanno a lungo sostenuto l'opinione che la seconda lingua dovesse essere insegnata indipendentemente dalla madre lingua dell'insegnante; con la conseguenza, che molti insegnanti italiani che avevano studiato il tedesco come lingua straniera, insegnarono il tedesco nelle scuole; naturalmente con tutte le carenze che si possono avere se non si appartiene a quel gruppo linguistico, per quanto ci si adoperi a far bene il proprio lavoro. Bene, ora c'è questo esame di bilinguismo, che non è facile da superare e dove circa il 65% di coloro che si presentano viene respinto. E' quindi un esame molto difficile per tutti i gruppi linguistici, che richiede un ulteriore sacrificio in nome della buona convivenza.

Lo stesso - e questo sarebbe il terzo aspetto che vorrei illustrare, ma si possono citare molti altri esempi - è avvenuto nel settore dell'edilizia o per restringere il campo di discussione nelle abitazioni d'affitto. Queste sono state utilizzate durante il periodo fascista per condurre una politica di immigrazione. Fino alla fine dell'era fascista il governo italiano ha continuato a costruire appartamenti per dare un tetto ai cittadini di fuori Provincia, cosicchè

nell'anno 1959, quando la Provincia ha assunto questa competenza in base al vecchio Statuto, erano stati ormai costruiti 7.500 appartamenti, che per il 95% erano assegnati a famiglie italiane. La Provincia successivamente ha assegnato queste abitazioni all'Istituto per l'edilizia abitativa e gli ha attribuito la rispettiva competenza: esso amministra oggi i fondi secondo la proporzionale etnica. A questo proposito è stata sollevata una difficile questione: ovvero che lo Statuto di autonomia prevede che venga considerata non solo la proporzionale, ma anche il bisogno. E questo è poi anche avvenuto, anche se in una seconda fase. L'attuale assegnazione di appartamenti nell'ambito dell'edilizia abitativa avviene tramite una cosiddetta ammissione automatica: Chi raggiunge almeno 20 punti per l'acquisto di un appartamento o almeno 25 punti per la costruzione di un appartamento o villino, viene ammesso automaticamente, indipendentemente dal gruppo linguistico; questo consente di tenere conto nel migliore dei modi della necessità dei diversi gruppi etnici, indipendentemente dalla proporzionale in questo caso. Avrete anche sentito che proprio in merito a questo punto il debito così spesso citato di 40 miliardi, che nel frattempo è anche aumentato, è stato equilibrato dall'effettiva situazione di fatto e può essere pareggiato, in modo da creare giustizia anche in questo settore. Ma se prima, fino al 1959, si aveva una percentuale del 95% e adesso questa percentuale è stata ridotta alla dimensione normale del 30%, questo ora rappresenta un ulteriore sacrificio per la popolazione italiana in Alto-Adige, ma anche maggiore giustizia, benchè significhi per loro una rinuncia ai privilegi precedenti. Ora, in questa situazione, il Movimento Sociale Italiano, che da decenni aspettava l'occasione per una nuova mobilitazione del partito, ha avuto naturalmente gioco facile per intervenire e per trasformare l'attuazione dello Statuto, volta a produrre maggiore giustizia, in esattamente l'opposto, per mezzo di una forma propagandistica molto deplorabile, adducendo argomentazioni come: "Vedete cosa vi porta l'autonomia! Siete esclusi dall'impiego statale, dall'assegnazione delle abitazioni, vi si richiede un esame di bilinguismo, sebbene questa sia Italia. Tutte queste cose vanno abolite". Sempre in modo "deplorabile" hanno raccolto delle firme, proprio come se si raccogliessero le firme in una classe di studenti che devono fare la maturità, per abolire l'esame di maturità e ottenere comunque il diploma liceale. Questa è stata la situazione all'incirca. E' chiaro che se io fossi uno studente prima della maturità firmerei con somma gioia un referendum che chiede di assegnare il diploma senza

l'esame di maturità. Questa era la situazione all'incirca dalla parte degli italiani.

(Interruzione)

PETERLINI: Collega Mitolo, ritornerò in seguito sulla posizione del MSI. Non si faccia illusioni: tornerò molto chiaramente sulla sua posizione. In merito alla descrizione della situazione non mi riferivo alla campagna diffamatoria del MSI, a cui ho fatto riferimento molto chiaramente, ma ad argomentazioni limitate che si potrebbero ulteriormente ampliare.

(Interruzione)

PETERLINI: Il MSI ne ha tratto i suoi profitti e non solo ha iniziato una raccolta delle firme con cui si intendeva "cambiare il mondo" il 5 dicembre di quest'anno a Roma, ma ha registrato anche sensibili successi elettorali. Successi elettorali soprattutto a Bolzano dove i voti assegnati sono aumentati vertiginosamente ed ogni terzo italiano di Bolzano di fatto ha dato il suo voto al MSI. Si è discusso a lungo se ciò sia avvenuto per protesta o no, se per una perdita di privilegi o meno. Il fatto è che il MSI potè registrare questo successo, in quanto per esempio operai che finora avevano sempre votato per il partito comunista ora cambiava radialmente partito passando al MSI, e che anche la Democrazia Cristiana perdeva elettori dalle sua fila. E' chiaro che questo voltafaccia degli elettori fece scaturire delle reazioni negli altri partiti che hanno pensato: "Ma qui non possiamo stare a guardare in silenzio che gli elettori ci abbandonino" e ci furono varie reazioni. Reazioni molto difficili - lo ammetto -, ma che poi si sono limitate a mettere in evidenza qualche punto critico dell'autonomia e hanno fatto fare qualche piccola retromarcia -, malgrado tutte le dichiarazioni verbali a favore dell'autonomia - al fine di garantire un certo alibi di fronte agli italiani altoatesini e poter dire: "Sì, anche noi difendiamo la posizione degli italiani". Ma ciò non è avvenuto in modo credibile e io devo dire - e l'ho già detto riguardo a questo punto -: Se io credo all'affermazione che i sudtirolesi opprimono gli italiani, se io accetto questo messaggio che viene predicato in questo momento ovvero che l'autonomia si ritorce contro gli italiani, allora questa correzione all'ultimo minuto da parte dei partiti democratici non serve più a molto. Se io credo in questo messaggio, allora presento il conto ai